

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

60 JAHRE | 1966 – 2026

JUBILÄUMSMAGAZIN

60 JAHRE 1966 – 2026

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Impressum

Herausgeber
Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 12–16 | 10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Chefredaktion
Simone Hartmann
Dr. Martin Kloke

Redaktionsteam
Nicole Alt
Simone Hartmann
Dr. Martin Kloke
Claudia Korenke

Titelbild
© Yaroslav Piatkivskyi/
Dreamstime.com

Konzept/Gestaltung/Satz
Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin
Telefon 030/401 89 39
info@schwarzer-druck.de

Druck & Verarbeitung
Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin

Erscheinungsweise
Einmalige Sonderausgabe,
Oktober 2026

Bankverbindung
Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELADEBEXXX

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes

Auswärtiges Amt



Editorial

1 | Volker Beck,
Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.

Wie alles begann

3 | **Vorgeschichte bis Anfang 1966**

Dekaden

9 | **Dekade 1**
Gründungs- und Aufbaujahre 1966–1975

17 | **Dekade 2**
Krise und Neubesinnung 1976–1985

25 | **Dekade 3**
Zwischen Hoffen und Bangen 1986–1995

35 | **Dekade 4**
Bewährungsjahre 1996–2005

43 | **Dekade 5**
Polarisierungsjahre 2006–2015

53 | **Dekade 6**
Neuanfänge in stürmischen Zeiten 2016–2025

Engagement über Generationen

Porträts aus der DIG

63 | Jochen Feilcke

64 | Johannes Gerster

65 | Walter Hesselbach

66 | Burkhard Hirsch

67 | Barbara Hoffs

68 | Meggie Jahn

69 | Claudia Korenke

70 | Hermann Kuhn

71 | Manfred Lahnstein

72 | Christine Mähler

73 | Lukas Welz

Eine israelische Perspektive

74 | Mein israelischer Blick auf Deutschland
Grisha Alroi-Arloser

Blicke nach vorn

Stimmen zur Zukunft der DIG

77 | Anika Schmütz

78 | Lasse Schauder

78 | Tibor Luckenbach

79 | Anna Staroselski

79 | Stefan Hensel

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.
60 JAHRE | 1966 – 2026



Volker Beck

Chaverim ve-Chaverot, liebe Freundinnen und Freunde Israels,

sechzig Jahre Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) sind ein Grund zum Feiern. Sie sind aber auch ein Anlass, sich zu vergewissern, warum und wofür es unsere Gesellschaft gibt und welche politische Aufgabe und Verantwortung aus ihrer Geschichte erwächst.

Die DIG wurde 1966 in einem Deutschland gegründet, dessen demokratischer Neubeginn noch jung war. Die Shoah lag kaum zwei Jahrzehnte zurück, das Luxemburger Abkommen war gerade 13 Jahre zuvor beschlossen worden, diplomatische Beziehungen zu Israel bestanden erst seit einem Jahr. Wer sich damals für Israel engagierte, setzte damit auch ein Zeichen dafür, welches Deutschland nach Nationalsozialismus und Vernichtung der europäischen Juden entstehen sollte. Die Beziehung zum jüdischen Staat war von Anfang an mehr als Außenpolitik. Sie berührte eine Grundfrage der deutschen Demokratie: Welche Konsequenzen zieht Deutschland aus seiner Geschichte?

Dass sich in der DIG Menschen unterschiedlicher Parteien und gesellschaftlicher Milieus, aus Gewerkschaften, Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften zusammenschlossen, war alles andere als selbstverständlich. Ihre politischen Ansichten unterschieden sich teilweise erheblich. Gemeinsam war ihnen die Überzeugung, dass Israel in Deutschland Freunde und Fürsprecher braucht und dass die Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften nicht allein Regierungen und Diplomaten überlassen werden dürfen.

Diese Überzeugung musste sich früh bewähren. Während des Sechstagekrieges wurde aus Freundschaft praktische Solidarität. Zugleich begann die DIG, Austausch und Begegnung dauerhaft zu verankern – zwischen Jugendlichen, Lehrkräften, Wissenschaftlern, Parlamentariern und vielen anderen. Sie war damit von Anfang an beides: eine Stimme für Israel und eine Brücke zwischen zwei Gesellschaften.

Gerade diese doppelte Rolle hat immer wieder zu Auseinandersetzungen geführt. Wie verhält sich Solidarität zu Kritik? Wie weit darf und soll sich eine deutsche Freundschaftsgesellschaft in israelische Debatten einmischen oder dazu Stellung beziehen? Und wo wird die Forderung nach „Ausgewogenheit“ zum Vorwand, um sich von Israel zu distanzieren? In den 1970er-Jahren führten solche Konflikte bis zur Spaltung der DIG. Sie zeigen, dass Israel-Solidarität nie eine unpolitische Wohlfühlformel war. Sie verlangt Haltung und zugleich die Bereitschaft, unterschiedliche Auffassungen auszuhalten.

Über sechs Jahrzehnte hat sich daraus ein Selbstverständnis entwickelt, das weder gedankenlose Zustimmung noch deutsche Besserwisserei meint. Die DIG steht zur zionistischen Idee und damit an der Seite des jüdischen und demokratischen Staates Israel, unabhängig von der jeweiligen Regierung. Sie sucht die Verbindung zu einer vielfältigen und streitbaren israelischen Gesellschaft und hält zugleich daran fest, dass Israels Existenz

und Sicherheit nicht politisch zur Disposition gestellt werden dürfen.

Deutschland und Israel haben sich seit 1966 grundlegend verändert. Austausch, wissenschaftliche Kooperationen, Städtepartnerschaften und persönliche Freundschaften sind heute selbstverständlich in einer Weise, die sich die Gründergeneration kaum vorstellen konnte. Gleichzeitig haben sich auf manchen Feldern die Vorzeichen der Kooperation umgekehrt. Waren Lieferungen, auch Waffenlieferungen, aus Deutschland für die Sicherheit des jüdischen Staates in den frühen Jahren wichtig, ist die Zukunft der deutschen Verteidigung auf israelische Sicherheitstechnologie angewiesen.

Trotzdem wäre es falsch, aus dieser Erfolgsgeschichte eine Geschichte der Normalisierung zu machen. Die besondere Beziehung zwischen Deutschland und Israel kann nicht einfach eine Beziehung wie jede andere werden. Das Eintreten für die Sicherheit und Existenz Israels gehört wie die Westbindung und die europäische Integration zu den normativen Grundlagen deutscher Außenpolitik. Sie sind bundesdeutsche Staatsräson. Denn: Historische Verantwortung muss politische Folgen haben – gerade dann, wenn diese unbequem sind, und darf sich nicht in Ritualen bei Gedenktagen erschöpfen.

Das gilt heute umso mehr, da Israel nicht nur mit politischer Ablehnung, sondern mit konkreten existenziellen Bedrohungen konfrontiert ist. Der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat auf grausamste Weise gezeigt, wohin der Vernichtungswille gegenüber Israel führen kann. Im Norden bedrohen die vom Iran unterstützten Terrorstrukturen Israel seit Jahren mit einem gewaltigen Raketenarsenal. Das Regime in Teheran finanziert und bewaffnet seine Stellvertreter in der Region, bedroht Israel offen und verfolgt zugleich ein Atomprogramm, dessen militärische Dimension nicht ausgeblendet werden darf. Hinzu kommen Versuche, Israel international zu isolieren und sein Recht auf Selbstverteidigung politisch immer weiter infrage zu stellen und einzuschränken.

Gerade Deutschland muss sich deshalb fragen lassen, was die vielfach beschworene besondere Verantwortung für Israels Sicherheit ganz praktisch bedeutet. Wer Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson erklärt, muss auch bereit sein, daraus Konsequenzen zu ziehen – gegenüber dem iranischen Regime und seinen Proxys, in den Vereinten Nationen, in der europäischen Politik und dort, wo Israel gegen Terror und Vernichtungsdrohungen sein Recht auf Selbstverteidigung wahrnimmt.

Zugleich hat der 7. Oktober auch in Deutschland etwas sichtbar gemacht, das viele nicht wahrhaben wollten. Antisemitismus und Feindschaft gegenüber Israel sind keine überwundenen Phänomene. Auf unseren Straßen, an Hochschulen, im Kulturbetrieb und in den Sozialen Medien werden antisemitische Ressentiments und die Delegitimierung Israels mit einer Selbstverständlichkeit vorgetragen, die noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar schien. Umso problematischer ist es, wenn ausgerechnet in dieser Situation die Bereitschaft wächst, Israels Sicherheit zu relativieren oder vom jüdischen Staat Maßstäbe zu verlangen, die gegenüber seinen Feinden nicht gelten.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist die größte deutsche Organisation, die sich um Beziehungen zur israelischen Gesellschaft und zum israelischen Staat kümmert. Unsere große Stärke ist unsere Arbeit in der Fläche, also die Arbeit unserer Mitglieder in 60 Arbeitsgemeinschaften im ganzen Land. Dass seit dem 7. Oktober Tausende Menschen der DIG beigetreten sind und wir im Jubiläumsjahr erstmals mehr als 10.000 Mitglieder zählen, verändert deshalb auch unseren eigenen Anspruch. Dieses Wachstum ist kein Anlass, uns zurückzulehnen. Eine größere DIG muss auch eine stärkere Stimme sein: für den Austausch zwischen Deutschen und Israelis, für Wissen und Aufklärung über Israel, für Engagement gegen Antisemitismus und gegen die Delegitimierung des jüdischen Staates. Wir müssen gerade dann hörbar sein, wenn die deutsch-israelische Freundschaft politisch unbequem wird.

Die Geschichte der DIG zeigt, dass diese Beziehung immer erarbeitet werden musste, Verbindungen nie von selbst entstanden sind und auch nicht von selbst fortbestehen. Die Freundschaft zwischen unseren Gesellschaften lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen, Verbindungen schaffen und bereit sind, öffentlich Haltung zu zeigen. Dieses Magazin erzählt von denjenigen, die das in sechs Jahrzehnten getan haben – von der Gründergeneration ebenso wie von den Mitgliedern unserer Arbeitsgemeinschaften, dem Jungen Forum, den hauptamtlich Beschäftigten und den vielen Ehrenamtlichen, die die DIG getragen und geprägt haben.

Ihnen allen gilt mein Dank. Die vergangenen sechzig Jahre sind für uns Verpflichtung für die Zukunft: dafür zu sorgen, dass Deutschland ein verlässlicher Partner Israels bleibt und dass die Solidarität mit Israel auch in den kommenden Jahrzehnten in diesem Land eine starke Stimme hat.

Mazal Tov zum 60. Geburtstag.
Ad 120, auf die nächsten 60 Jahre!



Ihr Volker Beck
Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.
60 JAHRE | 1966 – 2026

„Wann, wenn nicht jetzt? Wer, wenn nicht wir?“

60 Jahre Deutsch-Israelische Gesellschaft e. V.

Vor 60 Jahren riefen engagierte Menschen aus Politik, Kirchen und Gewerkschaften die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) ins Leben. Die juristische Gründungsversammlung am 21. März 1966 fand in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn statt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Zum ersten Präsidenten der DIG wurde der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Jahn gewählt; Stellvertreter wurden der Theologe Rolf Rendtorff (SPD), der Bundestagsabgeordnete Ernst Benda (CDU) sowie der Gewerkschaftsbankier Walter Hesselbach (SPD). Bis zur öffentlichen Gründungsveranstaltung am 19. Mai 1966 in der West-Berliner Akademie der Künste diente Jahns Bundestagsbüro als provisorische Geschäftsstelle.

Wie alles begann (Vorgeschichte bis Anfang 1966)

Nach dem Grauen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sah eine Minderheit demokratisch gesinnter Persönlichkeiten ihre historisch-politische und moralische Bewährungsprobe gekommen. Ihnen, die biografisch nicht selten christliche oder jüdische Wurzeln hatten, war bewusst, dass die Aufnahme und Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Israel und seinen Menschen Wesenskerne eines runderneuerten Deutschlands sein mussten.

Wer allerdings wann und wo in jahrelanger Vorbereitung entscheidende Bausteine zur Entstehung der DIG geliefert hat, darüber zirkulieren unterschiedliche Erzählungen. Doch die Archive der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft sowie aktuelle Forschungsbeiträge zur Frühgeschichte der deutsch-israelischen Beziehungen bieten uns unverstellte Einblicke in eine Entwicklungsdynamik, die ebenso facettenreich wie komplex ist.[1]

Das nationalsozialistische Deutschland hatte während des Zweiten Weltkrieges

[1] Dr. Martin Kloke, Politikwissenschaftler, Bildungsmedienberater und Publizist in Berlin, erhielt 2025 als erster Forscher freien Zugang zum Archiv der DIG. Er verfasste die Vorgeschichte der DIG, ihre ersten fünf Dekaden und die Gesamt-Chronologie. Claudia Korenke, Stadtverordnetenvorsteherin in Frankfurt am Main, ehem. Vorsitzende der Frankfurter AG und Ex-Vizepräsidentin der DIG, ist Autorin der sechsten Dekade. Die Recherche erschloss weit mehr Material, als eine Publikation dieses Umfangs aufnehmen kann. Was hier steht, ist eine Auswahl: die Linien, an denen sich sechs Jahrzehnte erzählen lassen.

Vorgeschichte

14.05.1948
Ausrufung des Staates Israel und Beginn des Unabhängigkeitskrieges nach dem Angriff arabischer Nachbarstaaten

31.07.1949
Aufruf des katholischen Intellektuellen Eugen Kogon zur „Wiedergutmachung“ und zur Aufnahme von Beziehungen zu Juden und Israel

03/1950
Erste Israel-Reise eines Deutschen, des protestantischen Zionisten Hermann Maas

08/1951
Initiative „Frieden mit Israel“ der Journalisten Erich Lüth und Rudolf Küstermeier

27.09.1951
Anerkennung der Verpflichtung der Deutschen zur materiellen Entschädigung gegenüber Israel und dem jüdischen Volk durch Bundeskanzler Konrad Adenauer

10.09.1952
Unterzeichnung eines Abkommens zur „Wiedergutmachung“ zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland (Heskem HaShilumim) in Luxemburg

03/1953
Israel-Reise von Erich Lüth unter dem Pseudonym „Julius Bermann aus Antwerpen“

10/1954
Erste Israel-Reise zweier deutscher Jugendlicher mit antifaschistischem Familienhintergrund (u. a. Eva Beling)

17.03.1957
Anne-Frank-Gedenkfeier in Bergen-Belsen: Aufruf zur „Versöhnung“ an „die israelische Jugend“

26.03.1957
Erste öffentliche Ansprache eines Deutschen in Israel, des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer

28.06.1957
Gründungsversammlung der Deutsch-Israelischen Studiengruppe (DIS) an der FU Berlin

10/1957
Erste Delegationsreise von SDS- und DIS-Studierenden nach Israel: Auftakt von Arbeitseinsätzen studentischer Gruppen in Kibbuzim

12/1957
Geheime Verhandlungen und mündliche Absprachen im bayerischen Rott am Inn über gegenseitige Rüstungslieferungen zwischen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß und Staatssekretär Shimon Peres („Panzer statt Diplomaten“)

30.04.1958
Evangelisch-synodaler Aufruf zur Gründung von Aktion Sühnezeichen (AS) auf Initiative von Lothar Kreyssig

14.05.1959
DIS-Festveranstaltung zum Gründungsjubiläum Israels im Audimax der FU Berlin

01/1960
Mehr als 3.000 Unterschriften „gegen antisemitische Vorfälle“ und „für Freundschaft und Verständigung mit Juden und dem Staat Israel“, organisiert durch die Berliner DIS

sechs Millionen deutsche und europäische Jüdinnen und Juden ermordet. Damit war auch das deutsch-jüdische Verhältnis in allen seinen Facetten zerstört. Die Menschen im 1948 gegründeten Staat Israel, von denen Hunderttausende aus Deutschland und Europa ins britische Mandatsgebiet Palästina geflohen waren, lehnten anfänglich jedwede Beziehungen zu Deutschen ab; zu groß waren erlittene Schmerzen und Verluste. Umgekehrt nahm die deutsche Öffentlichkeit in Ost und West von der Staatsgründung Israels kaum Notiz, denn der Judenhass der post-nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ hatte sich durch die Kriegsniederlage nicht einfach aufgelöst. In einer toxischen Mischung aus Gleichgültigkeit, Selbstmitleid und Schuldabwehrversuchen ging die Mehrheit der Deutschen „jüdischen“ Themen jahrelang aus dem Weg oder suchte durch eine mehr oder weniger offen betriebene Täter-Opfer-Umkehr nach psychischer Entlastung von den unermesslichen Hypotheken der NS-Gewaltherrschaft.

Erste Annäherungen

1949 waren es einzelne sozialdemokratische Politiker wie etwa Kurt Schumacher und christlich motivierte linke Intellektuelle wie zum Beispiel der linkskatholische Widerständler und KZ-Überlebende Eugen Kogon, die Kontakte zu israelischen Gesprächspartnern aufzunehmen versuchten; sie scheiterten jedoch an der ablehnenden Haltung der israelischen Seite. Erst eine Friedensinitiative der linksliberalen Hamburger Journalisten Erich Lüth und Rudolf Küstermeier im August 1951 wurde von Israels Regierung verhalten-positiv aufgenommen. Wenige Wochen später erkannte auch Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) prinzipielle Verpflichtungen der Deutschen gegenüber Israel und dem jüdischen Volk an. Daraufhin zeigte sich Israels Ministerpräsident David Ben-Gurion trotz heftiger innenpolitischer Einsprüche zu Entschädigungsverhandlungen bereit, denn die Aufnahme hunderttausender jüdischer Flüchtlinge aus Europa und der arabischen Welt drohte Israel zu überfordern.

Die Verhandlungen der Bundesregierung mit Israel und der Jewish Claims Conference fanden auf neutralem Boden in Holland statt und führten 1952 zu einem Entschädigungsabkommen. Die Bundesrepublik verpflichtete sich zu Zahlungen, Warenlieferungen und Dienstleistungen im Wert von 3,45 Milliarden DM – größtenteils an den Staat Israel, verteilt auf einen Zeitraum von zwölf Jahren. Das Vertragswerk wurde 1953 sowohl im deutschen als auch im israelischen Parlament ratifiziert, blieb aber in beiden Ländern noch lange umstritten.

Bundesdeutsche Kritikerinnen und Kritiker, die nach Umfragen die Mehrheit

„Wiedergutmachung“ in Deutschland: Motive und Interessen

Israel wurde im Luxemburger Entschädigungsabkommen als die rechtmäßige Vertretung der Jüdinnen und Juden in der Welt anerkannt – völkerrechtlich ein bemerkenswerter Vorgang. Auch wenn sich für das Vertragswerk der Begriff der „Wiedergutmachung“ einbürgerte, war offensichtlich, dass die Verbrechen Nazi-Deutschlands nicht ungeschehen, also „wiedergutgemacht“ werden konnten. Zutreffend ist, dass sich Bundeskanzler Konrad Adenauer und andere frühe deutsche Akteure der Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes stellen wollten. Daraus leiteten sie eine moralische Verpflichtung zur materiellen Entschädigung der Überlebenden der Shoah ab – im Gegensatz zur DDR-Führung, die sich als vorgeblich „antifaschistischer Arbeiter- und Bauernstaat“ der Verantwortung für die Verbrechen der Vergangenheit entzog. Neben der Sühne-Motivation ging es der westdeutschen Seite wesentlich um ihre internationale Rehabilitierung – nicht zuletzt wurde eine Integration in die westlich-demokratische Wertegemeinschaft mit ihren Institutionen angestrebt. Unerlässlich dafür sei eine glaubwürdige Verständigung mit der jüdischen Gemeinschaft und dem Staat Israel. Befremdlich war es, dass die moralischen und interessegeleiteten Motive auch von zeittypischen antisemitischen Projektionen überschattet wurden. Noch Jahre später drückte Adenauer seine Furcht vor „jüdische[n] Bankkreise[n]“ aus: „Die Macht der Juden“ solle „man nicht unterschätzen.“[2]

der Deutschen repräsentierten, meldeten wirtschaftliche und juristische Bedenken an. Die Zahlungen würden die Deutschen überfordern und Israel habe kein Recht auf Reparationen, da es während der NS-Zeit noch gar nicht existiert habe. Auch in der Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und DP (Deutsche Partei), in der oppositionellen KPD ohnehin, regten sich erhebliche Widerstände. Ohne das geschlossen positive Votum der SPD-Opposition wäre das Vertragswerk im Bundestag gescheitert.

Auch in Israel stieß das Abkommen auf harsche Kritik: Radikale Gegner des Abkommens aus dem Umfeld der ehemaligen rechtszionistischen Untergrundorganisation Irgun[3] schickten im März 1952 drei Briefbomben an Konrad Adenauer sowie an zwei leitende Mitglieder der deutschen Verhandlungsdelegation (Otto Küster und Franz Böhm) – dabei wurde ein Unbeteiligter tödlich verletzt. Auch die parlamentarische Opposition um Menachem Begin lehnte das „Blutgeld" aus Deutschland entschieden ab. Man dürfe es den Deutschen nicht erlauben, sich von ihrer Schuld freizukaufen. Anfänglich friedliche Proteste entluden sich in Straßenschlachten. Aber auch in Israel stimmte die parlamentarische Mehrheit aus pragmatischen Gründen für das Vertragswerk, denn das wirtschaftlich gebeutelte Land war auf die in Aussicht gestellten Warenlieferungen dringend angewiesen.

NS-Hypotheken und der Eichmann-Prozess in Jerusalem (1961)

Die junge Bundesrepublik zögerte, sich mit ihrer belasteten Geschichte auseinanderzusetzen, die NS-Verbrechen aufzuklären oder wenigstens die Haupttäter zur Rechenschaft zu ziehen. 1960 setzte eine Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen ein – viele Israelis deuteten dies als ein Zeichen stillschweigender Rehabilitierung von NS-Verbrechern.

Vor diesem Hintergrund schlug im Mai 1960 die Nachricht von der Entführung Adolf Eichmanns, des ehemaligen Leiters des „Judenreferats" im NS-Reichssicherheitshauptamt, hohe Wellen. Dem israelischen Auslandsgeheimdienst Mossad war es mit der Festsetzung Eichmanns in Argentinien gelungen, einen der Hauptverantwortlichen der Shoah aufzuspüren und nach Israel zu bringen. Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hatte den Israelis den entscheidenden Tipp gegeben – auch aus Sorge, die deutsche Justiz und Polizei könne Eichmann vor einem Zugriff abschirmen. Nachdem die Bundesregierung eine Auslieferung Eichmanns abgelehnt hatte, begann 1961 der Prozess in Jerusalem.

Die Berichterstattung um die Entführung sowie das monatelange Gerichtsverfahren mit zahlreichen Zeugen führten nicht nur der israelischen Gesellschaft, sondern der ganzen Welt das Ausmaß deutscher Massenverbrechen vor Augen. Der Eichmann-Prozess veranlasste viele Deutsche, sich zum ersten Mal mit der systematischen Ermordung der Jüdinnen und Juden auseinanderzusetzen, während deutsche Journalistinnen und Journalisten in Jerusalem über Eichmann, das israelische Rechtssystem und die Gesellschaft Israels aufklärten. Über die Reportagen der Deutschen und das innerdeutsche Echo informierten auch israelische Medien. So trug ausgerechnet der Eichmann-Prozess dazu bei, dass Deutsche und Israelis einander näherkamen.

Eine juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik initiierte Ende der 1950er-Jahre Fritz Bauer; doch erst 1963 startete der sogenannte Auschwitz-Prozess. Zweifel blieben, ob die Bundesrepublik Lehren aus der NS-Geschichte gezogen hatte. Im März 1962 wurde die Beteiligung deutscher Techniker an der Entwicklung eines ägyptischen Raketenprogramms bekannt. Daraufhin forderte die Jerusalemer Regierung Bonn zur Rückführung der schon dem NS-Regime dienstbar gewesenen Wissenschaftler auf. Die Bundesregierung bedauerte die Aktivitäten der Raketenspezialisten, mochte aber – abgesehen von materiellen Anreizen zu ihrer Abwerbung – keine weiteren Schritte unternehmen.

14.03.1960
Erstes Treffen von Konrad Adenauer und David Ben-Gurion im Hotel Waldorf Astoria in New York – Grundstein für eine „unmögliche" deutsch-israelische Freundschaft

03/1960
Verstetigung jugendlicher Arbeitseinsätze in Kibbuzim; Auftakt deutsch-israelischer Wissenschaftskooperation und Beginn regelmäßiger Israel-Besuche

1961
Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem nach seiner Ergreifung durch den Mossad

07.09.1961
Gründungsbeschluss „Pro-Israel-Vereinigung zur Förderung des deutschen Beitrags zum Aufbau Israels e.V."

27.08.1962
Demonstration für deutsch-israelische Beziehungen in West-Berlin: „Worauf warten wir?"

03.12.1963
Erstmaliger Vorschlag zur Gründung einer „Deutsch-Israelischen Gesellschaft" durch den West-Berliner evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer

12.05.1965
Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel

17.05.1965
Initiative zur Gründung einer DIG durch den Bonner SPD-Funktionär Heinz Putzrath

02.11.1965
Treffen von West-Berliner Aktivisten des Pro-Israel-Vereins zwecks Gründung einer DIG

03.12.1965
Bundesweites Koordinierungstreffen zur DIG-Gründung in Bonn – Auftakt zur Erarbeitung einer Satzung

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.
60 JAHRE | 1966 – 2026

Von der Idee zur Umsetzung: zur Vorgeschichte der DIG

Die Warenströme aus dem sogenannten Wiedergutmachungsabkommen legten in den 1950er-Jahren den Grundstein für die Entwicklung eines wachsenden Beziehungsgeflechts. Insbesondere in sozialdemokratischen und christlichen Kreisen der bundesdeutschen Gesellschaft wurde eine proisraelische Grundeinstellung zum Prüfstein demokratischer Gesinnung. Auf Initiative des israelischen Studenten Jochanan Bloch entstand in Berlin 1957 eine Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS); zwei Jahre später gründeten Studierende an westdeutschen Universitäten weitere DIS-Gruppen. Diese Gruppen waren zwar parteiunabhängig und erhielten Zuspruch aus allen demokratischen Spektren der Gesellschaft; gleichwohl waren insbesondere in Berlin und Frankfurt viele ihrer Mitglieder mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und anderen linken Gruppen verbandelt. Leidenschaftlich setzten sie sich für eine kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und für eine Verständigung mit Israel ein. An einer DIS-Festveranstaltung unter Beteiligung des evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer zum Gründungsjubiläum Israels im Audimax der FU Berlin nahmen 1958 mehr als 1.000 Besucherinnen und Besucher teil. Dem 1961 ins Leben gerufenen DIS-Bundesverband gehörten Mitte der 1960er-Jahre etwa 600 bis 800 Mitglieder an, die zu unterschiedlichen Zeiten in bis zu 26 verschiedenen Ortsgruppen organisiert waren.



Foto: Picture Alliance / Bildagentur-online / UIG

1960: David Ben-Gurion trifft Konrad Adenauer

Ende der 1950er-Jahre reisten erste deutsche Jugend- und Studierendengruppen nach Israel, um den Arbeitsalltag sozialistischer Kibbuzim mitzugestalten. Die Volontäre bewunderten den linkszionistischen „Pionierstaat“ als ein Gegenmodell zur „restaurativen“ westdeutschen Bundesrepublik. Neben DIS-Mitgliedern reisten bald auch junge Deutsche aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft nach Israel – darunter insbesondere Menschen, die biografisch halbwegs positive Bezugspunkte zu Jüdinnen und Juden und dem Staat Israel aufweisen konnten.

Zur Ikone deutsch-israelischer Verständigung entwickelte sich der evangelische Propst Heinrich Grüber: Aufgrund seines furchtlosen Widerstandes gegen das NS-Regime genoss er auch in Israel hohes Ansehen, denn er war aufgrund seiner Zeugenaussagen im Eichmann-Prozess einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Aus Anlass seines 70. Geburtstages bildete sich im Frühsommer 1961 ein Gratulationskomitee, um Geldspenden für 50.000 Baumpflanzungen in Israel zu sammeln. Aus dem Komitee entstand ab September ein Verein mit dem umständlichen Namen „Pro-Israel-Vereinigung zur Förderung des deutschen Beitrags zum Aufbau Israels“. Ihm schlossen sich frühere Aktivisten des zwischen 1926 und 1933 aktiven Pro-Palästina-Komitees[4] sowie jüngere Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft an – nicht zuletzt aus dem DIS-Milieu. „Pro Israel“ begriff sich als ein „Sammelbecken der Freunde und wohlwollenden Beobachter Israels in Deutschland“ – und wurde personell und programmatisch ein direkter Vorläufer und Wegbereiter der DIG.



Foto: Privatdokumente Siegward Lönnendonker

Studierende des Bundesverbands der Deutsch-Israelischen Studiengruppen (BDIS) im Kibbuz Nachal Oz, 1963

Es war Helmut Gollwitzer,[5] der im Dezember 1963 erstmals die Gründung einer Deutsch-Israelischen Gesellschaft anregte – auch um der Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel eine breite überparteiliche Plattform zu geben. Doch Akteure des Pro-Israel-Vereins wie Heinrich Grüber und Walter Sylten wehrten im April 1964 den Vorstoß als verfrüht ab: Ohne diplomatische Beziehungen könne man nicht – analog zu bereits existierenden Vereinen wie etwa der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft – eine Normalität simulierende Freundschaftsgesellschaft ins Leben rufen. Zudem gab es unterschiedliche Vorstellungen zur Arbeitsweise einer solchen Freundschaftsgesellschaft: Während es engagierten DIS-Aktivisten um die Gründung eines kampagnenfähigen Vereins zur Förderung deutsch-israelischer Beziehungen ging, schwebte Grüber und seinen Mitstreitern der Aufbau einer renommierten Vereinigung von Honoratioren aus Politik und Gesellschaft vor.

Neue Vorstöße zur Gründung einer DIG wurden erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 12. Mai 1965 aufgenommen. Nun fingen Deutsche aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen an, sich für Israel zu interessieren. Auch die zarten Ansätze im Jugendaustausch nahmen einen beachtlichen Aufschwung.

Am 17. Mai 1965 ergriff Heinz Putzrath, ein 1946 aus dem englischen Exil nach Deutschland zurückgekehrter deutsch-jüdischer Sozialdemokrat, die Initiative: Eine „Deutsch-Israelische Gesellschaft“ müsse gegründet werden, um über die offiziellen Beziehungen hinaus die Entwicklung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschen und Israelis zu unterstützen, schlug er in einem Schreiben an den SPD-Bundesvorsitzenden Willy Brandt vor. Von der Partei autorisierte „Genossen“ sollten schnellstmöglich die notwendigen personellen und planerischen Maßnahmen übernehmen, „damit nicht andere, vielleicht weniger erwünschte Persönlichkeiten einer solchen Initiative vorgreifen.“

Putzraths Anregung stieß in der SPD zunächst auf mäßiges Interesse. Immerhin beschloss das Parteipräsidium die Einsetzung eines vorbereitenden Ausschusses, „um die Sache dann bis nach der Bundestagswahl [am 19. September 1965, MK] auf sich beruhen zu lassen.“ SPD-MdB Gerhard Jahn,[6] der im Auftrag der Partei die Rolle eines Cheforganisators zu übernehmen bereit war, folgte der Verzögerungstaktik und konsultierte erst Ende Oktober 1965 potenzielle Interessenten einer DIG. Bereits jetzt sah Jahn im Heidelberger Theologen Rolf Rendtorff[7] eine Schlüsselfigur des zu gründenden Verbandes: „Genosse Prof. Dr. Rendtorff [...] ist die eigentlich hervorragende Persönlichkeit, die sich in diesen Fragen engagiert und an

Der lange Weg zur diplomatischen Anerkennung

Mitte der 1950er-Jahre erkannte Israel, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Verpflichtungen aus der „Wiedergutmachung“ verlässlich erfüllte. Gleichzeitig gelang es Israel nicht, seine Isolation im Nahen Osten zu überwinden. So keimte in israelischen Regierungskreisen der Wunsch auf, Beziehungen außerhalb der arabischen Welt zu vertiefen. 1957 forderte David Ben-Gurion die Bundesregierung erstmals auf, „normale diplomatische Beziehungen“ zu Israel aufzunehmen. Die Bundesrepublik zögerte, sah sie doch ihren Anspruch, ganz Deutschland vertreten zu wollen, in Gefahr. Jedem Staat, der die DDR völkerrechtlich anerkennen wollte, drohte die Bundesregierung mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen. Diese nach dem amtierenden Staatssekretär im Auswärtigen Amt benannte Hallstein-Doktrin ließ eine Aufnahme offizieller Beziehungen zu Israel als unvereinbar mit den deutschlandpolitischen Interessen der Bundesrepublik erscheinen, denn die arabischen Staaten hatten erklärt, das gute Verhältnis zur Bundesrepublik einfrieren und die DDR diplomatisch anerkennen zu wollen, sollte die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen. Als Ausweg nahmen Bonn und Jerusalem geheime Verhandlungen über eine militärische Zusammenarbeit auf. Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß und Staatssekretär Shimon Peres verabredeten Ende 1957 unter vier Augen erste Rüstungslieferungen („Panzer statt Diplomaten“).

Als sich Ben-Gurion und Adenauer 1960 in New York zum ersten Mal begegneten, widersetzte sich der Kanzler erneut dem Wunsch nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Zum Ausgleich verabredeten beide Politiker eine Verstetigung deutscher Wirtschaftshilfen und Rüstungslieferungen.

Die arabischen Staaten konnten sicher sein, dass die Bundesregierung keine offiziellen Beziehungen zu Israel aufnahm, solange sie die DDR nicht anerkannten. Diesen Kausalzusammenhang mochten Teile der deutschen Öffentlichkeit bald nicht länger hinnehmen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund startete im Oktober 1964 eine Unterschriften-Kampagne für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Als Medien daraufhin die deutschen Waffenlieferungen an Israel enthüllten, war die Empörung über den diskreten Rüstungsdeal groß, denn dieser hatte jahrelang als verborgenes Trostpflaster für die diplomatische Missachtung des jüdischen Staates gedient.

Ägyptens Staatspräsident Gamal Abdel Nasser reagierte auf die deutsche Militärhilfe für Israel auf seine Art und empfing im Februar 1965 den DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht zum Staatsbesuch. Spätestens jetzt war der westdeutsche Alleinvertretungsanspruch nicht mehr haltbar – und der Weg für eine diplomatische „Normalisierung“ frei. Am 12. Mai 1965 vereinbarten Bundeskanzler Ludwig Erhard und Ministerpräsident Levi Eshkol den Austausch von Botschaftern. Israel berief den in Wien geborenen Diplomaten Asher Ben-Natan zu seinem ersten Botschafter in Bonn; die Bundesrepublik entsandte den Diplomaten Rolf Pauls nach Israel. Pauls, ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier, war zu Beginn wütenden Protesten links- und rechtsgerichteter Israelis ausgesetzt, die er umsichtig meisterte. So wurde der deutsche Botschafter „mit Steinen empfangen“, doch am Ende „mit Rosen verabschiedet“. Auf vielen Feldern entwickelten sich die deutsch-israelischen Beziehungen bald in bemerkenswerter Weise.

den ich auch als zukünftigen Präsidenten der Gesellschaft denke."

Parallel zur sozialdemokratischen Bonner Gründungsinitiative fand die Idee einer zivilgesellschaftlichen Unterfütterung deutsch-israelischer Beziehungen auch in kirchlichen und christdemokratischen Kreisen West-Berlins Anklang; ihre Protagonistinnen und Protagonisten scharten sich um den Pro-Israel-Verein. Am 2. November 1965 traf sich im Berliner Rathaus Schöneberg ein kleiner Kreis des Vereins, um ähnlich wie die Bonner die Gründung einer DIG vorzubereiten – auch in der Absicht, sich anschließend mit den Bonnern auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen.

Nur einen Monat später, am 3. Dezember 1965, traf sich in Bonn zum ersten Mal ein gemeinsamer Berlin-Bonner DIG-Gründungsausschuss. Neben den linkskirchlichen Protestanten Heinrich Grüber (CDU) und Walter Sylten nahmen daran unter anderem Gerhard Jahn (SPD), Ernst Benda[8] (CDU) und Rolf Rendtorff (SPD) teil. Mit dem Bundestagsabgeordneten Benda waren nun auch Persönlichkeiten eingebunden, die sich dem liberal-konservativen Spektrum verbunden fühlten. In drei weiteren Sitzungen wurden bis Anfang März 1966 entscheidende personelle und strukturelle Weichenstellungen gelegt. Zwar leitete der christliche Pazifist Grüber die vorbereitenden Ausschuss-Sitzungen, doch die sozialdemokratische Dominanz sollte noch auf Jahre bestehen.

In Zielsetzung und Programmatik konnten sich die Gründungsaktivisten, allesamt Männer, rasch einigen. Kontrovers diskutiert wurde zwischen den Bonner „Zentralisten" und den Berliner „Regionalisten" die Struktur der Gesellschaft: Sollte der Verein eher zentralistisch – als interventionsfähiger proisraelischer Politverband – oder doch lieber dezentral und basisorientiert in regionalen Arbeitsgemeinschaften aufgestellt werden? Der bis Anfang März 1966 gerade noch rechtzeitig gefundene Satzungskompromiss wies der in Bonn vorgesehenen Geschäftsstelle koordinierende und öffentlichkeitswirksame Befugnisse zu, räumte aber den noch zu gründenden örtlichen Arbeitsgemeinschaften im Rahmen zentraler Mitgliederversammlungen ein beträchtliches Mitspracherecht ein. Juristischer Sitz der Gesellschaft sollte West-Berlin werden; eine jährlich tagende Mitgliederversammlung war als oberstes Gremium vorgesehen – alle Mitglieder sollten an ihr teilnehmen können. Das nach einem politisch-parlamentarischen Proporz zusammengesetzte Präsidium sollte eine staatsnahe Konfiguration der Freundschaftsgesellschaft sicherstellen.

---

[2] Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. II, 1953–1955, Frankfurt am Main 1968, S. 139; derselbe am 04.01.1966 im ZDF-Gespräch mit Günter Gaus, https://www.rbb-online.de/zurperson/interview_archiv/adenauer_konrad.html [Aufruf: 19.08.2026].

[3] Die Irgun (Etzel) war eine 1931 gegründete rechtszionistische Terrororganisation im britischen Mandatsgebiet Palästina. Sie organisierte illegale jüdische Einwanderung und verübte ab 1936 Anschläge zunächst auf Araber, ab 1944 insbesondere auf die britische Mandatsmacht. Nach der Staatsgründung 1948 entwaffnete die Regierung unter David Ben-Gurion ihre Kämpferinnen und Kämpfer und löste die Organisation auf. Viele ihrer Mitglieder wurden anschließend in die israelische Armee integriert.

[4] Das „Deutsche Komitee Pro Palästina" bestand aus einem überparteilichen Bündnis demokratisch gesonnener jüdischer wie christlicher Aktivisten. Ihre Mitglieder, darunter der Kölner Oberbürgermeister und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer (Zentrumspartei, nach 1945 CDU), warben in der deutschen Öffentlichkeit für das zionistische Aufbauwerk in Palästina. Es spricht in personeller wie struktureller Hinsicht einiges dafür, das Pro-Palästina-Komitee als eine frühe Vorläuferinitiative der DIG anzusehen.

[5] Der evangelische Pfarrer und Theologe Helmut Gollwitzer (1908–1993) gehörte im nationalsozialistischen Deutschland zu den führenden Aktivisten der regimekritischen Bekennenden Kirche. Als Professor an der Freien Universität Berlin und dezidiert linker Intellektueller war er mit dem zionistischen Aufbauwerk in Israel und seinen Menschen zeitlebens eng verbunden.

[6] Gerhard Jahn (1927–1998), Gründungspräsident der DIG (1966/67), Vizepräsident (1983–1985) und Präsidiumsmitglied (1985–1993): Er wuchs als ältester Sohn des evangelischen Arztes Ernst Jahn und der jüdischen Ärztin Lilli Jahn im nordhessischen Immenhausen auf. Gerhard Jahn hielt sich in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges in den Wäldern rund um Immenhausen versteckt. Nach Kriegsende studierte er Jura und schloss sich der SPD an, wo er als „Kronjurist" der Partei bekannt wurde. Er forderte eine schonungslose Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und Maßnahmen gegen ein Fortbestehen des Antisemitismus. Als langjähriger Bundestagsabgeordneter (1957–1990) amtierte Jahn von 1967 bis 1969 als Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt und von 1969 bis 1974 als Bundesjustizminister.

[7] Prof. Dr. Rolf Rendtorff (1925–2014), Mitbegründer und Vizepräsident der DIG (1966–1977), war ein deutscher evangelischer Theologe, dessen Vater 1933 als Bischof in Schwerin von den Nationalsozialisten abgesetzt worden war. Im Zweiten Weltkrieg war Rendtorff ab 1942 Soldat bei der Kriegsmarine. Als Professor für Alttestamentliche Theologie an der Universität Heidelberg gehörte er seit den 1960er-Jahren zu den Pionieren des deutsch-israelischen und christlich-jüdischen Dialogs; auch die Verständigung zwischen Palästinensern und Israelis war ihm ein wichtiges Anliegen.

[8] Prof. Dr. h. c. Ernst Benda (1925–2009) war Mitbegründer, zweiter Präsident der DIG (1967–1971), Vizepräsident (1966/67), Präsidiumsmitglied (1971–1977) und Ehrenpräsident (ab 1985). Geboren und aufgewachsen in einer protestantischen Familie mit teilweise jüdischen Wurzeln in Berlin, war er ab 1943 Soldat bei der Kriegsmarine. Nach Kriegsende studierte Benda Jura, schloss sich der CDU an und zählte bald zu den führenden Juristen in Deutschland. 1965 wurde er auch in Israel populär, weil er mit Blick auf die NS-Zeit vehement gegen eine Verjährung von Mordtaten eintrat. Der Hochschullehrer Benda war 1968/69 Bundesinnenminister und von 1971 bis 1983 Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

60 JAHRE | 1966 – 2026

Dekade 1

Gründungs- und Aufbaujahre 1966–1975

Gründungs- und Aufbaujahre 1966–1975

21.03.1966
Nichtöffentliche juristische Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) in Bonn

Wahl des SPD-Bundestagsabgeordneten Gerhard Jahn zum DIG-Präsidenten (1966–1967)

Einrichtung einer provisorischen Geschäftsstelle im Bundestagsbüro MdB Jahn

19.05.1966
Öffentliche Gründungsversammlung der bundesweiten DIG in West-Berlin

01.06.1966
Einstellung von „Fräulein Jutta-Maria Schuldt" als erste DIG-Geschäftsführerin (1966–1968)

01.07.1966
Anmietung einer dauerhaften Bundesgeschäftsstelle in der „Berliner Freiheit 26" in Bonn

02.11.1966
Gründung der bundesweit ersten Arbeitsgemeinschaft (AG) der DIG in West-Berlin

03/1967
Israel-Besuch des Schriftstellers Günter Grass mit Empfang durch Präsident Salman Schasar und Ministerpräsident Levi Eschkol

05/1967
Ablösung von Gerhard Jahn als DIG-Präsident durch den CDU-Politiker und späteren Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Dr. Ernst Benda (1967–1971)

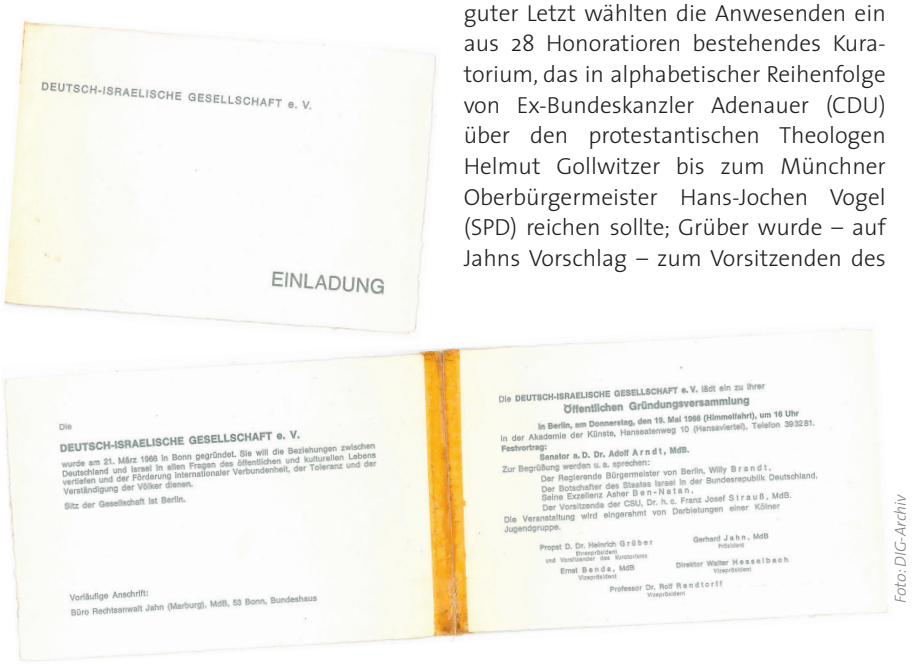
06/1967
Sechstagekrieg nach ägyptischer Blockade und Truppenaufmarsch; Israel erobert unter anderem Ostjerusalem und das Westjordanland, den Gazastreifen, die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel

06/1967
DIG-Spendenaufruf „Hilfe für Israel" (3,3 Millionen DM)

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel im Mai 1965 gelang es einer Reihe engagierter Israel-Aktivistinnen und Aktivisten, die zumeist sozialdemokratischen und christlichen Milieus entstammten, Menschen unterschiedlichster Herkünfte und Überzeugungen zusammenzubringen. Die Akteurinnen und Akteure der ersten Stunde verband eine Verbundenheit mit dem zionistischen Aufbauwerk im jungen demokratischen Staat Israel, die sonstige Unterschiede in den Hintergrund treten ließ. Binnen weniger Jahre schufen sie eine weitgefächerte und kampagnenfähige „Freundschaftsliga", die besonders während und nach dem Sechstagekrieg von 1967 eine große gesellschaftliche Resonanz erzielte. Überschattet wurden die hoffnungsfrohen Aufbau- und Kampagnenjahre ab 1973 von einem zunehmenden Ringen um den „richtigen" israelpolitischen Kurs der Organisation.

Zweifache Gründung: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft formiert sich

Am 21. März 1966 war es so weit: In der Bundeshauptstadt Bonn wurde die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) juristisch gegründet und im Dezember des Jahres vorläufig ins Vereinsregister Bonn eingetragen. Die konstituierende Sitzung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Bonner Bundeshaus statt, dem Sitz des Deutschen Bundestages: Alle Wahlgänge, darunter die Verabschiedung der Satzung mit Leitsätzen, aber auch die Wahl der Präsidiums- und Kuratoriumsmitglieder, verliefen ohne Gegenstimmen – der Gründungsausschuss hatte seit Dezember 1965 erfolgreich vorgearbeitet und die Weichen für eine strikt überparteiliche Zusammensetzung der Führungsgremien gestellt: Auf Vorschlag von Propst Heinrich Grüber (CDU) wählten die anwesenden 50 Personen zu ihrem ersten Präsidenten nicht, wie erwartet, den Theologen Rolf Rendtorff, sondern SPD-MdB Gerhard Jahn; seine Stellvertreter wurden Rendtorff (SPD), CDU-MdB Ernst Benda sowie der Gewerkschaftsbankier Walter Hesselbach[1] (SPD); Landeskirchenrat Nikolaus Becker[2] übernahm die Kassenverwaltung; weitere zehn Personen ließen sich zu Beisitzern des Präsidiums wählen, darunter die treibenden Ideengeber Heinz Putzrath (SPD) und Walter Sylten (parteiloser Protestant). Bei der Verteilung von Ehrenämtern stieß die Versammlung fast an ihre Grenzen. Lediglich sieben der 50 teilnehmenden Personen verließen die Gründungsversammlung, ohne irgendein Amt bzw. eine Funktion angenommen zu haben. Zu guter Letzt wählten die Anwesenden ein aus 28 Honoratioren bestehendes Kuratorium, das in alphabetischer Reihenfolge von Ex-Bundeskanzler Adenauer (CDU) über den protestantischen Theologen Helmut Gollwitzer bis zum Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD) reichen sollte; Grüber wurde – auf Jahns Vorschlag – zum Vorsitzenden des


DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT e. V.

EINLADUNG

Die DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT e. V. wurde am 21. März 1966 in Bonn gegründet. Sie will die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel in allen Fragen des öffentlichen und kulturellen Lebens verbessern und der Förderung internationaler Verbundenheit, der Toleranz und der Verständigung der Völker dienen.

Sitz der Gesellschaft ist Berlin.

Vorläufige Anschrift:
Büro Rechtsanwalt Jahn (Marburg), MdB, 53 Bonn, Bundeshaus

Die DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT e. V. lädt ein zu ihrer
Öffentlichen Gründungsversammlung
in Berlin, am Donnerstag, den 19. Mai 1966 (Himmelfahrt), um 16 Uhr
in der Akademie der Künste, Hanseatenweg 10 (Hansaviertel), Telefon 393281.
Festvortrag:
Senator a. D. Dr. Adolf Arndt, MdB.
Zur Begrüßung werden u. a. sprechen:
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt,
Der Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland,
Seine Exzellenz Asher Ben-Natan,
Der Vorsitzende der CSU, Dr. h. c. Franz Josef Strauß, MdB.
Die Veranstaltung wird eingerahmt von Darbietungen einer Kölner Jugendgruppe.

Propst D. Dr. Heinrich Grüber, Präsident
Gerhard Jahn, MdB, Präsident
Ernst Benda, MdB, Vizepräsident
Direktor Walter Hesselbach, Vizepräsident
Professor Dr. Rolf Rendtorff, Vizepräsident

Foto: DIG-Archiv

Einladungskarte zur DIG-Gründungsversammlung, 19. Mai 1966 in Berlin



Foto: DIG-Archiv

Ernst Benda (3. v. l.) und Heinz Westphal (l.) besuchen David Ben-Gurion in Sde Boker, 1969

Kuratoriums gewählt. Bis zum Mai 1966 diente Jahns Bundestagsbüro als vorläufige Geschäftsstelle.

Die öffentliche politische Festveranstaltung zur Gründung der überparteilichen DIG fand erst am 19. Mai 1966 statt. Noch am Morgen des Tages hielt das Präsidium im Schöneberger Rathaus seine erste Sitzung ab. Es galt, letzte dramaturgische Details für die Festveranstaltung zu klären, aber auch künftige Aktivitäten in den Blick zu nehmen: die Koordinierung von Studienreisen nach Israel, die Kontaktierung und Einladung dialogbereiter Israelis, die Förderung des Wissenschafts- und Kulturaustauschs sowie die Vermittlung von Informationen „über Israel in der BRD und über die BRD in Israel". Bei dieser Gelegenheit brachte Präsident Jahn das friedfertige Selbstverständnis der zunächst 253 Mitglieder zählenden DIG auf den Punkt: „Eine Pro-Israel-Einstellung impliziert keine Kontra-Araber-Haltung."

Die zentrale Feier in der West-Berliner Akademie der Künste hätte nicht eindrucksvoller ausfallen können, obwohl Ex-Bundeskanzler Konrad Adenauer als ein früher Aktivist des alten „Pro-Palästina-Komitees" seine Teilnahme ohne Begründung zurückgezogen, der CDU-Vorsitzende Ludwig Erhard auf die Einladung nach Berlin nicht reagiert und der CSU-Vorsitzende Strauß seine Teilnahme in letzter Minute „aus terminlichen Gründen" abgesagt hatte. Umso mehr trugen Präsenz und Grußwort des Regierenden Bürgermeisters und SPD-Bundesvorsitzenden Willy Brandt zum Eventcharakter der

Eine Welle der Solidarität: Der Sechstagekrieg von 1967

Im Zuge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen entdeckten ab 1965 breite Kreise der bundesdeutschen Gesellschaft ihr Interesse an Israel und seinen Menschen. Immer häufiger reisten jetzt Deutsche in das unbekannte Land: als christliche Pilgerinnen und Pilger, politisch interessierte Beobachterinnen und Beobachter, Kibbuz-Volontärinnen und -Volontäre oder „nur" als Touristinnen und Touristen. Die proisraelische Stimmung erreichte im Sechstagekrieg von 1967 einen Höhepunkt, als Israel arabische Vernichtungsdrohungen, militärische Aufmärsche und Seeblockaden am 5. Juni mit einem Präventivschlag beantwortete. Während Israels Existenz akut gefährdet schien, sympathisierten weite Teile der deutschen Gesellschaft mit dem jüdischen Staat. Es kam zu proisraelischen Demonstrationen und Spendensammlungen. Insbesondere die Zeitungen des Axel-Springer-Verlags stellten sich an die Seite Israels. Doch selbst Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein zeigte sich besorgt: „Die arabischen Gegner wollten ihm [Israel] nicht ein Stück Land oder eine Konzession fortnehmen. Sie hatten es auf seine Existenz abgesehen. […] Soll Israel weiter in der Angst vor einem Überfall leben müssen, weiter unter dem Zwang, ständig zum Präventivkrieg gerüstet zu sein? […] Israel, der David unter den Völkern, soll leben!"

09/1967
DIG-Intervention zugunsten eines intensiveren bilateralen Jugendaustauschs

21.09.1967
Zweite Gründung einer DIG-AG in Wiesbaden

01/1968
Gründung von „Mifgash" (Begegnung), einer Vorläuferorganisation der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG)

05/1968
Einmalige Ausgabe einer Vereinszeitschrift „DIG-Informationen" anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung Israels

10/1968
Erster von der DIG getragener Workshop für deutsche Lehrkräfte an der Hebräischen Universität in Jerusalem

01/1969
DIG auf Wachstumskurs: 1.200 Mitglieder und 13 „örtliche Sektionen"

DIG als Mitherausgeberin der christlich-jüdischen Zweimonatszeitschrift „Emuna", verantwortlich für eine achtseitige Beilage „Israel-Chronik" mit Informationen über Israel, den Nahostkonflikt und die deutsch-israelischen Beziehungen.

09.06.1969
Linksradikale Ausschreitungen gegen Israels Botschafter Asher Ben-Natan an der Frankfurter Universität

02/1971
Herausgabe der quartalsweisen Ausgabe von Heft 1 der „DIG-Informationen" als bundesweit vertriebene Vereinszeitschrift (bis 1990)

04/1971
Gründung der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag

Gründung der Partnerorganisation Israelisch-Deutsche Gesellschaft (IDG) in Tel Aviv

12/1971
Ablösung von Ernst Benda als DIG-Präsident durch den SPD-Politiker Heinz Westphal (1971–1977)

22.04.1972
Selbstauflösung des Bundesverbandes Deutsch-Israelischer Studiengruppen aufgrund antizionistischer Tendenzen

09/1972
DIG-Spendenkampagne für israelische Terroropfer von München (110.000 DM)

10/1973
Jom-Kippur-Krieg: Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens auf Israel am höchsten jüdischen Feiertag; schwere Verluste und tiefgreifende politische und gesellschaftliche Folgen in Israel

07.10.1973
DIG-Spendenaufruf „Hilfe für Israel" (360.000 DM)

1973
Gründung des „Gemischten Fachausschusses für den deutsch-israelischen Jugendaustausch": aktive Mitwirkung der DIG

01/1975
Gründung der „Jerusalem Foundation Deutschland e.V." zur Förderung des Zusammenlebens von Juden, Muslimen und Christen in Jerusalem

1975
Informeller Beginn des deutsch-israelischen Lehrkräfte-Austauschs auf Initiative der Berliner DIG-AG

10/1975
Vereinbarung über erste deutsch-israelische Städtepartnerschaft (Andernach und Dimona)

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.
60 JAHRE | 1966 – 2026

hoffnungslos überfüllten Akademieräume bei. „Ich glaube nicht, dass Sie vergessen können, ich glaube nicht, dass wir vergessen können", stellte Israels Botschafter Asher Ben-Natan klar – nicht ohne zu ergänzen, dass „ein Verständnis" notwendig sei, „das in die Zukunft blickt." Hauptredner Adolf Arndt[3] (SPD) zeichnete den ebenso schwierigen wie überfälligen Weg der deutsch-israelischen Annäherung nach und warb um Geduld, die beim Aufbau grundlegender Fundamente in den bilateralen Beziehungen notwendig sei.

Bereits zum 1. Juni 1966 gelang es der DIG, mit „Fräulein Jutta-Maria Schuldt" die erste Geschäftsführerin der DIG einzustellen (1966–1968). Nur vier Wochen später, am 1. Juli 1966, bezog die Geschäftsstelle in der „Berliner Freiheit 26" in Bonn ihr erstes dauerhaftes Büro, sodass wesentliche Voraussetzungen für den administrativen Aufbau der Gesellschaft geschaffen waren.

Am 2. November 1966 wurde im Kammersaal des Rathauses Schöneberg eine erste lokale Arbeitsgemeinschaft (AG) der DIG ins Leben gerufen. Zur Gründungsversammlung der West-Berliner AG waren Israelfreundinnen und -freunde aus dem Pro-Israel-Verein sowie die nach der Gründungsversammlung der Bundes-DIG neu gewonnenen Mitglieder eingeladen. Linksorientierte Aktivistinnen und Aktivisten aus den Deutsch-Israelischen Studiengruppen gingen auf Distanz zur AG, denn sie konnten sich mit ihrem Ansinnen, vor Aufnahme israelbezogener Aktivitäten vor Ort eine „Grundsatzdiskussion" über allgemeinpolitische Streitfragen wie die „Notstandsgesetze" zu führen, nicht durchsetzen. Ohnehin war ihnen die starke Einflussnahme „bürgerlicher" Bonner Parlamentarier auf die Gesamt-DIG ein Ärgernis.

Ende 1966 war die DIG auf 530 Einzelmitglieder und 54 korporative Mitglieder angewachsen. Doch eine zweite AG-Gründung folgte erst am 21. September 1967 in Wiesbaden. Weitere AG-Gründungen schlossen sich 1968/69 unter anderem in Braunschweig, Bodensee, Freiburg, München, Stuttgart, Mainz und Ulm an. Aufbau und Verwaltung der DIG und ihrer Arbeitsgemeinschaften waren in den Gründungsjahren noch wenig geordnet; hinzu kamen strukturelle Liquiditätsprobleme. So beschwerte sich Walter Sylten zufolge 1967 der Berliner Sozialdemokrat und „Senatsdirektor Heinz Striek […], dass er noch keine Aufforderung zur Beitragszahlung für 1966 und 1967 erhalten habe." Die NS-Vergangenheit eines prominenten Mitglieds überschattete den frühen Alltag der DIG.[4]

Die DIG als Motor der Israel-Solidarität im Sechstagekrieg

Während des Sechstagekrieges wurde die DIG aufgrund ihrer israelsolidarischen Aktivitäten bundesweit bekannt. Hauptgrund war die maßgeblich von dem Schriftsteller Günter Grass initiierte Spenden-Kampagne „Hilfe für Israel". Schon am 30. Mai 1967 hatte das DIG-Präsidium unter seinem neugewählten christdemokratischen Präsidenten Ernst Benda (1967–1971) im Beisein von Grass Hilfsmaßnahmen für das bedrängte Israel beraten.

Die DIG zeichnete für den Inhalt und die Verteilung von 30.000 Exemplaren eines Solidaritätsflyers verantwortlich. Der Kampagne schlossen sich der Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit und seine Einzelgesellschaften sowie der Bundesverband der Gesellschaften der Freunde der Hebräischen Universität an. Durch Grass' Vermittlung übernahm der Luchterhand Verlag den kostenlosen Druck und die Verteilung der Flyer an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik. Namhafte Medienhäuser – darunter der SPIEGEL, die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Zeitungen des Springer-Verlags – veröffentlichten den Aufruf ab dem 2. Juni kostenlos als ganzseitige Anzeigen. Zwischen dem 5. und 19. Juni verzeichnete die DIG-Geschäftsstelle täglich durchschnittlich 1.000 Spendeneingänge auf ihren Sonderkonten – von zahllosen Einzelpersonen, aber auch namhaften Banken, Firmen, Verlagen und Kommunen. Bis Ende 1967 waren ca. 3,3 Mio. DM zusammengekommen.

Auch viele andere Hilfsangebote wie Sach- und Blutspenden sowie Angebote für Arbeitseinsätze in Israel erreichten die DIG.

Auf Initiative der DIG reisten im Juni unter Leitung von Kuratoriumsmitglied Heinz Kremers zwölf Freiwillige nach Israel, um drei Monate lang im Kibbuz Givat Hayim mitzuhelfen.

Die Solidaritätsbekundungen wurden von Botschafter Asher Ben-Natan und bald auch in der israelischen Gesellschaft mit positivem Erstaunen wahrgenommen und gewürdigt. Rolf Rendtorff, der im Auftrag des Präsidiums im Herbst 1967 zu verschiedenen Anlässen und Gesprächen nach Israel reiste, berichtete von einem regelrechten „Stimmungsumschwung" in weiten Teilen der israelischen Bevölkerung. Doch dauerte es trotz fortgesetzter Bemühungen der DIG vier weitere Jahre, bis im April 1971 in Tel Aviv die „Israelisch-Deutsche Gesellschaft" (IDG) gegründet wurde; ihr erster Präsident war André de Vries, Rektor der Universität Tel Aviv. Ihre Mitglieder setzten sich überwiegend aus „Jeckes" zusammen – Jüdinnen und Juden, die aus Deutschland vertrieben worden waren.

„Anregend, vermittelnd, helfend oder gestaltend beteiligt": Lobbyismus auf Samtpfoten

Anfangs setzten sich die DIG-Mitgliederversammlungen aus interessierten Mitgliedern zusammen. Doch als ihre Zahl und die der Arbeitsgemeinschaften immer mehr anstiegen – bis Anfang 1969 gab es 1.200 Mitglieder und 13 „örtliche DIG-Sektionen" –, begann die DIG, Ansätze eines Delegierten-Prinzips einzuführen. Darüber hinaus waren zunächst keine strukturellen Veränderungen angesagt: Die Mitgliederversammlungen sollten weiterhin alle zwei Jahre tagen, beraten, Beschlüsse fassen und die Präsidiumsmitglieder wählen – eine Konstruktion, die 50 Jahre lang weitgehend unangefochten blieb. Das nach einem parlamentarischen Proporz zusammengesetzte Präsidium sollte eine staatsnahe Konfiguration der Freundschaftsgesellschaft sicherstellen.

In den Anfangsjahren drehte sich das Personalkarussell in der kleinen DIG-Geschäftsstelle mit großer Geschwindigkeit, denn das ambitionierte Geschäftsführungs-Stellenprofil verlangte den jeweiligen Stelleninhabern ein anspruchsvolles Multitasking ab, das mitunter einer Quadratur des Kreises gleichkam: Nach nur 19 Monaten Amtszeit wurde die Bundesgeschäftsführerin Jutta-Maria Schuldt im Februar 1968 von Reinhart Thyssen abgelöst, der wiederum drei Jahre später im Februar 1971 die Staffel an den Historiker Reiner Bernstein (1971–1977) weiterreichen musste.



Foto: Picture Alliance / dpa / Egon Steiner

Spendenkampagne „Hilfe für Israel" mit Günter Grass am 6. Juni 1967 in Bonn

Seit 1968 wirkte die DIG auf verschiedenen Ebenen an öffentlicher Förderung und Verstetigung des deutsch-israelischen Jugendaustauschs mit. Zunehmend fungierte sie auch als Ansprechpartnerin der Tel Aviver Kibbuz-Zentrale und beriet jährlich hunderte Bewerberinnen und Bewerber für Kibbuz-Aufenthalte. Im März 1972 stellte das Bundesjugendministerium mit Hartwig Bierhoff einen Jugendbildungsreferenten „bei der DIG" ein, der in Kooperation mit Trägern von Jugendbegegnungsmaßnahmen den Jugendaustausch und die Qualifizierung junger Israel-Interessierter vorantrieb. Auf Betreiben unter anderem des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesjugendministerium Heinz Westphal (SPD) wurde der Jugendaustausch 1972 „bilateral", weil endlich auch israelische Jugendgruppen nach Deutschland kamen. Folgerichtig wurde die DIG zu einem geschätzten Akteur in dem 1973 eingerichteten bilateralen „Gemischten Fachausschuss für den deutsch-israelischen Jugendaustausch": In diesem Gremium wurden Leitlinien der Förderung, Programmgestaltung sowie Auswahl und Vorbereitung der Teilnehmenden an Jugendbegegnungen bestimmt.

Auch im Bildungssektor betätigte sich die DIG: So initiierte sie im Oktober 1968 einen Workshop für deutsche Lehrkräfte an der Hebräischen Universität mit dem Ziel, adäquate Unterrichtsmodelle zur deutsch-jüdischen Beziehungsgeschichte für deutsche Schulen zu entwickeln. Das Seminar legte den Grundstein für die bildungspolitische Zusammenarbeit zwischen israelischen und deutschen Schulbuchforschern späterer Jahre. 1975 wurde erstmals ein deutsch-israelischer Lehrkräfte-Austausch verabredet, bei dem die Berliner DIG Pate stand.

Ein schwieriger Punkt blieb zunächst der Kulturaustausch, dem eine Knesset-Resolution entgegenstand. Um deren Aufhebung hatte sich schon die erste Delegation des DIG-Präsidiums vergeblich bemüht. Aber 1971 konnte in Tel Aviv mit Unterstützung der deutschen Botschaft und mit Duldung des israelischen Außenministeriums eine „Woche der deutschen Kultur" organisiert werden – sie war zwar von Protesten aufgebrachter links- und rechtsorientierter Israelis begleitet, doch machte sie den Weg frei für eine allmähliche Annäherung auch in kulturellen Fragen.

Regionale Arbeitsgemeinschaften füllten ab 1968 durch Vorträge, Bildungsveranstaltungen und Israel-Reisen die

deutsch-israelischen Beziehungen auch in ihrer Breite mit immer mehr Leben. Ab 1969 setzten sich prominente Mitglieder des Bundestages wie Ernst Benda und Jürgen Wohlrabe für die Gründung einer parteiübergreifenden deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im Bundestag ein – ihre erste Sitzung fand im April 1971 statt. In unterschiedlichen Zusammenhängen betätigte sich die DIG als zivilgesellschaftlicher „Türöffner" zur Anbahnung bilateraler Begegnungen und Programme kulturellen, wissenschaftlichen und politischen Zuschnitts, einschließlich der Kooperation bilateraler Pädagogen- und Juristen-Vereinigungen. „Immer war die DIG anregend, vermittelnd, helfend oder gestaltend beteiligt", so drückte es rückblickend Heinz Westphal[5] (SPD) aus, der als dritter DIG-Präsident (1971–1977) amtieren sollte.

Erste publizistische Gehversuche

Eine eigene Vereinszeitschrift konnte sich die DIG in ihren frühen Jahren noch nicht leisten. Dennoch gelang es der DIG-Geschäftsstelle im Mai 1968 – anlässlich des 20. Jahrestages der Staatsgründung Israels –, die Einmalausgabe einer Publikation namens „DIG-Informationen" herauszugeben. Von Präsidiumsmitgliedern akquirierte Sonderspenden hatten es möglich gemacht. Im November 1969 erschien unter dem Titel „DIG-Informationen" erneut ein 16-seitiges „Mitteilungsblatt" – der Solitär sollte nicht zuletzt der internen Kommunikation dienen. Ansonsten waren zwischendurch mehr als hektografierte Infoblätter finanziell einstweilen nicht möglich.

Zwischen 1970 und 1975 beteiligte sich die DIG als Mitherausgeberin der von den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit verantworteten Zweimonatszeitschrift „Emuna. Horizonte zur Diskussion über Israel und das Judentum". Dabei betreute die Geschäftsstelle in Form einer Beilage eine achtseitige „Israel-Chronik" mit Informationen über Israel, den Nahostkonflikt und die deutsch-israelischen Beziehungen. Mit Sonderdrucken wurden regelmäßig ca. 2.200 Mitglieder und Multiplikatoren des Israel-Engagements bedacht.

Als die DIG 1971 auf 1.500 Mitglieder angewachsen war, verstetigten sich die publizistischen Bemühungen, indem die Geschäftsstelle das Vereinsheft „DIG-Informationen" nunmehr regelmäßig vier- bis sechsmal im Jahr herausgab. Die „DIG-Informationen" blieben bis 1990 das bescheidene, aber unverzichtbare publizistische Flaggschiff der DIG in der deutschen Öffentlichkeit. Die 16- bis 24-seitigen Hefte waren kleinformatig und schmucklos gestaltet; sie enthielten neben Veranstaltungsberichten und Vortrags-Dokumentationen allerlei Wissenswertes rund um die deutsch-israelischen Beziehungen sowie Tipps und Best-Practice-Beispiele für das israelbezogene Engagement.

Zudem gab die Geschäftsstelle ab Sommer 1973 einen monatlichen „Informationsdienst" heraus, um eine interessierte Öffentlichkeit mit qualitativ hochwertigen Informationen über aktuelle Entwicklungen in Staat und Gesellschaft Israels zu versorgen; darin eingeschlossen waren auch Übersetzungen spannender Debattenbeiträge aus israelischen Medien. Aus finanziellen Gründen konnte die auf Breitenwirkung angelegte Erscheinungsweise nicht lange eingehalten werden; ab Mitte 1974 wurden nur noch gesellschaftlich relevante Multiplikatorinnen und Multiplikatoren adressiert.

Solidarität in der Bewährung: Die DIG vor einer Zerreißprobe

Bis heute begreift sich die DIG als eine zivilgesellschaftliche Organisation, die öffentlichkeitswirksam Position bezieht, wann immer das Lebensrecht der Israelis und ihres Staates infrage gestellt wird. Ihre Akteurinnen und Akteure haben immer betont, dass sie sich nicht als verlängerter Arm einer periodisch wechselnden israelischen Regierungspolitik begreifen. Die im Herbst 1967 von dem christdemokratischen DIG-Präsidenten Ernst Benda (1967–1971) während einer Israel-Reise geprägte Redewendung von der „kritischen Solidarität"[6] schloss zu keiner Zeit eine enge und vertrauensvolle Kooperation mit der israelischen Botschaft aus; sie trug aber der Diversität und Pluralität in der pulsierenden Demokratie Israels Rechnung, die eine unreflektierte Zustimmung zu tagespolitischem Regierungshandeln ausschließen sollte.

Das Mission Statement aus ihren Leitsätzen begleitet die Freundschaftsgesellschaft von der ersten Stunde an: „Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken. […] Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten." Zugleich setzte der sozialdemokratische Präsident Heinz Westphal (1971–1977) zwei innerverbandliche Leitplanken: „Die DIG stimmt weder gedankenlos jeder israelischen Entscheidung zu, noch tritt sie als Lehrmeister Israels auf."

Trotz ihrer klaren Positionsbestimmung konnte die DIG nicht verhindern, dass die deutsch-israelische Annäherung schon wenige Jahre nach dem Sechstagekrieg ins Stocken geriet. Der internationale Aufstieg der PLO und die damit einhergehende Palästinensierung des Nahostkonflikts in öffentlichen Diskursen forderten ihren Tribut. Ab 1970 stellte sich die Frage nach einer spezifischen DIG-Identität immer drängender: Sollte sich die DIG als bloße „Freundschaftsliga" begreifen oder aber ein israelpolitisches Mandat ausüben – und wenn ja, in welcher Weise? Auch ohne Beschlusslage führten dramatische Ereignisse dazu, dass sich eine Grundsatzentscheidung erübrigen sollte.

Im Nachgang zum Terroranschlag auf die israelische Olympia-Mannschaft sammelte die DIG 1972 mit Unterstützung des Axel-Springer-Verlags Spendengelder in Höhe von 110.000 DM für die Opfer des Anschlags und ihre Familien. Zugleich begann das Präsidium, politisch zu intervenieren: So protestierte es gegen die „Nachgiebigkeit" der Bundesregierung angesichts der vorzeitigen Freilassung palästinensischer Terroristen. Doch auch weitere schriftliche Interventionen bei Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Bundesaußenminister Walter Scheel (FDP)

führten zu keinen befriedigenden Ergebnissen. Angesichts extremer israelpolitischer Stellungnahmen linker Verbände initiierte das Präsidium auch einen kritischen Dialog mit der in den 1970er-Jahren einflussreichen SPD-Parteijugend, den „Jungsozialisten". Mit großer Sorge verfolgte die DIG eine weitere Verschlechterung der deutsch-israelischen Beziehungen, als sich im und nach dem Jom-Kippur-Krieg die Nahostpolitik der Bundesregierung zunehmend unausgewogener zeigte und sich auch in einer breiteren deutschen Öffentlichkeit das positive Israelbild einzutrüben begann. Selbst ein prominenter DIG-Sympathisant wie Günter Grass fiel jetzt mit verstörenden und belehrenden Äußerungen zu Israel auf. Gleichwohl ließ sich die DIG während der kritischen Kriegswochen nicht davon abhalten, eine Spendenaktion zugunsten der Hilfsorganisation „Magen David Adom" zu starten, die seit der Gründung Israels Krankentransporte sowie Notfallrettungs- und Blutspendedienste organisiert. Anfang 1974 übergab das Präsidium Botschafter Eliashiv Ben Horin einen Scheck in Höhe von 360.000 DM.

Die politische Großwetterlage färbte auch auf israelsolidarische Kreise ab: Während die DIG in einer existenzbedrohenden Finanzkrise steckte, begannen 1973 – mitten im Jom-Kippur-Krieg – innerverbandliche Auseinandersetzungen um das „Recht" auf Israelkritik. Anlass war ein auf Bitten des Präsidiums von der Geschäftsstelle erstelltes vertrauliches „Material- und Analysepapier" zu „Haltungen" in der deutschen Linken gegenüber Israel. Die meisten Präsidiumsmitglieder warfen dem Papier eine allzu geringe Distanz gegenüber antiisraelischen Positionen vor. Gleichwohl äußerten ab 1974 auch prominente Vertreter der DIG wie Vizepräsident Rendtorff und Präsident Westphal, die nach internen Schätzungen ein knappes Drittel der Mitglieder repräsentierten, Unbehagen über die angeblich klischeehaft verzerrte Vorstellung eines „Bilderbuch-Israel[s]" und die Ausblendung Israels als Besatzungsmacht in den 1967 eroberten Territorien. Auf der 7. ordentlichen Mitgliederversammlung vom 13. Dezember 1974 in Bonn sah sich Botschafter Johanan Meroz erstmals veranlasst, die israelkritischen Tendenzen in Teilen der DIG zu problematisieren.

Zu einem öffentlichen Eklat führte im November 1975 ein Artikel in der einzigen deutschsprachigen israelischen Tageszeitung „Israel-Nachrichten". Unter der Headline „Freunde der Palästinenser statt Freunde Israels" drückte Chefredakteur J.E. Palmon sein Befremden über die angebliche Metamorphose der DIG hin zu „einer Art Nahost-Verein" aus. Anlass seines Artikels war ein von DIG-Geschäftsführer Reiner Bernstein organisiertes Nahost-Seminar der DIG in Mülheim unter Einschluss des Herausgebers der linksgerichteten Zeitschrift „New Outlook" David Shaham. Die kurz zuvor am 24. Oktober 1975 tagende Mitgliederversammlung hatte eine „politische Entschließung" verfasst, in der „das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung" bejaht worden war. DIG-Präsident Westphal wies Palmons Vorwürfe als „unfair" zurück und beklagte einseitig-selektiv ausgewählte Zitate und „unzutreffende" Schlussfolgerungen. Auch Botschafter Meroz wertete den DIG-kritischen Artikel als „überzogen", verbat sich jedoch Versuche einer „Einmischung" in innerisraelische Debatten; zugleich mahnte er die DIG als „Freundschaftsliga" zur Zurückhaltung in israelpolitischen Angelegenheiten. In intensiven Aussprachen, teils hinter verschlossenen Türen, beharrte Westphal darauf, dass sich die DIG in ihrem Israel-Engagement „eine gemeinsam getragene deutsche Position zur Bewältigung des Nahostkonflikts" erarbeiten müsse, um so auch die deutsche Außenpolitik zu beeinflussen. Ungeachtet aller Gesprächskanäle, Briefwechsel und sonstiger Interventionen konnte das DIG-Präsidium nicht verhindern, dass die Bonner Zentrale um Geschäftsführer Reiner Bernstein wegen ihrer angeblichen „Hinwendung zur PLO" zunehmend in den Fokus kritischer Aufmerksamkeit geriet.

Im Namen der „Ausgewogenheit": Abschied von der Solidarität mit Israel?

Während Teile der Linken schon kurz nach den israelischen Kriegserfolgen von 1967 die Fronten gewechselt und den jüdischen Staat nur noch als „Brückenkopf des US-Imperialismus" wahrgenommen hatten, zogen dunkle Wolken bald auch über die offiziellen Beziehungen herauf.
Der PLO gelang es Ende der 1960er-Jahre, das Interesse der Weltöffentlichkeit mithilfe gezielter Terroranschläge auf die Lage der Palästinenser zu lenken. 1972 wurde auch die Bundesrepublik vom Terror heimgesucht: Mitglieder des „Schwarzen September", einer Untergruppe der PLO, ermordeten während der Olympischen Sommerspiele in München elf israelische Sportler. Als kurz darauf eine Lufthansa-Maschine in die Hände palästinensischer Entführer geriet, ließ die Bundesregierung im Gegenzug zur Freilassung der Passagiere die drei überlebenden Terroristen von München frei. Die israelische Öffentlichkeit war schockiert über das Nachgeben der deutschen Regierung. Die Stimmung verschlechterte sich, als im Zuge des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 die arabische Staatenwelt ihr Erdöl als politisches Mittel gegen die energiehungrige westliche Welt einsetzte. Unter der Wucht der „Öl-Waffe" untersagte die Bundesregierung den USA, Waffen aus in Westdeutschland gelegenen US-Depots an das bedrängte Israel zu liefern. Der Eindruck drängte sich auf, dass das nahostpolitische Credo der „Ausgewogenheit" zunehmend zulasten Israels erfolgte.
Ab 1974 konnte sich die PLO um ihren Vorsitzenden Jassir Arafat zunehmender internationaler Anerkennung erfreuen: Im Nachgang zu Arafats spektakulärem Auftritt vor der UNO-Vollversammlung im November des Jahres – „mit dem Olivenzweig in der einen und dem Gewehr des Revolutionärs in der anderen Hand" – erklärte sich der deutsche UN-Botschafter Rüdiger von Wechmar mit dem „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes" solidarisch – unter Hinweis auf das ebenfalls nicht eingelöste Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Ost und West. Damit brach die bundesdeutsche Diplomatie ein bis dahin in der westlichen Welt geltendes Tabu: Konnten die Israelis bis zu diesem Zeitpunkt davon ausgehen, dass die deutsche Politik aufgrund ihres geschichtlich bedingten Sonderverhältnisses zum jüdischen Staat im Zweifelsfall der israelischen Seite zugeneigt blieb, so war diese Geschäftsgrundlage nun zugunsten einer formal ausgewogenen deutschen Nahostpolitik aufgegeben.

[1] Zu Walter Hesselbach vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 65.

[2] Nikolaus Becker (1929–2002) gehörte in Deutschland zu den frühen protestantischen Förderern des christlich-jüdischen Dialogs. Anfang der 1960er-Jahre war er Mitbegründer der christlichen Siedlung Nes Ammim („Zeichen der Völker") im Norden Israels.

[3] Prof. Dr. Adolf Arndt (1904–1974) war in der NS-Zeit als „Halbjude" eingestuft. Der Jurist wurde 1943 zur Zwangsarbeit eingezogen und 1944 verhaftet, konnte aber Anfang 1945 seinen Verfolgern entkommen. 1946 trat er der SPD bei und zählte als Bundestagsabgeordneter zwischen 1949 und 1969 zu den führenden Juristen. 1963 wurde er zum ersten Berliner Wissenschafts- und Kunstsenator berufen. Berühmt wurde seine Bundestagsrede zur Verjährungsdebatte von 1965, bei der er sehr persönliche Worte fand und sich trotz seines Verfolgungsschicksals zu einer moralischen Mitschuld an den Verbrechen des NS-Terrorregimes bekannte.

[4] Ungeachtet seiner Verdienste um die deutsch-israelische Verständigung trat im Juni 1968 das Nürnberger Präsidiumsmitglied Christoph Freiherr von Imhoff zurück. Anlass waren bevorstehende SPIEGEL-Recherchen über seine Aktivitäten in der NS-Zeit als Heereskriegsberichterstatter und Verfasser von Artikeln für die Zeitungen „Das Reich" und „Signal". DIG-Präsident Ernst Benda (1967–1971) empfahl zu dieser heiklen Personalie im Einvernehmen mit allen Präsidiumsmitgliedern Stillschweigen gegenüber den Mitgliedern zu bewahren: Eine „Mitteilung über das Ausscheiden von Imhoff's [sic!] aus dem Präsidium solle vorerst nicht erfolgen", hieß es im Präsidiumsprotokoll vom 28.10.1968.

[5] Heinz Westphal (1924–1998) war Sohn des SPD-Politikers Max Westphal, der vom NS-Regime verfolgt und an den Folgen der KZ-Haft verstorben war. Heinz Westphal wurde 1943 als Soldat in den Zweiten Weltkrieg eingezogen. 1945 trat er in die SPD ein und war von 1965 bis 1990 Bundestagsabgeordneter. Von 1969 bis 1974 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesjugendministerium, 1982 als Bundesarbeitsminister und von 1983 bis 1990 als Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Seit einer Israelreise (1961) setzte sich der konfessionslose Sozialdemokrat unermüdlich für die deutsch-israelischen Beziehungen ein. Westphal trat 1967 der DIG bei – ihr Präsident war er von 1971 bis 1977, ihr Vizepräsident zwischen 1967 und 1971 sowie von 1977 bis 1983; 1983 bis 1993 war er einfaches Präsidiumsmitglied.

[6] In den 1970er-Jahren stand die Redewendung von der „kritischen Solidarität" mit Israel noch nicht unter Ideologieverdacht. In Abgrenzung zu einem naiven Philosemitismus war die Formel auch in der DIG geläufig, um als proisraelische Freundschaftsgesellschaft geistige Unabhängigkeit zu demonstrieren. Als Jahre später selbsternannte „Israelkritiker" begannen, ihre Ressentiments hinter dem Tarnbegriff der „kritischen" Israel-Solidarität zu verstecken, geriet die Redewendung in israelsolidarischen Diskursen in Misskredit.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

60 JAHRE | 1966 – 2026

Dekade 2

Krise und Neubesinnung 1976–1985

Krise und Neubesinnung 1976–1985

10/1976
Erstmaliges Abkommen über Lehrkräfte-Austausch zwischen Berlin und Israel

13.05.1977
Rücktritt von Heinz Westphal und Wahl des CDU-Politikers Dr. h. c. Erik Blumenfeld zum DIG-Präsidenten

15.06.1977
DIG-Austritt einer Gruppe um Vizepräsident Rolf Rendtorff und Ex-Geschäftsführer Reiner Bernstein

20.06.1977
Wahl von Menachem Begin zum israelischen Ministerpräsidenten

10/1977
Erste Deutsch-Israelische Konferenz der IDG mit der DIG in der israelischen Küstenstadt Netanya: Auftakt zu regelmäßigen bilateralen Fachkonferenzen

15.10.1977
Gründung des „Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V." in Schwerte und Wahl von Rolf Rendtorff zum Vorsitzenden

02/1978
Gründung der Israelisch-Deutschen Parlamentariergruppe in der Knesset unter ihrem ersten Vorsitzenden Moshe Meron von der Likud-Partei

09/1978
Erstes Symposium der DIG mit der IDG in Bonn-Bad Godesberg

03/1979
Israelisch-ägyptischer Friedensvertrag von Camp David: Hoffnungen in der DIG auf einen dauerhaften Friedensprozess im Nahen Osten

06/1979
DIG-Abwehr einer „Abkühlung" der deutsch-israelischen Beziehungen angesichts einer von Energieinteressen geleiteten europäischen Israelkritik

Zu Beginn der Dekade eskalierte der Richtungsstreit in der DIG um das Recht auf öffentliche Israelkritik, als der rechtskonservative Likud-Block erstmals einen Wahlsieg errungen hatte. Politische Konflikte, die mit menschlichen Spannungen einhergingen, führten 1977 zu einer Spaltung der Organisation. Nach der Trennung der rivalisierenden Flügel gelang ein personeller und struktureller Neuanfang – ehemalige Rivalen fanden zu einer pragmatischen Arbeitsbeziehung zurück. Die DIG begriff sich nach wie vor als eine überparteiliche Freundschaftsgesellschaft mit einem eigenständigen israelpolitischen Profil.
Inmitten dramatischer Veränderungen auf nahöstlicher Bühne, aber auch in den deutsch-israelischen Beziehungen musste sich jetzt wieder die alltägliche deutsch-israelische Beziehungspflege bewähren. Dabei bewies die DIG neue Kampagnenfähigkeit, entwickelte Strategien zur Bewältigung innerer und äußerer Krisen, legte Grundlagen für eine eigenständige Jugendarbeit und entwickelte Beziehungen zur israelischen Schwesterorganisation IDG sowie zu den Freundschaftsgesellschaften in Österreich und der Schweiz. 1985 war die Organisation trotz zeitweiser Rückgänge auf 23 AGs und 2.300 Mitglieder angewachsen.

Eskalation der Krise: Die DIG vor der Spaltung

Trotz mehrfacher Vermittlungsversuche eskalierte der schwelende Streit um die Positionierung der DIG zu Israel und zum Nahostkonflikt im Herbst 1976 erneut: Auslöser war die demonstrative Nicht-Teilnahme von Israels Botschafter Johanan Meroz an der DIG-Jahreshauptversammlung am 5. November 1976: Die Organisation habe sich in unzulässiger Weise in innenpolitische Probleme Israels eingemischt; für zusätzliche Verstimmung hatte die Einladung des zionismuskritischen Jerusalemer Religionsphilosophen Ernst Simon gesorgt. Die Kritik, die vom israelischen Außenministerium gedeckt wurde, gipfelte im Vorwurf gegen den seit 1971 als Geschäftsführer amtierenden Reiner Bernstein, er steuere den Verband „auf einen PLO-freundlichen Kurs". Vor allem in israelischen Medien wurde die Botschafterkritik breit rezipiert: Die DIG nehme die Pflege der bilateralen Beziehungen nicht mehr ausreichend wahr.

Ein klärendes Gespräch zwischen vier Präsidiumsmitgliedern sowie Botschafter Meroz und drei Botschaftsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern fand „in offener und sachlicher Atmosphäre" am 16. November 1976 in der Botschaftsresidenz statt – es trug kurzzeitig zur Entspannung der Lage bei, weil einige der Vorwürfe nun selbst von der Botschaft als gegenstandslos zurückgewiesen wurden. Doch der Konflikt rund um die DIG war damit nicht beigelegt, sondern eskalierte im Januar 1977 erneut. Nun traten auch innerhalb des Präsidiums immer mehr Spannungen zutage: Vizepräsident Erik Blumenfeld[1] (CDU) kündigte gegenüber Präsident Westphal (SPD) „Konsequenzen" an, weil dieser Israels Außenminister Yigal Allon (Arbeitspartei Avoda) ohne Abstimmung mit dem Präsidium in den Streit mit der Botschaft hineingezogen habe, indem er ihm einen persönlichen Brief geschickt und diesen anschließend in der Frankfurter Rundschau publiziert habe.[2] Schon zuvor hatte Blumenfeld laut Medienberichten Bernstein beschuldigt, „den Juso-Flügel in der DIG stark ins Spiel gebracht" zu haben: „Wenn sich Westphal mit Bernstein solidarisiert, muss er Konsequenzen ziehen."

Ungeachtet dessen gelang es den Präsidiumsmitgliedern im Frühjahr 1977 in einem gemeinsam erarbeiteten Positionspapier, sich noch einmal auf ein gemeinsames Selbstverständnis zu einigen und operative



Foto: Dan Hadani collection / National Library of Israel / The Pritzker Family National Photography Collection, CC BY 4.0

Menachem Begin

Fehler selbstkritisch zu reflektieren. Bei aller erwünschten Diskussionskultur nach innen, aber auch nach außen gegenüber der bundesdeutschen Gesellschaft, zogen sie eine rote Linie: „Die offizielle israelische Politik ist nicht Gegenstand kritischer öffentlicher Äußerungen der DIG."

Doch trotz aller Einigungsbemühungen hatte sich auch in der DIG der Wind längst zu drehen begonnen: Zwar hielt Präsident Heinz Westphal am traditionellen Bekenntnis zur „kritischen Solidarität" mit Israel fest[3] und ergriff weiter Partei für den angezählten Bernstein. Doch

Deutsch-israelische Beziehungen im Krisenmodus

Mitte der 1970er-Jahre geriet die Israel-Politik der Bundesrepublik angesichts ihrer überwiegend proarabisch eingestellten europäischen Nachbarn zunehmend ins Schlingern – insbesondere nach dem Wahlsieg des nationalkonservativen Likud-Blocks von Menachem Begin im Mai 1977. Während die Bundesregierung in den Gremien der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaft um eine Israel zugewandte „Neutralität" bemüht war, signalisierte 1979 der Handschlag des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky mit dem Palästinenserführer Jassir Arafat in Wien eine Neuorientierung. Immer drängender forderten jetzt politische Kreise, die deutsche Solidarität mit Israel müsse auch eine moralische Mitverantwortung für die Palästinenser als den vermeintlich „sekundären Opfern der deutschen Judenpolitik" einschließen. Demgegenüber fiel der 1977 begonnene israelisch-ägyptische Entspannungsprozess („Land gegen Frieden") in der öffentlichen Wahrnehmung weniger ins Gewicht, da Arabische Liga und PLO vehement gegen den angeblichen „Separatfrieden" agitierten.

Auf einen Tiefpunkt steuerte das deutsch-israelische Verhältnis im Frühjahr 1981 zu, als Bundeskanzler Helmut Schmidt und Ministerpräsident Menachem Begin aneinandergerieten: Nach einer Saudi-Arabien-Reise hatte Schmidt auf eine Reihe europäischer Völker verwiesen, deren Leiden im Zweiten Weltkrieg bis heute eine moralische Last für die deutsche Außenpolitik darstellten, ohne auch nur mit einem Wort auf das Leiden der Jüdinnen und Juden in der Shoah einzugehen. Zudem bescheinigte der Kanzler dem palästinensischen Volk einen „moralischen Anspruch auf Selbstbestimmung", während er in Israel eine „Tragödie griechischen Ausmaßes" heraufziehen sah. Begin verwahrte sich gegen Schmidts „Arroganz" und spielte auf dessen Rolle als Wehrmachtsoffizier im Zweiten Weltkrieg an, von dem man nicht wisse, „was er mit den Juden an der Ostfront getan" habe. Die Schmidt-Begin-Kontroverse führte dazu, dass sich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Mehrheit der Deutschen im Nahostkonflikt auf die arabisch-palästinensische Seite stellte. Der politische Kern der persönlichen Fehde beruhte auf den Absichten Schmidts, Panzer des Typs „Leopard II" nach Saudi-Arabien zu liefern. Vor dem Hintergrund internationaler und innenpolitischer Proteste wies die Bundesregierung im Frühjahr 1982 die saudischen Lieferwünsche einstweilen zurück.

Neue Belastungsproben für die deutsch-israelischen Beziehungen entstanden, als sowohl „rechte" wie „linke" Akteurinnen und Akteure eine Neigung zur Schlussstrich-Mentalität zeigten. Der Auftritt von Bundeskanzler Helmut Kohl 1984 in Israel, der für sich die „Gnade der späten Geburt" reklamiert hatte, erweckte den Eindruck, als ob sich die deutsche Politik von der Verantwortung für die Lasten der Vergangenheit verabschieden wolle. Für Befremden sorgten auch Besuche von grünen Politikerinnen und Politikern, weil sie Israel in belehrender Weise zu einer anderen Haltung im Nahostkonflikt aufforderten, ohne die besondere Geschichte und Sicherheitslage des Staates in Betracht zu ziehen. In heftigen Debatten stritten Parteien und Öffentlichkeit darüber, wie eine historisch-moralisch angemessene Haltung zur deutschen NS-Vergangenheit und zu notwendigen Schlussfolgerungen für die Gegenwart auszusehen hätte. Wegweisend wurde dabei unter anderem die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985, der als erstes deutsches Staatsoberhaupt öffentlich bekannte, dass am 8. Mai 1945 auch die Deutschen vom Nationalsozialismus „befreit" worden seien.

10/1979
Gemeinsame Beratungen deutschsprachiger Freundschaftsligen mit Israel (DIG, Österreichisch-Israelische Gesellschaft, Gesellschaft Schweiz-Israel) in Freiburg

02/1980
Anzeigenaktion der DIG zum Botschafteraustausch Kairo/Tel Aviv

03/1980
Ehrungen für DIG-Präsident Erik Blumenfeld: Erik-Blumenfeld-Hain zum 65. Geburtstag und Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Ben-Gurion-Universität Beer Sheva

1980/1981
DIG-Fundraising-Kampagne zugunsten eines arabischen Gesundheitszentrums in Jerusalem (3,5 Mio. DM)

05/1981
Die Schmidt-Begin-Kontroverse: Belastungen für die deutsch-israelischen Beziehungen und die DIG

06/1982
Israels Militäroperation „Frieden für Galiläa" gegen die PLO im Libanon: Unruhe in der DIG und Sorgen über das sich verschlechternde Israelbild in Deutschland

09/1982
Christlich-libanesische Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila in Hörweite israelischer Militärposten: Antiisraelische Proteste und DIG-Deeskalationsversuche

03/1983
Hohe Erwartungen in der DIG auf Ankündigung des neu gewählten Bundeskanzlers Helmut Kohl zur Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen

04/1983
DIG-Appell an Ministerpräsident Begin zum Pausieren bei Siedlungstätigkeit im Westjordanland zwecks Einbindung Jordaniens in den Camp-David-Friedensprozess

1982/1983
Negative Auswirkungen des Libanon-Krieges auf den deutsch-israelischen Jugendaustausch bei wachsender Neigung zu kontroversen Diskursen mit israelischen Partnern

08/1983
DIG-Ausstellung „Faszinierendes Israel" im Frankfurter Flughafen

01/1984
Nach Bundeskanzler Kohls Äußerung zur „Gnade der späten Geburt" bei erstem Staatsbesuch in Israel: Heftige Debatten über eine angemessene Aufarbeitung der Vergangenheit – innerhalb und außerhalb der DIG

02/1984
Ablösung von Rudolf Horch als Bundesgeschäftsführer der DIG durch die seit 1979 als DIG-Jugendbildungsreferentin amtierende Hildegard Radhauer (1984–2015)

Bildung einer DIG-Arbeitsgruppe „Jugendforum"

04/1984
Presseerklärung von DIG-Präsidium und Arbeitsgemeinschaften gegen erneut drohende deutsche Panzerlieferungen an Saudi-Arabien sowie gegen neonazistische und antijüdische Aktivitäten in der Bundesrepublik

11/1984
Wechsel von DIG-Mitgliederversammlungen zu Delegiertenhauptversammlungen für 23 Arbeitsgemeinschaften

12/1984
Empörung über Ablehnung von Gesprächen mit dem offiziellen Israel und über selbstherrliches Auftreten einer Israel-Delegation der Grünen-Bundestagsfraktion

01/1985
Seminar der DIG-Arbeitsgemeinschaft Weser-Ems mit Vertreterinnen und Vertretern der Grünen zwecks Förderung einer selbstkritischen Standortreflexion

04/1985
Erstes Jugendseminar der DIG in Bonn – Keimzelle des späteren Jugendforums

vermochte Westphal ebenso wenig wie Per Fischer, der deutsche Botschafter in Israel, die sich mehrenden Forderungen nach Entlassung des Geschäftsführers abzuwehren: Am 6. Mai 1977 einigten sich das Präsidium und die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften (AGs) mit Bernstein „im gegenseitigen Einvernehmen" auf eine Auflösung des Arbeitsvertrages. Auf der eine Woche später folgenden DIG-Jahreshauptversammlung trat Westphal ab und der Christdemokrat Erik Blumenfeld (1977–1991) wurde neuer DIG-Präsident. Der sozialdemokratische Widerpart Westphal entschied sich für einen Verbleib im Verein und blieb der DIG auch in den Folgejahren als Vizepräsident loyal verbunden.

Menachem Begins Wahlsieg im Mai 1977, bei dem die israelischen Sozialdemokraten zum ersten Mal in ihrer Geschichte in die Opposition verwiesen wurden, löste ein Beben aus, das auch die DIG erfasste. Als der DIG-Mainstream nicht bereit war, den Regierungswechsel und seine möglichen Folgen zu skandalisieren, wie es innerverbandliche Israelkritikerinnen und -kritiker verlangt hatten, sondern sich entschloss, das Wahlergebnis als Ausdruck des innerisraelischen demokratischen Willensbildungsprozesses zu respektieren, war die Spaltung nicht mehr aufzuhalten: Am 15. Juni 1977 zog das langjährige Präsidiumsmitglied Rolf Rendtorff Konsequenzen aus der vereinsinternen Niederlage und kündigte zusammen mit Reiner Bernstein und einer Reihe weiterer Mitglieder seinen Austritt aus der DIG und die Gründung eines „Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten" (DIAK) an. Eine „dritte Position […] zwischen einer sich links verstehenden Position mit Anklängen starker Israel-Feindschaft und einer unkritischen Begeisterung, wie sie vor allem von Blättern des Springer-Konzerns artikuliert wird", sollte eine institutionalisierte Artikulationsmöglichkeit erhalten.[4] Auch prominente Mitglieder wie der Theologe Helmut Gollwitzer und der Historiker Julius Schoeps traten aus der DIG aus; der Bundesjugendring ließ seine korporative Mitgliedschaft ruhen. Allerdings blieb die „Austrittswelle" mit 46 Mitgliedern kleiner als später kolportiert und einige „Dissidenten" kehrten Jahre danach wieder zurück: Allein zwischen 1978 und 1981 traten der Gesellschaft 800 neue Mitglieder bei.

Neubesinnung auf Kernaufgaben: Die DIG 2.0

Für die zumeist ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteure der neu aufgestellten DIG galt es ab 1978, die zurückliegenden Grabenkämpfe zu überwinden und die „praktische tägliche Arbeit" deutsch-israelischer Beziehungspflege wieder in den Vordergrund zu stellen. Um die Wunden der Vergangenheit zu heilen, richtete die DIG auf Wunsch der Duisburger AG um den evangelischen Theologen Heinz Kremers eine mehrjährig arbeitende Kommission zur Erarbeitung einer neuen Satzung ein, um strukturelle Voraussetzungen für eine konstruktive Austragung künftiger Konflikte zu schaffen. Mit dem Journalisten Erich Rotter (1977–1981) hatte das Präsidium die vakante Geschäftsführerstelle rasch neu besetzen können. Mithilfe von Pragmatikern wie dem im Richtungsstreit gegen Erik Blumenfeld unterlegenen Heinz Westphal gelang es, persönliche Verletzungen zugunsten der gemeinsamen Sache zu überwinden. Auch Präsident Blumenfeld zeigte sich um Schadensbegrenzung bemüht und demonstrierte in einer von Respekt getragenen Arbeitsbeziehung insbesondere zu Westphal, dass sich die DIG weiterhin als eine überparteiliche Freundschaftsgesellschaft begriff, die sich nicht zu einem willenlosen Instrument israelischer Außenpolitik degradieren ließ, wie DIG-Kritikerinnen und -Kritiker polemisch behauptet hatten; gleichwohl distanzierte sich Blumenfeld jetzt von der Redewendung einer „kritischen" Solidarität mit Israel, die Ex-Präsident Ernst Benda 1967 eingeführt hatte.[5]

Aufgrund einer Initiative von Shaul Levin, dem Vorsitzenden der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG), begann sich die DIG 1978/1979 vor dem Hintergrund antisemitischer Vorfälle in der Bundesrepublik für eine bilaterale Schulbuch-Analyse einzusetzen. Bei einem mit der IDG in Bonn-Bad Godesberg veranstalteten Symposium wurde dieses Vorhaben im September 1978 zum ersten Mal erörtert. Zugleich setzte sich die DIG dort gegen die drohende Verjährung von NS-Verbrechen ein.



Foto: Picture Alliance / dpa / Istvan Bajzat

Bundespräsident von Weizsäcker in Israel

Anschließend wandte sich das Präsidium mit dem Schulbuch-Anliegen in einem längeren und mitunter zäh verlaufenden Prozess an Lehrerverbände, die Kultusministerkonferenz der Länder sowie an das Braunschweiger Georg-Eckert-Schulbuchinstitut. Vizepräsident Westphal startete zudem eine parlamentarische Anfrage zu Erkenntnissen des baden-württembergischen Verfassungsschutzes, wonach „Al-Fatah-Zellen" in Deutschland, gemeinsam mit deutschen Terroristen, Anschläge gegen den „zionistischen Hauptfeind" planten und erkundigte sich, welche Maßnahmen die Bundesregierung zum Schutz besonders gefährdeter Bürgerinnen und Bürger ergreifen wolle.

Der historische Friedensprozess zwischen Israel und Ägypten stimmte viele Mitglieder hoffnungsvoll, dass der Nahostkonflikt lösbar und eine Ära des Friedens möglich sei. So schaltete im Februar 1980 die Geschäftsstelle in überregionalen Tageszeitungen eine von hundert Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft unterzeichnete Anzeige zum erstmaligen Botschafteraustausch zwischen Israel und einem arabischen Land. Von den Medien wurde die Image-Kampagne zwar kaum aufgegriffen, bescherte der DIG aber zahlreiche neue Mitglieder. Zugleich startete die DIG mit tatkräftiger Unterstützung des legendären Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek eine Fundraising-Kampagne zugunsten eines arabischen Gesundheitszentrums in Jerusalem. Die Geschäftsstelle ließ medienwirksam „Bausteine" mit 50-, 100- und 500-DM-Aufdrucken produzieren, die massenhaft Absatz fanden: Bis Ende 1982, der Eröffnung des ersten Bauabschnitts, waren 3,5 Mio. DM zusammengekommen, die an die Jerusalem Foundation weitergeleitet werden konnten. Aus dieser Kampagne entwickelte die DIG in den Folgejahren eine enge administrative Kooperation mit der Stiftung.

Im Laufe der Zeit begannen sich Akteurinnen und Akteure der Israel-Solidarität stärker zu vernetzen: Dazu dienten zum einen seit Oktober 1977 alljährlich erstklassig besetzte Symposien mit der IDG, die als „Deutsch-Israelische Konferenzen" bekannt wurden. Zum anderen verstetigten sich Austausch und Begegnung mit den bilateralen Schwesterorganisationen in Österreich und der Schweiz; Höhepunkte waren ab 1979 sogenannte Drei-Länder-Treffen, an denen auch Delegationen der israelischen IDG teilnahmen. Deutsche und israelische Freunde von Erik Blumen-

„Frieden für Galiläa": Der Libanonkrieg 1982 und seine Folgen

Im Juni 1982 überschritt die israelische Armee die libanesische Grenze, um die PLO zu zerschlagen, die nach ihrer Vertreibung aus Jordanien ihre terroristischen und politischen Aktivitäten in den Libanon verlegt und von dort aus regelmäßig Israel angegriffen hatte. Der Einmarsch, dem sich verändernde Kriegsziele folgten, endete nach einer wochenlangen Belagerung West-Beiruts im September 1982 mit dem Abzug der PLO-Führung nach Tunis. Der Krieg stieß weltweit, auch in Israel, auf Unverständnis und Kritik. Insbesondere das im September von christlich-libanesischen Milizen verübte Massaker in zwei palästinensischen Flüchtlingslagern führte zu Diskussionen über eine Mitverantwortung der israelischen Armee. Die Berichterstattung auch deutscher Medien blieb nicht frei von antisemitisch motivierten Ausfällen gegen einen angeblichen „umgekehrten Holocaust". Verteidigungsminister Ariel Scharon wurde 1983 im Rahmen der umfassenden Analyse einer unabhängigen israelischen Untersuchungskommission der „fahrlässigen Unterlassung" bezichtigt und musste zurücktreten.

05/1985
Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zur Beispiellosigkeit des Völkermordes an den Juden und zum 8. Mai als „Tag der Befreiung" auch für die Deutschen: Positives Echo in Israel und in der DIG

Appell von DIG-Präsident Blumenfeld an Bundeskanzler Kohl zum Boykott des Pfingsttreffens der Schlesier in Hannover

10/1985
Mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker erster Israelbesuch eines amtierenden deutschen Staatsoberhaupts

Aufgrund seiner engen Verbindung zur DIG (via Jerusalem Foundation) große Freude in der DIG über Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Jerusalems Bürgermeister Teddy Kollek

11/1985
9. Deutsch-Israelische Konferenz unter Beteiligung der Jugendforen in Israel sowie erstmalige Vorschaltung einer bilateralen Jugendkonferenz

feld spendeten 1980 anlässlich seines 65. Geburtstags in Israel einen „Erik-Blumenfeld-Hain"; fast zeitgleich verlieh die Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva dem DIG-Präsidenten die Ehrendoktorwürde für seine „Verdienste [...] um die Vertiefung der deutsch-israelischen Beziehungen".

Doch interne Probleme blieben auch jetzt nicht aus: „Separatistische" Tendenzen zweier AGs verstärkten die finanziellen Sorgen der DIG. Eine geplante Erhöhung der Jahresmitgliedsbeiträge von 50 auf 60 DM ließ sich 1980 nicht durchsetzen.

Die Schmidt-Begin-Kontroverse (siehe Infokasten S. 19) belastete 1981 auch die DIG: Zahlreiche Mitglieder traten aus. Das Geschäftsführende Präsidium[6] beeilte sich zu versichern, dass es „nicht Aufgabe der DIG" sei, „sich mit der Politik der israelischen Regierung zu identifizieren", wenngleich Schmidts Äußerungen zur PLO und zur angeblichen moralischen Verpflichtung der Deutschen gegenüber den Palästinensern zurückzuweisen seien. Präsident Blumenfeld hielt Begins Angriffe auf Schmidt für nicht zu entschuldigen, mahnte aber mit Blick auf die israelischen Wahlen vom Juni 1981, „im Wahlkampf gesprochene Worte nicht auf die Goldwaage" zu legen.

Kritische Solidarität 2.0: Die Repolitisierung der DIG

Der Libanonkrieg von 1982 stellte die DIG vor neue Herausforderungen, denn sie kam – auch angesichts von Protesten zahlreicher Mitglieder – nicht umhin, sich in doppelter Weise kritisch zu exponieren, um im weiteren Verlauf des Krieges auch auf die antisemitische Welle in Teilen der Medien einzugehen. Hatte 1981 schon die Ausdehnung israelischen Rechts auf die Golanhöhen Anlass zur Kritik geboten – unter anderem im vertraulichen Gespräch von Präsident Blumenfeld mit israelischen Parlamentariern –, so entschloss sich das Präsidium angesichts der erstarkenden israelischen Friedensbewegung, nun auch öffentlich seine Stimme zu erheben: In einer Presseerklärung vom 11. Juni brachte die DIG bei allem Verständnis für die israelische Gegenwehr auf jahrelange Angriffe der PLO ihre „Sorge" über den Einmarsch in den Südlibanon zum Ausdruck, der „nicht unsere Billigung finden kann". Im Gespräch mit dem Präsidium musste sich Botschafter Jitzchak Ben-Ari kritische Fragen hinsichtlich der sich verändernden Kriegsziele und ihrer kommunikativen Vermittlung gefallen lassen, denn der Krieg habe nicht nur in Israel, sondern auch in DIG und jüdischen Gemeinden „Verwirrung und Unruhe" gestiftet. In weiteren Erklärungen zwischen Juli und September 1982 beklagte die DIG „die Fülle einseitiger Berichte und tendenziöser Kommentare" bis hin zu antisemitischen Ausfällen, stellte sich aber mit der Forderung nach einer unparteiischen Aufklärung der Massaker in West-Beirut an die Seite der israelischen Friedensbewegung.



Foto: Picture Alliance / HERIBERT PROEPPER

1984: Helmut Kohl an der Klagemauer

Die DIG beurteilte die israelische Siedlungspolitik in den 1967 besetzten Gebieten ab 1983 zunehmend kritisch – nicht zuletzt in der Hoffnung, Jerusalem könne Jordanien durch eine Zurückhaltung in der Siedlungsfrage die Teilhabe am Camp-David-Friedensprozess schmackhaft machen. Israel solle beim Siedlungsbau „eine Pause einlegen", forderte Präsident Blumenfeld im April 1983 in einem Vortrag vor Repräsentanten der DIG in Hamburg. Dass Ministerpräsident Begin den „von Freunden Israels gegebenen Rat" nicht angenommen habe, sei „bedauerlich".

Im April 1984 prangerten Präsidium und Arbeitsgemeinschaften in einer gemeinsamen Presseerklärung erneut drohende deutsche Panzerlieferungen an Saudi-Arabien ebenso an wie die „sich häufenden neo-nazistischen und anti-jüdischen Aktivitäten" in der Bundesrepublik. Kritik an der in Teilen unglücklich verlaufenen Israel-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich auf die „Gnade der späten Geburt" berufen, aber nicht von möglichen Panzerlieferungen an Saudi-Arabien distanziert hatte, kam hauptsächlich in internen Kon-



Foto: Picture Alliance / dpa

Internationale Konferenzen Camp David 1978

texten zur Sprache. Lediglich Vizepräsident Gerhard Jahn (SPD) tat seinen Unmut öffentlich kund, musste sich dafür aber Kritik aus den eigenen Reihen gefallen lassen. Auch Präsident Blumenfeld wagte sich aus der Deckung und forderte im Mai 1985 den Kanzler auf, nicht am Pfingsttreffen der Schlesier in Hannover teilzunehmen, da deren Mitteilungsblatt eine skandalöse Attacke auf Bundespräsident Richard von Weizsäcker veröffentlicht hatte.[7]

Krisenmanagement durch neue Akzente und Kampagnen

Im ersten Quartal 1983 zählte die DIG knapp 2.800 Mitglieder, mit teils rückläufiger Tendenz, die auch den zurückliegenden „Nahost-Ereignissen" geschuldet war. So blieb die finanzielle Lage prekär. Eine Erhöhung des jährlichen Mitgliedsbeitrages von 50 auf 70 DM schien unausweichlich zu sein, zumal alljährlich Hunderte von Mahnbriefen in Sachen Beitragsforderungen verschickt werden mussten. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Präsidiumsvorschlag im August 1983 mit Wirkung ab 1984 zu. Zur Einsparung von Personalkosten musste Rudolf Horch seine Tätigkeit als Geschäftsführer (1981–01/1984) einstellen. Zusätzlich zu ihrer Referentinnen-Stelle übernahm Hildegard Radhauer, zunächst nur übergangsweise, die vakante Geschäftsführungsposition (2/1984–06/2015) und ab Mai 1986 auch die Betreuung der Israel-Informationen – diese waren über die Jahre zu einem wichtigen Bindeglied und zur Austauschbörse zwischen Bundes-DIG und Arbeitsgemeinschaften geworden.

In dieser Situation nahm die DIG eine Neujustierung ihrer Schwerpunkte vor: Im



Foto: Efi Sharir / Dan Hadani collection, National Library of Israel / The Pritzker Family National Photography Collection, CC BY 4.0

1985: Willy Brandt und Shimon Peres in Israel

Mittelpunkt der Arbeit sollten künftig die Arbeitsgemeinschaften, die Öffentlichkeitsarbeit und die Mitgliederwerbung stehen. Bei der Zusammensetzung des Geschäftsführenden Präsidiums wurde ab sofort verbindlich darauf geachtet, dass ihm zwei AG-Vorsitzende angehörten; sie erfuhren einige Jahre später eine weitere Aufwertung durch die Ernennung zu Vizepräsidenten. Zudem rief das Präsidium fünf Arbeitskreise ins Leben, die eine Verzahnung und Profilierung bislang unkoordinierter Aktivitäten fördern sollten.[8] Immer häufiger gelang es, israelbezogene Bildungsveranstaltungen und Seminare im Zusammenspiel von Geschäftsstelle und Arbeitsgemeinschaften mit Unterstützung von privaten Spenden sowie projektbezogenen Zuschüssen der Bundeszentrale für politische Bildung sowie ab 1986 auch des Auswärtigen Amts zu realisieren. Zudem wurden 1985 regionale Kooperationen mit den Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit verabredet und vertraglich formalisiert, um gelegentliche lokale Rivalitäten zu überwinden.

Zu den öffentlichen Höhepunkten in den 1980er-Jahren zählte eine Israel-Ausstellung auf Initiative der Frankfurter AG im Frankfurter Flughafen. Die Bundes-DIG fungierte als Trägerin der Ausstellung und mobilisierte für die Finanzierung 380.000 DM aus privaten und öffentlichen Quellen. „Faszinierendes Israel" erregte im Sommer 1983 in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit, zumal auch die Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen dargestellt wurde: Zur Eröffnung reiste Israels Innenminister Josef Burg an. An 38 Tagen besuchten mehr als 140.000 Menschen die Ausstellung in der Airport Gallery, wo aufwändig gestaltete farbenfrohe Fotos und Texte vielfältige israelische Lebenswelten, jenseits üblicher Konfliktdarstellungen, zeigten. Bei der Ausstellung handelte es sich um die umfangreichste Israel-Präsentation, die bis dahin außerhalb des Landes gezeigt worden war.

Nach jahrelangen Diskussionen stimmte die Mitgliederversammlung im Herbst 1984 einer überarbeiteten Satzung zu, der zufolge Mitgliederversammlungen aus Kosten- und Effizienzgründen zugunsten einer wohlproportionierten Delegiertenauswahl abgelöst werden sollten.

Die Gründung weiterer Arbeitsgemeinschaften betrieb die DIG fortan immer professioneller: Neugründungen in Düsseldorf,[9] Flensburg und Oldenburg wurden 1983 mit Vorbesprechungen, Gründungskonferenzen unter Mitwirkung eines diskussionsfreudigen Personenkreises und mit vorbereiteten Bereitschaftserklärungen flankiert – ein Aufwand, der Schule machte. 1984 war die DIG bundesweit mit 23 regionalen Arbeitsgemeinschaften breiter denn je aufgestellt. In einem bislang männerdominierten Umfeld konnten sich zunehmend auch weibliche Stimmen wie die Düsseldorfer AG-Mitbegründerin Ursula Mähler Gehör verschaffen, die 1983 als erste Frau ins Präsidium der DIG gewählt wurde.

Aufbruch in die Zukunft: das Jugendforum

Ab 1972 nahm die DIG junge Menschen als Zielgruppe systematisch in den Blick. Unterstützt wurden diese Bemühungen durch die Einstellung des Jugendbildungsreferenten Hartwig Bierhoff (1972–1978), der sechs Jahre danach von der Jugendbildungsreferentin Hildegard Radhauer, der späteren langjährigen DIG-Geschäftsführerin, abgelöst wurde. Einen Schwerpunkt bildete die Vermittlung und Betreuung von Jugendlichen zu Arbeitsaufenthalten in Kibbuzim und Moschavim. Anfang der 1980er-Jahre nahm die inhaltliche Qualifizierung eines breiten bilateralen Jugendaustauschs an Fahrt auf. Angesichts finanzieller Engpässe in der staatlichen Förderung machte sich die DIG für „neue Austauschmodelle" und Begegnungsformen stark; bei den Vorbereitungen in der Bundesrepublik müsse auch der Themenbereich „Friedenskräfte" berücksichtigt werden. Radhauer knüpfte 1983 Kontakte zur linkszionistischen „Young Mapam" und zur Friedensbewegung „Peace Now" – Segmente der israelischen Gesellschaft, die von der herkömmlichen DIG-Arbeit kaum adressiert wurden, aber mit der zeitweise einflussreichen deutschen Friedensbewegung zusammengebracht werden sollten. Gegen die Initiative gab es mehr Vorbehalte als Zustimmung, soweit es um mehr als nur informelle Begegnungen gehen würde: Nicht wenige Mitglieder befürchteten eine erneute Polarisierung und Politisierung, wie sie die DIG zehn Jahre zuvor schon einmal fast zerrieben hatte. Angesichts von ca. 4.000 Jugendlichen, die am deutsch-israelischen Jugendaustausch derzeit alljährlich teilnehmen,[10] solle stattdessen versucht werden, einen Teil von ihnen für eine Mitarbeit in der DIG zu gewinnen, wie der Münchner Beisitzer Hans Lamm in der Präsidiumssitzung vom 13. Juni 1983 anregte.

Inspiriert von den Aktivitäten zweier deutschland-interessierter Jugendclubs in Jerusalem und Tel Aviv fing die DIG 1983 an, ihre Ansätze zur Förderung der Jugendarbeit auszubauen. In einem Planungspapier der Geschäftsführung vom 26. August 1983 zur 7. Deutsch-Israelischen Konferenz im November 1983 fiel zum ersten Mal das Stichwort „Jugendforum", in dessen Rahmen der



Foto: Privatarchiv Christine Mähler

Ursula Mähler, 1931–2000 (sel. A.) Mitbegründerin und langjährige stellvertretende Vorsitzende der AG Düsseldorf sowie DIG-Präsidiumsmitglied (1983–1985)

bilaterale Jugendaustausch eine beständige organisatorische und inhaltliche Verankerung erhalten solle. Am Rande der erwähnten Konferenz, an der erstmalig auch ein arabischer Israeli teilnahm, tagte zum ersten Mal ein 30-köpfiger „Arbeitskreis Jugend" aus Mitgliedern von DIG und IDG. Dabei nahm die deutsche Seite überrascht zur Kenntnis, dass die von Grisha Alroi-Arloser[11] geleitete Jugendarbeit der IDG weiter gediehen war als die des deutschen DIG-Pendants, obwohl die den Israelis in der Wirtschaftskrise der 1980er-Jahre auferlegte 20-prozentige Reisesteuer eine erhebliche Erschwernis darstellte. Eine 1984 gebildete Arbeitsgruppe „Jugendforum" bereitete zwei israelbezogene Seminare vor; dabei wurden die Rufe lauter, „eine bundesweite Gruppe oder regionale Arbeitskreise" zu gründen, um deutsch-israelischen Jugendbegegnungen eine verlässliche Plattform zu bieten. Inwieweit zu gründende Jugendforen an die DIG anzubinden seien, blieb zunächst offen. Dass angesichts jugendlicher Autonomiebestrebungen ein sensibles Vorgehen ratsam schien, war trotz aller Betreuungs- und Koordinationsnotwendigkeiten unstrittig.

Auch ohne einen formellen Gründungsakt, für den sich in jener Zeit noch niemand interessiert hatte, fand am 27./28. April 1985 in Bonn das erste Seminar des Jugendforums statt.[12] Nach Angaben ihres ersten Sprechers Friedrich Angern kamen die 23 Teilnehmenden teils aus Arbeitsgemeinschaften, teils aus Jugendverbänden und Schüleraustausch-Initiativen. Die Anwesenden erklärten sich selbst zur Keimzelle eines Bundesjugendforums (JuFo) – es solle allen Interessierten zur Mitarbeit offenstehen. Die Aktivistinnen und Aktivisten nahmen sich „langfristig" vor, regionale Jugendforen ins Leben zu rufen – in Zusammenarbeit mit den AGs. Ein zweites JuFo-Seminar wurde im September 1985 realisiert – in Vorbereitung auf eine Mitwirkung an der 9. Deutsch-Israelischen Konferenz in Israel, an der zwölf junge Menschen teilnahmen. Das Wiesbadener Präsidiumsmitglied Johannes Strelitz warnte vor einer „Ausgrenzung Jugendlicher aus den Entscheidungsprozessen der DIG". Es gehöre zum „Dilemma der Gesellschaft", dass junge Mitglieder zwar einen „Sonderstatus" zugesprochen bekämen, aber von Vorstandsentscheidungen „ausgeschlossen" seien. „Abschreckend" wirke auf junge Menschen „die ständige Zurechtweisung der älteren Generation". Dass diese Diagnose die Keimzelle für spätere Auseinandersetzungen bilden würde, konnte Ende 1985 noch niemand ahnen.



Foto: Privatarchiv Christine Mähler

JuFo-Austausch, Israel 1986

[1] Dr. h. c. mult. Erik Blumenfeld (1915–1997) war der Sohn eines Hamburger Reeders und Brennstoffhändlers sowie einer dänischen Gutsbesitzertochter. Als sogenannter Halbjude wurde Blumenfeld aus der Wehrmacht entlassen, wegen „Wehrkraftzersetzung" verhaftet und zeitweise nach Auschwitz und Buchenwald deportiert. Unter dramatischen Umständen gelang ihm die Flucht und er konnte in einem Versteck in Hamburg überleben. Nach Kriegsende wurde er Mitbegründer der Hamburger CDU und baute das väterliche Unternehmen wieder neu auf. Zwischen 1946 und 1989 nahm er unterschiedliche Abgeordnetenmandate im Landes-, Bundes- und Europa-Parlament wahr. Als Außenpolitiker waren ihm gute Beziehungen zu den USA und zu Israel ein besonderes Anliegen. Gegenüber seinem eigenen Verfolgungsschicksal im Nationalsozialismus hielt er sich mit hanseatischer Zurückhaltung bedeckt; doch in seinem Leben und Wirken setzte er sich unermüdlich für ein „Nie wieder" ein. In der DIG war er zunächst Vizepräsident (1971–1977) und wurde danach der dienstälteste Präsident in der Vereinsgeschichte (1977–1991).

[2] Westphals Schreiben war eine Reaktion auf Allons Bemerkung im Kontext einer Anfrage in der Knesset (israelisches Parlament), wonach die israelische Regierung von der DIG „weder Richtlinien noch Direktiven" anzunehmen bereit sei.

[3] Vgl. Fußnote 6 zu Dekade 1 (Gründungs- und Aufbaujahre 1966–1975), S. 16.

[4] Noch konnte niemand ahnen, dass das ideologische Pendel des Arbeitskreises eines Tages noch weiter ausschlagen würde: Gut 20 Jahre später sollten die israelsolidarischen Motive von einer immer stärkeren Palästina-Fixierung abgelöst werden. 2007 gestand Rolf Rendtorff: „Ich bin nach wie vor Ehrenvorsitzender des DIAK, aber ich kann die dort vertretenen Positionen oft nicht nachvollziehen."

[5] Vgl. Fußnote 6 zu Dekade 1 (Gründungs- und Aufbaujahre 1966–1975), S. 16.

[6] 1979 installierte die DIG, zusätzlich zum „großen" Präsidium mit seinen zahlreichen Beisitzern, ein sogenanntes Geschäftsführendes Präsidium; es sollte operative Prozesse und Entscheidungen beschleunigen helfen. Dem verschlankten Gremium gehörte der Präsident, seine dem Bundestag angehörenden Stellvertreter, der Schatzmeister und der Geschäftsführer an. Während das herkömmliche Präsidium nur sporadisch zusammentrat, konnte das Geschäftsführende Präsidium in kürzeren Intervallen zusammenkommen und in krisenhaften Momenten schnell reagieren. Als nachteilig empfanden viele AGs, dass sie in dem neuen Kerngremium – anders als die „politischen Präsidiumsmitglieder" – nicht vertreten waren. Im Zuge der Strukturreform von 2012 beschloss eine außerordentliche Hauptversammlung auf Vorschlag einer 2010 einberufenen Satzungskommission die Verkleinerung des Gesamtpräsidiums auf maximal 14 Mitglieder – im Gegenzug wurde das Geschäftsführende Präsidium ersatzlos aufgelöst.

[7] Hintergrund war Weizsäckers Rede zum 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges (siehe Infokasten, S. 19, letzter Absatz).

[8] Im Einzelnen handelte es sich um die AKs „Arbeitsgemeinschaften", „Ständige Satzungskommission", „Öffentlichkeitsarbeit und Werbung", „Zusammenarbeit mit anderen Organisationen" und „Jugendaustausch".

[9] Der am 14. März 1983 zum Vorsitzenden der AG Düsseldorf gewählte Wolfgang Wende sollte dieses Ehrenamt fast 35 Jahre lang ausüben – bis zu seinem unerwarteten Tod am 9. Oktober 2017. Der 80-jährige Wende ist damit in die Geschichte der DIG als der bislang dienstälteste AG-Vorsitzende eingegangen.

[10] 1985 hatten gar 7.000 deutsche und 3.000 israelische Jugendliche an Austauschprogrammen teilgenommen.

[11] Zu Grisha Alroi-Arloser vgl. seinen „Blick auf Deutschland" in dieser Publikation, S. 74/75.

[12] Die formelle „Gründungsversammlung" eines bundesweiten Jugendforums fand erst im April 1987 statt – am Rande eines Seminars zur Historikerdebatte in Köln.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

60 JAHRE | 1966 – 2026

Dekade 3

Zwischen Hoffen und Bangen 1986–1995

Zwischen Hoffen und Bangen 1986–1995

01/1986
Vereinbarung zwischen DIG und Jerusalem Foundation zur administrativen Betreuung ihrer deutschlandbezogenen Aktivitäten durch die DIG-Geschäftsstelle

05/1986
Antisemitische Vorfälle in der deutschen Gesellschaft: Selbstverständigungsdebatten innerhalb und außerhalb der DIG

Feierstunde im Berliner Rathaus Schöneberg zum 20-jährigen Bestehen der DIG

11/1986
Vortrag und Diskussion über „Antisemitismus als Mittel der Politik" mit Herbert A. Strauss, Gründungsdirektor des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, im Rahmen der 10. Deutsch-Israelischen Konferenz: Beratung über die Lage der Juden in der Sowjetunion und Forderung nach Einhaltung europäischer Menschenrechtsstandards

04/1987
Mit Chaim Herzog erstmaliger offizieller Besuch eines israelischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik – unter großer Anteilnahme auch in der DIG

Gründungsversammlung des bundesweiten Jugendforums (JuFo) in Köln mit der Wahl von Eva Schreiber zur ersten Vorsitzenden (1987–1989)

09/1987
Mit Jitzchak Rabin erstmaliger Besuch eines israelischen Verteidigungsministers in Bonn: Austausch über Möglichkeiten der Rüstungskooperation

10/1987
Reise einer Delegation der Grünen-Bundestagsfraktion (Waltraud Schoppe, Otto Schily und Dietrich Wetzel) nach Israel – dieses Mal als „Lernende" mit unter anderem aus der DIG empfangenen Impulsen zu differenziertem Israel-Bild

Die dritte Dekade stand im Zeichen von Konsolidierung und Krisenbewältigung. Angesichts nur mühsam überwundener Finanznöte besann sich die DIG auf die Kernanliegen ihrer Israel-Solidarität. Frischen Wind in die Organisation brachte die Gründung eines bundesweiten Jugendforums. Ende 1990 erschien erstmals eine Ausgabe der noch heute existierenden Mitgliederzeitschrift „DIG-Magazin".
Der Mauerfall von 1989 und die deutsche „Wiedervereinigung" wirbelten die DIG gehörig auf. Eifrige Aktivistinnen und Aktivisten nutzten die Chance, Arbeitsgemeinschaften auch im Osten zu gründen. 1995 war die DIG an 44 Standorten vertreten und durchbrach kurz die Schallmauer von 5.000 Mitgliedern.
Der Osloer Friedensprozess zwischen Israel und der PLO schuf 1993 Raum für friedenspolitische Aktionsformen und Bündnisse, wie sie zuvor undenkbar gewesen waren. Als der Friedensprozess Ende 1995 immer mehr ins Schlingern geriet, ließen sich beherzte DIG-Mitglieder nicht davon abhalten, den unvollendet gebliebenen Weg des Friedens weiter zu unterstützen.

Auf Konsolidierungskurs unter schwierigen Umständen

Auch in der dritten Dekade rissen die Finanzprobleme nicht ab: Aus heutiger Sicht fast schon kurios mutet der Beschluss des Geschäftsführenden Präsidiums an, durch Sonderspenden seiner Mitglieder von jeweils 100 bis 200 DM die Anschaffung eines Kopiergerätes zu ermöglichen – zwecks „Reduzierung der Bürokosten". Die AG Weser-Ems fiel in jenen Jahren durch besonders ambitionierte Seminare auf – unter anderem mit der Grünen-Partei, um deren von antizionistischen Tendenzen überschattete Israel- und Nahostpolitik kritisch aufzuarbeiten; mindestens eines dieser defizitären Seminare bezuschusste der örtliche AG-Vorsitzende Roland Neidhardt „aus eigener Tasche". Erst Anfang 1992 traute sich die Hauptversammlung, eine Erhöhung des Beitragssatzes auf 100 DM zu beschließen, um die Fülle an Aktivitäten der DIG und ihrer Arbeitsgemeinschaften (AGs) im vereinten Deutschland abzusichern.

Zu den Höhepunkten der Vereinsarbeit zählten Jubiläen der deutsch-israelischen Beziehungsgeschichte: Eines der zentralen Ereignisse war im Frühjahr 1986 eine Feierstunde im Berliner Rathaus Schöneberg zum 20-jährigen Bestehen der DIG. Ihre Krönung bestand in einem Festvortrag von Bundesverfassungsgerichtspräsident a. D. und DIG-Mitgründer Ernst Benda zu „Perspektiven der Gründer und die Wirklichkeit".

Ungeachtet der klammen Haushaltslage hielt die DIG an der Ausrichtung ihrer kostenträchtigen Deutsch-Israelischen Symposien fest, weil dort der inhaltliche Kern des Organisationszweckes beispielhaft zur Geltung kam.[1] Eine unerwartete Erbschaft aus einem Berliner Nachlass in Höhe von fast 80.000 DM verschaffte eine willkommene Verschnaufpause: Die Gelder wurden 1988 hälftig zur Unterstützung der AG-Veranstaltungsarbeit und zur anderen Hälfte zur Ausstattung der Geschäftsstelle mit moderner Bürotechnik verwandt – das Computer-Zeitalter hielt auch in der DIG Einzug. Die örtlichen AGs bekamen 1988 im Rahmen einer Satzungsänderung die Möglichkeit, einen örtlichen Zusatzbeitrag zu erheben, was der Stärkung ihrer operativen Autonomie diente.

1986 begann die DIG-Geschäftsstelle, die deutschlandbezogenen Aktivitäten der Jerusalem Foundation administrativ zu übernehmen; dazu wurde eigens eine „Verwaltungsvereinbarung" abgeschlossen. Der Service resultierte aus der schon länger bestehenden Zusammenarbeit mit der Stiftung und half, die Einnahmenseite der DIG dynamisch zu verbessern.

Mit Sorge betrachtete die DIG ab 1990 Verselbständigungsbestrebungen regional unabhängig entstandener Israel-Vereine. Diese Freundschaftsgesellschaften waren zwar zu einer korporativen Zusammenarbeit bereit, wollten aber aus finanziellen Gründen bzw. aus regionalen Loyalitätspflichten nicht in die Organisations- und Beitragsstrukturen der DIG eingebunden werden. Sollte die DIG substanzielle „Ausnahmeregelungen" zulassen, werde dies zu „Auflösungstendenzen" in der Gesamt-DIG führen, fürchtete der neu ge-

wählte Schatzmeister Manfred Lahnstein (1989–1994). Um Informationsfluss und Kommunikation zwischen Präsidium und Arbeitsgemeinschaften zu verbessern, wurden den AGs ab 1995 Protokollauszüge der Präsidiumssitzungen zur Verfügung gestellt.

Unter dem Eindruck des irakischen Raketenangriffs auf Israel im Golfkrieg 1991 beschloss das DIG-Präsidium eine einwöchige Solidaritätsreise nach Israel. Ende Januar 1991 brachen die neun Reisenden auf eigene Kosten auf – darunter der scheidende Präsident Erik Blumenfeld, Schatzmeister Manfred Lahnstein und Vizepräsident Hans Koschnick. Ihr einziges Ziel war es, Solidarität mit den israelischen Freundinnen und Freunden auszudrücken, die angesichts irakischer Massenvernichtungsdrohungen mit Giftgasmasken in Schutzräumen Zuflucht suchten.

Berichte über deutsche „Expertenhilfe" für Saddam Husseins Raketenangriffe auf Israel schockierten Teile auch der deutschen Öffentlichkeit – und führten zu vermehrten Eintritten. Als Hans Koschnick[2] im März 1991 Erik Blumenfeld (CDU) nach 14 Präsidentschaftsjahren ablöste, war die DIG auf 3.500 Mitglieder in 37 Arbeitsgemeinschaften angewachsen.

Deutsch-Israelische Konferenzen

Im Herbst 1977 hatte in der israelischen Küstenstadt Netanya die erste Deutsch-Israelische Konferenz stattgefunden – unter Einschluss der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe. Die DIG war mit einer neunköpfigen Delegation des Präsidiums vertreten; auf israelischer Seite nahmen 16 Mitglieder der sich wieder neu konstituierenden Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG) teil. Seitdem wechselte das mit der IDG verabredete Veranstaltungsformat zwischen israelischen und deutschen Konferenzorten: Im Jahresrhythmus wurden die Treffen zu einem Forum gegenseitigen Kennenlernens und der Suche nach Verständigung in den Fallstricken der deutsch-jüdischen, deutsch-israelischen und nahostpolitischen Beziehungsgeschichte.

Spätestens mit der Wahl von Ex-Botschafter Asher Ben-Natan zum IDG-Präsidenten (1980 bis 2008) avancierten die Jahreskonferenzen zum glanzvollen Höhepunkt der DIG-IDG-Partnerschaft. So fand die 11. Deutsch-Israelische Konferenz vom 19. bis 23. März 1988 in Jerusalem unter großer Beteiligung von Parlamentariern beider Seiten statt. Teilnehmende berichteten von ungewöhnlich offenen Diskussionen innerhalb der israelischen Delegation. Diese brachten die eskalierenden Ausmaße der Intifada und ihre gewaltsame Niederschlagung, aber auch die friedenspolitische Zurückhaltung der Regierung von Jitzchak Schamir kritisch zur Sprache – vor den Augen der deutschen Gäste. Insbesondere die DIG-Gäste werteten diese Erfahrung als einen Vertrauensbeweis, „dass uns die Israelis, neben den Vereinigten Staaten, als einzige verlässliche Freunde" ansehen. Die DIG war als bilaterale Freundschaftsgesellschaft endgültig akzeptiert.

An der 12. Deutsch-Israelischen Konferenz im April 1989 in Mainz nahm mit Michael Kleiner zum ersten Mal ein Knesset-Abgeordneter des Likud teil. Dass mit dem Philosophen, Erziehungswissenschaftler und Hochschullehrer Micha Brumlik ein Grünen-Politiker das Hauptreferat zum jüdischen Leben in Deutschland beisteuerte, der sich als intellektueller Wortführer einer zionismuskritischen innerjüdischen Oppositionsströmung profiliert hatte, stieß unter einigen Mitgliedern auf Vorbehalte. Da die Personalie aber israelischen Wünschen aus den Reihen der IDG geschuldet war und Micha Guttmann als Generalsekretär des Zentralrats der Juden keine Einwände geltend gemacht hatte, hielt das Präsidium an seiner Entscheidung fest. Vizepräsident Hans Koschnick (1987–1991) und der Berliner AG-Vorsitzende Heinz Striek (SPD) argumentierten, es sei anzuerkennen, dass die Grünen israelpolitisch gemäßigter als früher geworden seien.

Dennoch regte sich Kritik am Zuschnitt der Jahreskonferenzen: DIG-Mitgründer und Präsidiumsmitglied Heinz Putzrath (AG Bonn) bezweifelte im Februar 1989, „ob diese Form der jährlichen Konferenzen wirklich den Aufwand an Arbeit und Geld rechtfertigt", und plädierte für einen weniger häufigen Turnus und für mehr aktive und jüngere Teilnehmende. 1990, bei der 13. Deutsch-Israelischen Konferenz in

11/1987
Erste deutsch-israelische Jugendkonferenz in Beer Sheva mit Unterstützung beider Mutterorganisationen (IDG und DIG)

12/1987
Beginn der Ersten Intifada im Westjordanland und Gazastreifen

03/1988
Heftige deutsche Israel-Debatte vor dem Hintergrund der Ersten Intifada

11. Deutsch-Israelische Konferenz in Jerusalem unter Beteiligung von Parlamentariern beider Seiten: kontroverse Diskussionen in der israelischen Delegation über Folgen der Intifada

04/1988
Plädoyer von DIG-Präsident Erik Blumenfeld für friedenspolitische Profilierung der DIG und ihrer AGs

DIG-Presseerklärung zu bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit Empfehlung zur Nutzung „israelischer Potenziale in der Hochtechnologie"

08/1988
Beginn der Kooperation mit Israel-Journal-Verleger Hermann Hermes in Warburg: Herausgabe der DIG-Informationen als zweifarbige bebilderte Einleger

11/1988
Erstmalige Einladung von Repräsentanten Israels (unter anderem des aus Dresden stammenden Ex-Innen- und Religionsministers Josef Burg) durch die DDR-Regierung zum Gedenken an den Novemberpogrom 1938

01/1989
Erstmalige Beratung im DIG-Präsidium über die Einrichtung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks nach französischem und polnischem Modell

04/1989
12. Deutsch-Israelische Konferenz in Mainz unter erstmaliger Beteiligung eines Likud-Abgeordneten (Michael Kleiner): Besorgnis über „Fremdenfeindlichkeit mit einem Trend zum Rassismus" in der Bundesrepublik und Warnung auch vor „antisemitischen und antiisraelischen Tendenzen am linken Rand des Spektrums"

05/1989
Erstes JuFo-Seminar unter Einbeziehung eines palästinensischen Vertreters (Mohamed Nazzal, PLO-Vertretung in Bonn)

05/1989
Ablösung von Eva Schreiber als JuFo-Vorsitzende durch Simone Fischer-Hübner (1989–1994)

12/1989
Erste vereinsinterne Überlegungen zur Gründung von AGs in der DDR

03/1990
Brief des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière an den israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Schamir zur Anerkennung der Verantwortung der DDR für ihre humanitäre Verpflichtung gegenüber den Überlebenden des jüdischen Volkes

04/1990
Gründung einer „Gesellschaft DDR-Israel" in Ost-Berlin

Plädoyer für Freundschaft eines vereinten Deutschlands mit Israel durch Bundeskanzler Helmut Kohl („Beide Länder sind den gleichen, auf Demokratie und Recht beruhenden Werten der westlichen Welt verpflichtet.")

Bitte der frei gewählten DDR-Volkskammer um „Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land"

05/1990
13. Deutsch-Israelische Konferenz in Herzliya unter erstmaliger Beteiligung von Teilnehmenden aus der DDR und des Jugendforums: Beratungen über Perspektiven der Friedensbemühungen im Nahen Osten und Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf die deutsch-israelischen Beziehungen

11/1990
Resolution der „Gesellschaft DDR-Israel" gegen „neofaschistische Gruppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR"

Deutsch-israelische Beziehungen zwischen Irritation und Beruhigung

In den 1980er-Jahren wurde deutlich, dass es aus den Widersprüchen des deutsch-israelisch-palästinensischen Dreiecks kein Entrinnen gab: Jede politisch-strategische Positionierung musste aus jeweils guten Gründen entweder die israelische Regierung oder palästinensische Führungskreise verärgern. Hin- und hergerissen zwischen moralischen Verpflichtungen und wirtschaftlich-strategischen Interessen in der Region vermied die christlich-liberale Regierung Helmut Kohls im Nahostkonflikt jede politische Festlegung; vielmehr richtete sie ihren Fokus auf die Stabilisierung der fragilen Verhältnisse in der Region. Dennoch konnte sie das Misstrauen der Israelis gegenüber den sozialliberalen Vorgängerregierungen einhegen. Unter dem Schutzschirm einer wichtiger werdenden europäischen Außenpolitik verlegte sich die deutsche Nahostpolitik fortan auf eine Gangart der leisen Töne.

Der Ausbruch der sogenannten Ersten Intifada (arabisch „Aufstand") im Dezember 1987, ein teils gewaltsamer Aufstand der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen gegen die israelische Kontrolle über die Gebiete, lenkte den Blick weltweit auf die Lage der Palästinenser. Israels Versuche, den „Krieg der Steine" und Molotowcocktails, flankiert von großflächigen Generalstreiks, mit repressiven Mitteln zu beenden, riefen auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit und Politik kritische Reaktionen hervor und trugen zu einer Imageverschlechterung Israels bei. Gleichwohl wuchs im Zuge der Intifada auch in Israel die Einsicht in die Dringlichkeit einer politischen Verständigung mit den Palästinensern.

Der gesamtdeutsche Vereinigungsprozess 1989/90 löste in Israel nicht nur Freude, sondern auch Ängste aus: Die Welle fremdenfeindlicher Gewaltausbrüche, die insbesondere den Osten Deutschlands erschütterten, schien die Skepsis zu bestätigen. Während sich die israelische Bevölkerung gelassen zeigte, waren die politischen Eliten alarmiert und wähnten, so Ministerpräsident Jitzchak Schamir, eine „tödliche Gefahr für die Juden". Doch nach einigen vertrauensbildenden Maßnahmen – darunter fielen die Anerkennung der polnischen Westgrenze und eine gemeinsame Israelreise der Parlamentspräsidentinnen Rita Süssmuth und Sabine Bergmann-Pohl – waren im Sommer 1990 die meisten Israelis bereit, inmitten eines freien Europas auch die Chancen eines vereinten Deutschlands zu akzeptieren.

Gleichwohl förderte der Golfkrieg im Januar 1991 zutage, wie labil das deutsch-israelische Verhältnis noch immer war: Als bekannt wurde, dass gegen Israel gerichtete, möglicherweise mit Giftgas ausgestattete, irakische Scud-Raketen mit deutscher Expertenhilfe „verbessert" worden waren, stellte sich bei nicht wenigen Israelis die Gedankenverbindung „Deutsche – Gas – Juden" ein. Aufmerksam wurde vermerkt, dass die deutsche Justiz erst aufgrund journalistischer Recherchen gegen die Verantwortlichen der illegalen Rüstungsexporte vorzugehen begann. Auch die Friedensdemonstrationen in Deutschland gegen das Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten im Irak weckten Misstrauen: Aus israelischer Sicht übersahen sie die Lage der von irakischen Raketen angegriffenen Menschen in Israel. Die israelische Verstimmung konnte auch nicht durch die Scheckbuch-Diplomatie von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher aus der Welt geschafft werden, der das Land noch während des Krieges besuchte, um deutsche Wiederaufbauhilfe für die Raketenschäden anzubieten.

Aus dem Dilemma ihrer Nahostpolitik konnte sich die Bundesrepublik erst nach der „Wiedervereinigung" und dem Abflauen der Ersten Intifada 1991 befreien – durch den Osloer Friedensprozess, der 1993 erstmals zu Direktverhandlungen zwischen Israel und der PLO als der anerkannten Vertretung der Palästinenser führte. Anfängliche Erfolge gerieten 1995 angesichts anhaltender Anschläge palästinensischer Extremisten sowie der Ermordung von Israels Ministerpräsident Jitzchak Rabin durch einen jüdischen Fanatiker immer mehr ins Stocken.



Foto: Privatarchiv Christine Mähler

JuFo-Austausch, Israel 1991

Herzliya, stellte das Jugendforum fünf von insgesamt 23 Delegiertenplätzen.

Auf Betreiben des neugewählten sozialdemokratischen DIG-Präsidenten Koschnick (1991–1994) stand in den 1990er-Jahren ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch im Vordergrund, der stärker alltags- und praxisrelevante Fragen deutsch-israelischer Zusammenarbeit in den Blick nahm – unter anderem im Rahmen themenspezifischer Kleingruppen.

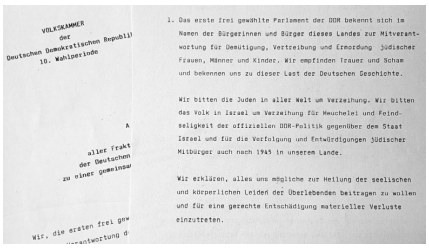
Die deutsch-israelische Jubiläumskonferenz „30 Jahre deutsch-israelische Beziehungen" wurde 1995 im Vorfeld des Staatsbesuchs von Präsident Ezer Weizman in Bonn platziert. Auch dem im Herbst 1994 neu gewählten sozialdemokratischen Präsidenten Manfred Lahnstein[3] (1994–2006) war es ein Anliegen, die Konferenz zu modernisieren und zu straffen: Beide Seiten verpflichteten sich, dass mindestens ein Drittel der Teilnehmenden unter 35 Jahren sein sollte. Aus Kostengründen wurde die Konferenz auf einen vollen Tag begrenzt, wobei sich danach dezentrale Aktivitäten im gesamten Bundesgebiet anschlossen, um möglichst viele AGs in die Jubiläumsfeierlichkeiten einzubeziehen. Im Mittelpunkt der Begegnungen stand die Frage, wie sich der Friedensprozess im Nahen Osten auf die Arbeit von DIG und IDG auswirken und welchen positiven Beitrag kulturelle deutsch-israelisch-arabische Projekte leisten könnten.

Öffentlichkeit erreichen, aber wie?

Fast routinemäßig lancierte die Geschäftsstelle Presseerklärungen des Präsidiums zu Jubiläen, aber auch zu aktuellen politischen Vorkommnissen im Kontext der deutsch-israelischen Beziehungen und des Nahostkonflikts – gelegentlich durchaus mit politischer Brisanz: „Israel verdient unsere Solidarität, auch wenn wir nicht jede Einzelheit der Auseinandersetzung in den besetzten Gebieten verstehen und billigen können." Trotzdem erzeugten derlei Bekenntnisse wenig öffentliche Resonanz, sodass sich die Frage aufdrängte: Was tun? Ein TV-Journalist riet dem Geschäftsführenden Präsidium am 13. Juli 1988, schneller auf aktuelle Ereignisse zu reagieren und bei längerfristig angelegten Stellungnahmen „den nachrichtlichen Extrakt jeder Aktivität herauszufiltern und weiterzugeben."

Vor dem Hintergrund der atmosphärischen Belastungen der Intifada für die deutsch-israelischen Beziehungen (siehe Infokasten, S. 28, 2. Absatz) sowie mit Blick auf aufkommende Friedenshoffnungen ab 1988 entspann sich eine strategische Diskussion: Sollte sich die DIG in populistischer Zuspitzung stärker ins mediale „Rampenlicht" begeben – mit Unterstützung charismatischer Persönlichkeiten wie des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek und des Politikwissenschaftlers Shlomo Avineri? Oder konnte „ein (friedenspolitisches) Wirken im Stillen fruchtbarer sein", indem sich die DIG als Makler zwischen divergierenden Positionen anempfahl? Angesichts der unnachgiebigen Haltung der Likud-geführten Regierung von Jitzchak Schamir plädierte Präsident Erik Blumenfeld (1977–1991) im April 1988 für eine stärkere friedenspolitische Profilierung der DIG: Die Gesellschaft „sollte […] deutlicher auf Gewaltverzicht und Verhandlungsbereitschaft drängen als bisher" und sich auch gegenüber Israel für den „Abbau von Verhandlungsvorbedingungen" stark machen.

Von mehr Erfolg gekrönt waren Vermittlungsbemühungen der Bundesgeschäftsstelle, israelische Wissenschaftler,



VOLKSKAMMER
der
Deutschen Demokratischen Republik
10. Wahlperiode

1. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der Deutschen Geschichte.

Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigungen jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.

Wir erklären, alles uns mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten.

aller Fraktionen
der Deutschen
zu einer gemeinsamen

Wir, die ersten frei gewählten Volksvertreter

Foto: bpb/Holger Kulick

DDR-Volkskammer-Resolution: Bitte um Verzeihung, April 1990

11/1990
Mitgliederbeschluss der „Gesellschaft DDR-Israel" zur Selbstauflösung und zum DIG-Eintritt ihrer Mitglieder mit Wirkung zum 1. Januar 1991

12/1990
Erstausgabe des DIG-Magazins; zugleich Ablösung der seit 1968 erscheinenden DIG-Informationen

01/1991
DIG-Solidaritätsbesuch in Israel mitten im Raketenhagel des Golfkrieges – mit Gesprächen und Begegnungen in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa

Gründung der ersten ostdeutschen AGs in Dresden und Rostock

03/1991
Ablösung des langjährigen DIG-Präsidenten Erik Blumenfeld durch den SPD-Politiker Dr. h. c. Hans Koschnick (1991–1994)

Wahl des Bürgerrechtlers und Grünen-Politikers Konrad Weiß zum ersten ostdeutschen DIG-Vizepräsidenten

3.500 DIG-Mitglieder in 37 Arbeitsgemeinschaften

Erstmalige Repräsentanz des DIG-Jugendforums im Geschäftsführenden Präsidium

06/1991
Beginn eines Dialogs zwischen DIG und Deutsch-Arabischer Gesellschaft (DAG) angesichts zarter Entspannungssignale im Nahen Osten

09/1991
Eröffnung eines israelischen Konsulats in Berlin unter Konsul Mordechai Levi: Auftrieb für die DIG-AGs in den östlichen Bundesländern

10/1991
14. Deutsch-Israelische Konferenz in Berlin mit Diskussionen über die Einwanderung osteuropäischer Juden, Friedensperspektiven im Nahen Osten, Folgen der Wiedervereinigung und über den Golfkrieg und die deutsch-israelischen Beziehungen

Israel-Reise einer Delegation des DIG-Jugendforums aus Ost- und Westdeutschland

01/1992
Gedenken an 50. Jahrestag der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 durch die DIG-Hauptversammlung

Erhöhung des jährlichen DIG-Mitgliedsbeitrages von 70 auf 100 DM

04/1992
Beteiligung der DIG an DIAK-Protestkundgebung gegen antiisraelischen Mordaufruf von Ayatollah Ali Chamenei vor der iranischen Botschaft in Bonn

12/1992
Erste gemeinsame Erklärung von DAG und DIG mit dem Ziel, ausländerfeindlichen Entwicklungen entgegenzutreten

01/1993
Zweite und letzte gemeinsame Presseerklärung von DIG und DAG zur Aufnahme israelisch-palästinensischer Geheimverhandlungen

05/1993
15. Deutsch-Israelische Konferenz über Friedensperspektiven im Nahen Osten, deutsch-israelische Beziehungen, Rechtsextremismus und Gewalt im vereinten Deutschland

13.09.1993
Unterzeichnung der israelisch-palästinensischen Prinzipienerklärung; Beginn des Osloer Friedensprozesses

10/1993
10. Deutsch-Israelische Jugendkonferenz

11/1993
Ablösung von Benjamin Navon als Botschafter Israels in Deutschland durch Avi Primor und spontane Teilnahme Primors an Hauptversammlung der DIG

01/1994
„Friedensfest" des DIG-Jugendforums mit dem DIAK und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG) in Köln mit mehr als 200 Gästen

Ablösung von Simone Fischer-Hübner als JuFo-Vorsitzende durch die Bonner Studentin Claudia Hermes (1994–1996)

Techniker und andere Persönlichkeiten, die es vorübergehend nach Deutschland verschlagen hatte, in Kooperation mit den AGs zu Vorträgen einzuladen. Auf diese Weise ließen sich authentische israelische Perspektiven auch außerhalb des Politikbetriebs öffentlichkeitswirksam darstellen.

Des Weiteren setzte sich die DIG zusammen mit ihrer israelischen IDG-Schwester für eine Intensivierung „ungenutzter" Potenziale in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ein. Eine diesbezügliche Presseerklärung vom April 1988 beschränkte sich nicht auf traditionelles Lobbying zugunsten israelischer Produkte und deutscher Investitionen in Israel, sondern empfahl in visionärer Voraussicht die Nutzung von „israelischen Potenzialen in der Hochtechnologie".

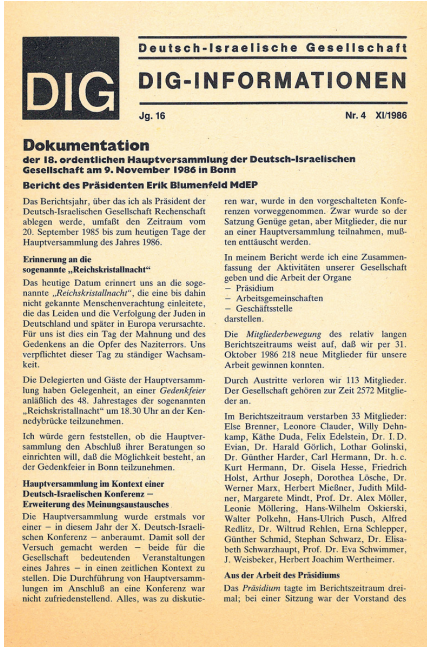
Zunehmende rechtsextremistische und antisemitische Tendenzen im vereinten Deutschland der frühen 1990er-Jahre veranlassten die DIG, sich auch innenpolitisch zu positionieren. Unter anderem engagierte sich die DIG in einem breiten Aktionsbündnis gegen die aufflammende Gewalt gegen Minderheiten und für die Bewahrung der freiheitlich-liberalen Demokratie. Ein vom Jugendforum initiierter und vom Präsidium „einmütig" unterstützter Versuch, Bundeskanzler Kohl zu überzeugen, bei der Neugestaltung der Berliner „Neuen Wache" in einer Inschrift die Opfer der NS-Gewaltherrschaft von der Täterseite zu unterscheiden, misslang.

Große Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum bescherte der DIG die Wanderausstellung „Die ‚Jeckes' in Israel", die den Beitrag der deutschsprachigen Einwanderer zum Aufbau Israels würdigte: Die 1993 zuerst in Jerusalem präsentierte Ausstellung wurde auf Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft Bonn umfassend überarbeitet und mit einem ansehnlichen Begleitkatalog versehen. Die Premiere 1995 im Bonner Museum König stand unter der Schirmherrschaft von Staatspräsident Ezer Weizman und Bundespräsident Roman Herzog – sie bildete den Startpunkt für eine erfolgreiche Tournee durch deutsche Städte, die bei Besucherinnen und Besuchern auf viel Zuspruch stoßen sollte.

Unerwartete Zwischenfälle: Herausforderungen für das Krisenmanagement

Dass die DIG als deutsch-israelische Freundschaftsgesellschaft mitunter Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt war, zeigten 1987 Versuche der Geschäftsstelle, ein neues Mietverhältnis in einem größeren Objekt einzugehen. Der Versuch scheiterte an verdrucksten Protesten von Mietern, obwohl der irakisch-stämmige Bonner Vermieter von sich aus zunächst keine Vorbehalte geäußert hatte.

Im Zuge des Golfkrieges 1991, an dem Israel nicht beteiligt war, aber trotzdem zum Ziel irakischer Raketenangriffe wurde, machten sich vielerorts antiisraelische Stimmungen breit. Erstmals in der Vereinsgeschichte wurde die Sicherheit der Bonner Geschäftsstelle ein Thema: Die Vermieterin befürchtete einen Terroranschlag auf ihr Objekt und forderte die Geschäftsstelle auf, jeden Abend alle Papiere und möglichst auch die Akten in den Keller zu tragen. Um die Arbeitsfähigkeit der Geschäftsstelle nicht zu gefährden, konnten nicht alle Auflagen umgesetzt werden; doch die Polizei verstärkte in den Abendstunden und an Wochenenden ihre Streifenfahrten.



Deutsch-Israelische Gesellschaft
DIG
DIG-INFORMATIONEN
Jg. 16 Nr. 4 XI/1986

Dokumentation
der 18. ordentlichen Hauptversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft am 9. November 1986 in Bonn

Bericht des Präsidenten Erik Blumenfeld MdEP

Das Berichtsjahr, über das ich als Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Rechenschaft ablegen werde, umfaßt den Zeitraum vom 20. September 1985 bis zum heutigen Tage der Hauptversammlung des Jahres 1986.

Erinnerung an die sogenannte „Reichskristallnacht"

Das heutige Datum erinnert uns an die sogenannte *„Reichskristallnacht"*, die eine bis dahin nicht gekannte Menschenverachtung einleitete, die das Leiden und die Verfolgung der Juden in Deutschland und später in Europa verursachte. Für uns ist dies ein Tag der Mahnung und des Gedenkens an die Opfer des Naziterrors. Uns verpflichtet dieser Tag zu ständiger Wachsamkeit.

Die Delegierten und Gäste der Hauptversammlung haben Gelegenheit, an einer *Gedenkfeier* anläßlich des 48. Jahrestages der sogenannten „Reichskristallnacht" um 18.30 Uhr an der Kennedybrücke teilzunehmen.

Ich würde gern feststellen, ob die Hauptversammlung den Abschluß ihrer Beratungen so einrichten will, daß die Möglichkeit besteht, an der Gedenkfeier in Bonn teilzunehmen.

Hauptversammlung im Kontext einer Deutsch-Israelischen Konferenz – Erweiterung des Meinungsaustausches

Die Hauptversammlung wurde erstmals vor einer – in diesem Jahr der X. Deutsch-Israelischen Konferenz – anberaumt. Damit soll der Versuch gemacht werden – beide für die Gesellschaft bedeutenden Veranstaltungen eines Jahres – in einen zeitlichen Kontext zu stellen. Die Durchführung von Hauptversammlungen im Anschluß an eine Konferenz war nicht zufriedenstellend. Alles, was zu diskutieren war, wurde in den vorgeschalteten Konferenzen vorweggenommen. Zwar wurde so der Satzung Genüge getan, aber Mitglieder, die nur an einer Hauptversammlung teilnahmen, mußten enttäuscht werden.

In meinem Bericht werde ich eine Zusammenfassung der Aktivitäten unserer Gesellschaft geben und die Arbeit der Organe
– Präsidium
– Arbeitsgemeinschaften
– Geschäftsstelle
darstellen.

Die *Mitgliederbewegung* des relativ langen Berichtszeitraums weist auf, daß wir per 31. Oktober 1986 218 neue Mitglieder für unsere Arbeit gewinnen konnten.

Durch Austritte verloren wir 113 Mitglieder. Der Gesellschaft gehören zur Zeit 2572 Mitglieder an.

Im Berichtszeitraum verstarben 33 Mitglieder: Else Brenner, Leonore Clauder, Willy Dehnkamp, Käthe Duda, Felix Edelstein, Dr. I. D. Evian, Dr. Harald Görlich, Lothar Golinski, Dr. Günther Harder, Carl Hermann, Dr. h. c. Kurt Hermann, Dr. Gisela Hesse, Friedrich Holst, Arthur Joseph, Dorothea Lösche, Dr. Werner Marx, Herbert Meißner, Judith Mildner, Margarete Mindt, Prof. Dr. Alex Möller, Leonie Möllering, Hans-Wilhelm Oskierski, Walter Polkehn, Hans-Ulrich Pusch, Alfred Redlitz, Dr. Wiltrud Rehlen, Erna Schlepper, Günther Schmid, Stephan Schwarz, Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Prof. Dr. Eva Schwimmer, J. Weisbeker, Herbert Joachim Wertheimer.

Aus der Arbeit des Präsidiums

Das *Präsidium* tagte im Berichtszeitraum dreimal; bei einer Sitzung war der Vorstand des

Foto: DIG-Archiv

Cover der DIG-Informationen, Ausgabe Nr. 4, XI/1986

Stimme der Zukunft: das Jugendforum

Nach jahrelangen Vorbereitungen, regional flankiert von aktiven Jugendgruppen in Bonn, Berlin und Hamburg, fand am 10. April 1987 in Köln die formelle Gründungsversammlung eines bundesweiten Jugendforums (JuFo) statt – am Rande eines JuFo-Seminars zur Historikerdebatte. Zur ersten Vorsitzenden wurde die Kölner Studentin Eva Schreiber (1987–1989) gewählt. Die jüngere Generation der DIG wurde nun zunehmend in alle Aufgabenbereiche der DIG eingebunden und schrittweise im Präsidium, ab 1991 auch im Geschäftsführenden Präsidium, repräsentiert – zunächst nur „beratend", ab Ende 1994 in voller mitbestimmender Gleichberechtigung, wenngleich ältere Präsidiumsmitglieder jungen (weiblichen) Präsidiumsmitgliedern nicht immer mit dem gebotenen Respekt begegnen sollten. Dennoch brachten junge Menschen zwischen 16 und 35 Jahren frischen Wind und neue Ideen in den Verein und seine AGs ein.

Autonomie-Ansprüche hatte es schon vor der formellen Gründung gegeben, zumal die deutsche Botschaft in Tel Aviv zeitgleich eine Jugend-Attachéstelle schuf: Bereits im März 1986 hatten JuFo-Repräsentanten einen Satzungsentwurf vorgeschlagen, der unter dem Dach der Gesamt-DIG vereinsähnliche autonome Doppelstrukturen bis hin zu einer gewissen finanziellen Unabhängigkeit vorsah. Der forsche Vorstoß traf in der DIG-Führung auf Vorbehalte: Die Pläne warfen rechtliche Haftungsrisiken auf, gefährdeten institutionelle Handlungsspielräume und letztlich die Gemeinnützigkeit der Gesamtorganisation.



Foto: Tal Glück

Cover des Israel-Journals, Ausgabe Nr. 3, September 1989

Rasch bemühte sich das Präsidium unter Federführung des Wiesbadener Präsidiumsmitglieds Johannes Strelitz um eine Klärung. Die Ergebnisse wurden in Statuten und Richtlinien festgehalten. Zugleich verankerte das Präsidium die „eigenständigen" Seminare und Begegnungsprogramme des JuFos in Haushaltsplänen der DIG. Ein Großteil der Kosten ließ sich über Zuschüsse des Bundesjugendministeriums und der Bundeszentrale für politische Bildung auffangen. Gleichwohl konnte die seit 1986 vakante Stelle eines Jugendbildungsreferenten aufgrund bürokratischer Hemmnisse nicht wiederbesetzt werden, sondern musste in „Teilzeit" dem Aufgabenprofil der Geschäftsführerin zugeordnet bleiben. Doch die „halbautonomen" JuFo-Aktivistinnen und -Aktivisten ließen sich durch die Personallücke nicht ausbremsen.

Im September 1987 bestand das JuFo aus 50 Mitgliedern und 150 „Interessenten". Über inländische Veranstaltungsaktivitäten hinaus richteten junge Israelis und Deutsche 1987 mit Unterstützung beider Mutterorganisationen in Beer Sheva die erste bilaterale Jugendkonferenz aus: Bildungsorientierte Begegnungsseminare („Delegationsreisen") fanden fortan abwechselnd in Deutschland und Israel statt – sie wurden in den Folgejahren zum Markenzeichen junger Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland und Israel.

Vor dem Hintergrund des friedenspolitischen Tauwetters im Nahen Osten organisierte das JuFo im Mai 1989 erstmals ein Seminar unter Einbeziehung eines palästinensischen Vertreters (Mohamed Nazzal, PLO-Vertretung in Bonn), während Grisha Alroi-Arloser (Sozialattaché an der israelischen Botschaft in Bonn) sein Impulsreferat erst am Folgetag hielt. Noch war es nicht möglich, palästinensische und israelische Vertreterinnen und

08/1994
Kritik der DIG an mildem Urteil des Mannheimer Landgerichts gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass

11/1994
Ablösung von Hans Koschnick als DIG-Präsident durch den SPD-Politiker und Bundesminister a. D. Prof. Manfred Lahnstein

05/1995
DIG-Symposium „30 Jahre deutsch-israelische Beziehungen" im Haus der Geschichte in Bonn

16. Deutsch-Israelische Konferenz in Köln unter Beteiligung deutscher und israelischer Vertreterinnen und Vertreter des Jugendforums: Austausch über das deutsch-israelische Verhältnis, den Friedensprozess, die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie die Belange der jungen Generation

09/1995
Vielbeachtete Wanderausstellung „Die ‚Jeckes' in Israel" im Bonner Museum König

04.11.1995
Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin durch einen jüdischen Extremisten nach massiver Hetze aus dem extrem rechten Lager; ein politischer Mord, der Israel tief erschütterte

11/1995
Beisetzung des ermordeten Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin in Jerusalem in Anwesenheit der deutschen Staatsspitze sowie des späteren DIG-Präsidenten Johannes Gerster



Foto: DIG AG Bonn (Hrsg.): Die „Jeckes" in Israel. Der Beitrag der deutschsprachigen Einwanderer zum Aufbau Israels. Katalog zur Ausstellung, Bonn 1995, S. 75

DIG-Hauptversammlung, Bad Neuenahr 1994, v. li. n. re.: Manfred Lahnstein, Hans Koschnick, Johannes Gerster, Burkhard Hirsch, Hildegard Radhauer, Henning Wellbrock



JUGENDFORUM

2. SEMINAR DES JUGENDFORUMS IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

„Chancen und Risiken des Friedensprozesses im Nahen Osten"

Vom 26.-28.11.1991 fand in Leipzig das zweite Jugendforumsseminar in den neuen Bundesländern statt, das sich insbesondere an einen Teilnehmerkreis in Ostdeutschland richtete. „Chancen und Risiken des Friedensprozesses im Nahen Osten" lautete das Thema der Tagung, die in Zusammenarbeit zwischen Bonner Jugendforum und Leipziger JuFo-Aktivisten konzipiert, organisiert und betreut wurde. Als Referentinnen waren eingeladen: Susanne Gulley, Theologin und Regionalvertreterin des Jugendforums in Ost-Berlin, Bernd Bedronka, Landesgeschäftsführer des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt in NRW und langjähriges Vorstandsmitglied des Jugendforums, Gad Lior, Europakorrespondent der größten israelischen Tageszeitung „Jediot Acharonot" in Bonn und Mitbegründer des Jerusalemer Jugendforums. Ferner konnten wir Peter Finkelgruen, Publizist und freier Journalist in Köln, sowie Peter Asad Bata, Pädagoge palästinensischer Herkunft aus Reutlingen, in dem wir auf dem Evangelischen Kirchentag einen differenzierten Gesprächspartner gefunden hatten, als Referenten gewinnen.

Susanne Gulley, Mitglied des ehemaligen „Arbeitskreises DDR-Israel" in Ost-Berlin, berichtete von einer dort angefertigten Studie über das Israelbild in den DDR-Medien. Bis zum Jahr 1956 sei Israel kaum erwähnt, seit dieser Zeit aber in und zwischen den Nahostkriegen stets als Aggressor angeprangert worden, was sich erst kurz vor der „Wende" geändert habe. Bei seiner Analyse des Nahostkonflikts hob Bernd Bedronka insbesondere die Verantwortung Großbritanniens als ehemaliger Kolonial- und Mandatsmacht in Palästina nach dem ersten Weltkrieg hervor. Neben der Vermittlung von Grundwissen war es Absicht des Seminars, die Notwendigkeit zu unterstreichen, den Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt, Angst und Mißtrauen endlich zu durchbrechen. Folglich stand die Frage nach einer möglichen Lösung des Konflikts im Mittelpunkt. Peter Finkelgruen wies darauf hin, daß bei einem Vergleich der Friedenskräfte im heutigen Israel mit Repräsentanten des deutschen Zionismus der zwanziger Jahre deutlich werde, wie sehr das Mißtrauen in den vergangenen Jahrzehnten gewachsen sei. Noch 1925 hatte Dr. Robert Weltsch, Herausgeber der „Jüdischen Rundschau" in Berlin und Mitglied des „Brith Schalom" (Friedensbund), die Idee eines binationalen Staates vertreten, in dem es zwei gleichberechtigte Völker geben sollte. Heute gehe selbst ein „aktiver Friedenstreiber des linken Spektrums" in Israel wie Uri Avnery von einer Zwei-Staaten-Lösung aus. Die Frage nach der jüdischen Identität des Staates Israel erweise sich dabei als Knackpunkt, denn bei Einbeziehung von Westjordanland und Gaza-Streifen in das demokratisch regierte israelische Kernland sei eine arabische Bevölkerungsmehrheit trotz jüdischer Neueinwanderer absehbar. Eine solche Entwicklung werde selbst bei kompromißbereiten Friedenskräften in Israel nach der Leidensgeschichte des jüdischen Volkes in der Diaspora meist abgelehnt, denn mit dem Staat Israel sollte Juden in aller Welt für immer eine „Zufluchtstätte" geschaffen werden. Im Publikum wurde viel Verständnis für diese Haltung geäußert. Nicht der binationale Staat, sondern eine Zwei-Staaten-Lösung schien deshalb den meisten Teilnehmerinnen die wahrscheinlichere Alternative. Jetzt seien überlegte, aber auch mutige Schritte gefordert, die zur Vertrauensbildung beitragen. Israel aber dürfe weder militärisch schwach, noch allein dastehen. Gad Lior unterstrich, daß die Errichtung eines Palästinenserstaates an seiner unmittelbaren Grenze „der Anfang vom Ende Israels" sein könne, solange alle arabischen Nachbarn außer Ägypten Israel als ihren Hauptfeind anprangerten. Die Verurteilung von Terror als falschen Mittel der Politik traf auf die volle Zustimmung des palästinensischen Referenten.

Nach Auffassung von Peter Asad Bata, der von Israel insbesondere die Einhaltung der UN-Resolutionen und die Einstellung der Siedlungsaktivitäten forderte, werde es über eine Phase der palästinensischen Autonomie und Eigenstaatlichkeit am Ende zu einer Föderation aus Palästinenserstaat, israelischem Kernland und Jordanien kommen. Auf der Basis von Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie könne man die Region schließlich zum Nutzen aller Beteiligten zum Erblühen bringen. Eine solche Form der produktiven Zusammenarbeit von Juden und Arabern in Palästina knüpft nicht nur an historische Vorbilder wie das Feisal-Weizmann-Abkommen von 1919 an, sondern findet sich auch in Friedenskonzepten der israelischen Opposition, die in der Auf-

8 DIGmagazin

Teilnehmer des 2. Jugendforum-Seminars in Leipzig.

Foto: DIG-Magazin, Nr. 1/März 1992, S. 8

Teilnehmende des Jugendforum-Seminars in Leipzig

Vertreter auf einem gemeinsamen Podium vortragen und diskutieren zu lassen. Am Rande des Seminars wurde die Hamburger Universitätsangestellte Simone Fischer-Hübner (1989–1994) zur zweiten JuFo-Vorsitzenden gewählt.

Ende 1990 gehörten dem JuFo in Gesamtdeutschland 416 junge Menschen an. Die meisten von ihnen engagierten sich in acht regionalen Jugendforen: bei der Durchführung israelbezogener Seminare, aber auch mit Infoständen auf katholischen und evangelischen Kirchentagen sowie mit Zeitungs- und Radiobeiträgen.

Einen Vorstoß des Jugendforums, sich für Erleichterungen bei der Einwanderung osteuropäischer Jüdinnen und Juden einzusetzen, beantwortete die Hauptversammlung 1991 mit Rücksicht auf israelische Empfindlichkeiten mit einer „Nichtbefassung" – bei weitgehendem Konsens, dass individuelle Lebensentscheidungen jüdischer Zuwandererinnen und Zuwanderer zu respektieren seien.

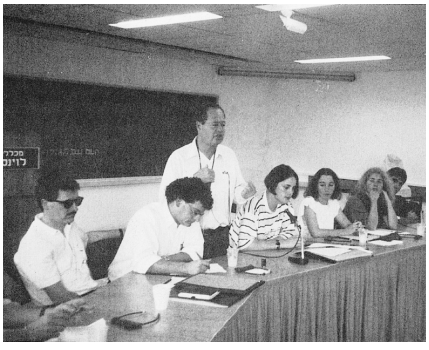


Foto: DIG AG Bonn (Hrsg.): Die „Jeckes" in Israel. Der Beitrag der deutschsprachigen Einwanderer zum Aufbau Israels. Katalog zur Ausstellung, Bonn 1995, S. 76

Treffen der Jugendforen von DIG und IDG

Schon im Januar 1989 hatte das DIG-Präsidium erstmals darüber beraten, ob ein Deutsch-Israelisches Jugendwerk nach französischem und polnischem Modell bilaterale Jugendbegegnungen quantitativ und qualitativ verstetigen könne. Die Befürworterinnen und Befürworter auf deutscher Seite hofften, mit der Befreiung von alljährlichen Bewilligungen des Fachausschusses den Jugendaustausch langfristiger planen zu können, denn noch immer übernahm die deutsche Seite einen Großteil der Reisekosten auch der teilnehmenden Israelis.[4] Doch die Diskussion, die auf bundesdeutscher Ebene 1981 zuerst der CDU-Politiker Volker Rühe angestoßen hatte, wurde von israelischer Seite mit Zurückhaltung aufgenommen: Israel könne nicht sicherstellen, ein solches Jugendwerk personell und finanziell paritätisch abzusichern. Nachdem die DIG die Jugendwerksidee in den Jahren 2016/17 immer nachdrücklicher in den politischen Ring eingebracht hatte, wurde sie 2018 von beiden Ländern als gemeinsame Aufgabe vereinbart.

Die deutsche „Wiedervereinigung": Krise oder Chance?

Das Israel-Engagement der DIG war Ende der 1980er-Jahre in Teilen von einer gewissen Erstarrung geprägt; einzelne Arbeitsgemeinschaften verharrten in weitgehender Passivität.

Doch der Mauerfall im November 1989 wirbelte die Gesellschaft gehörig auf: Schon im Dezember 1989, als von einer „Wiedervereinigung" noch nicht die Rede sein konnte, sahen Präsidium und West-Berliner AG die Chance, weitere AGs im Osten zu gründen; derlei Aktivitäten sollten allerdings erst nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen der DDR zu Israel auf den Weg gebracht werden. In sondierenden Gesprächen mit israel-interessierten Bürgerinnen und Bürgern der DDR komme es darauf an, dass diesbezügliche „Entscheidungen von direkt Betroffenen in der DDR gefällt würden."

Tatsächlich fanden im April 1990 in Ost-Berlin engagierte Israel-Freundinnen und -Freunde aus Kirchen, jüdischen Gemeinden, Oppositions-, aber auch SED-nahen Kreisen zur „Gesellschaft DDR-Israel" zusammen. Der Schriftsteller Stephan Hermlin, der als Ehrenmitglied in den Vorstand gewählt wurde, beklagte das bisherige

„Vakuum zwischen der DDR und Israel". Israel sei kein Staat wie jeder andere; er sei „aus Blut und Asche eines der furchtbarsten Massaker der Geschichte" hervorgegangen. Vier Wochen nach dem Beitritt der DDR zur gesamtdeutschen Bundesrepublik protestierte die Gesellschaft am 4. November in einer Resolution gegen „neofaschistische Gruppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR". Zugleich beschloss die Gesellschaft unter ihrer Vorsitzenden Angelika Timm die Selbstauflösung und empfahl ihren 250 Mitgliedern mit Wirkung zum 1. Januar 1991 den Beitritt zur DIG. Auf der ersten gesamtdeutschen Hauptversammlung im März 1991 in Bonn wurde der Bürgerrechtler und Grünen-Politiker Konrad Weiß zum ersten ostdeutschen Vizepräsidenten der DIG gewählt.



Foto: DIG-Archiv

IDG-DIG-Konferenz, Jerusalem, März 1988, v. li. n. re. u. a. Teddy Kollek, Botschafter Haas, Asher Ben-Natan

DIG-Verantwortlichen wurde im Laufe des Jahres 1991 klar, dass die DIG in den neuen Ländern außerhalb kleiner kirchlicher und jüdischer Milieus nicht so schnell Fuß fassen konnte wie zunächst erhofft: Der Berliner AG-Vorsitzende Heinz Striek sah in den „Nachwirkungen ausgesprochen antizionistischer Propaganda des DDR-Regimes", im „Wiederaufleben antisemitischer Einstellungen" aus der NS-Vergangenheit einen wesentlichen Grund dafür, dass „breite Bevölkerungsschichten [...] von uns noch nicht angesprochen werden".

Dennoch entstanden Anfang 1991 in Dresden und Rostock die ersten AGs in Ostdeutschland. Weitere Gründungen erfolgten bis 1995 in Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Chemnitz, Potsdam und Halle. Fast zeitgleich wurden weitere AGs auch im Westen Deutschlands ins Leben gerufen. Im März 1995 überschritt die DIG zum ersten Mal in ihrer Geschichte für kurze Zeit die „Schallmauer" von 5.000 Mitgliedern in 44 AGs.[5]



Foto: Picture Alliance / United Archives / SvenSimonArk

Jitzchak Rabin bei Richard von Weizsäcker in Bonn, September 1987

Von den DIG-Informationen zum DIG-Magazin

Mitte der 1980er-Jahre sahen viele Mitglieder die DIG-Informationen nicht mehr als zeitgemäß an. 1986/1987 machte sich eine Arbeitsgruppe um Vizepräsident Johannes Gerster (CDU) daran, das in Regie der Bundesgeschäftsstelle erstellte „Vereinsblättchen" neu zu konzipieren – mit dem Ziel, die inhaltlichen Beiträge und die äußere Erscheinung attraktiver zu gestalten.

Im Sommer 1988 bahnte sich eine Kooperation mit dem Israel-Journal des Verlegers Hermann Hermes in Warburg an: Fortan ließ sich die Reichweite DIG-bezogener Informationen ohne Mehrkosten steigern, indem die DIG-Informationen als zweifarbige und reichhaltig bebilderte Einleger in den Titel integriert wurden. 50.000 Leserinnen und Leser wurden so auf einen Schlag mit der Arbeit der DIG vertraut gemacht.

Druckverzögerungen nötigten 1990 erneut zur Herausgabe einer eigenständig vertriebenen Vereinszeitschrift: Das bis heute existierende „DIG-Magazin" erschien erstmals im Dezember 1990. Bis 2008 entwickelte die Geschäftsstelle das Quartalsmagazin, ohne dass ihr eine vereinseigene Redaktionsgruppe zur Seite stand. Zur finanziellen Absicherung sollten kommunale (städtische) und andere Anzeigenkunden gewonnen werden; doch entscheidender waren neu akquirierte Zuschüsse des Auswärtigen Amtes.

Neue Bündnisse? Der Osloer Friedensprozess als Game Changer

Nach der Abspaltung „kritischer" Israel-Aktivistinnen und Aktivisten von der DIG 1977 tauchte in den Folgejahren die Frage auf: Wie halten wir es mit dem Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK)? Anlässe boten einige

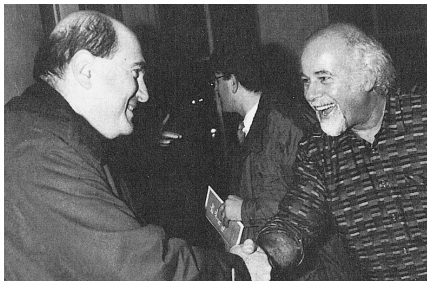


Foto: DIG-Magazin, Nr. 1/März 1994, S. 14

1994: Friedensfest in Köln mit Botschaftsrat Ilan Mor (Israelische Botschaft) und Hakam Abdel Hadi (Deutsch-Palästinensische Gesellschaft)

Doppelmitgliedschaften. Sollte dem ein „Unvereinbarkeitsbeschluss“ entgegengesetzt werden? Doch die DIG-Mehrheit schlug einen liberalen Kurs ein und zeigte sich erleichtert, dass mit dem DIAK-Vorsitzenden Jörn Böhme „wieder eine sachliche Gesprächsebene“ gefunden worden war.

So war es nur konsequent, dass sich die DIG im April 1992 an einer Protestkundgebung gegen einen antiisraelischen Mordaufruf von Ayatollah Ali Chamenei vor der iranischen Botschaft in Bonn beteiligte, die von dem Bonner DIAK-Aktivisten Tobias Kriener organisiert worden war. Der DIG-Mitwirkung vorausgegangen war eine positive Antwort von Präsident Koschnick auf eine Bitte des DIAKs, die DIG möge sich dem Aufruf anschließen. DIG-Gründungs- und Präsidiumsmitglied Heinz Putzrath richtete ein Grußwort an die Demonstrierenden.[6]

Der mit großen Hoffnungen aufgeladene Osloer Friedensprozess zwischen Israel und der PLO schuf 1993 urplötzlich Raum für friedenspolitische Aktionsformen und Bündnisse, wie sie wenige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen waren. Bereits im Juni 1991 hatte die Deutsch-Arabische Gesellschaft (DAG) angeregt, DIG und DAG sollten angesichts der Entspannungssignale im Nahen Osten gemeinsam einen „friedlichen Dialog zwischen Arabern und Israelis“ fördern. Das Präsidium begrüßte das Dialogangebot und bat Koschnick, in einem „Vorgespräch“ herauszufinden, inwieweit die DAG von ihrer israelfeindlichen Boykott-Haltung Abstand genommen habe. Anfang 1993 brachten beide Gesellschaften sogar eine gemeinsame Presseerklärung heraus, in der die Aufnahme israelisch-palästinensischer Geheimverhandlungen begrüßt wurde. Doch weitere Kooperationen sollten, abgesehen von örtlichen Ausnahmen wie in Oldenburg, fortan nicht mehr gelingen – zu groß blieben die Gegensätze.

Im Zuge der nahöstlichen Entspannungsbemühungen verstetigte sich die Zusammenarbeit zwischen DIG und DIAK: Wenige Monate nach dem historischen Händedruck zwischen Rabin und Arafat richtete das Bonner Jugendforum gemeinsam mit dem DIAK und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft ein politisch-kulturell und kulinarisch angelegtes „Friedensfest“ in Köln aus; mehr als 200 Teilnehmende legten eine Begeisterung an den Tag, die im Nachhinein wie ein unwirklicher Traum anmutet. War es realistisch anzunehmen, dass die euphorischen Friedenshoffnungen einem Realitätstest standhalten würden?

Die Ermordung von Ministerpräsident Jitzchak Rabin im November 1995 versetzte dem Friedensprozess einen herben Rückschlag. Überkommen geglaubte Gegensätze brachen wieder auf. Schon zuvor hatte der Terror extremistischer Kräfte blutige Furchen gezogen: Sollte sich die DIG in dieser Situation als eigenständige Friedenskraft oder eher als gleichsam neutraler Vermittler des israelischen Mainstreams positionieren? Der Ruf in der Mitgliedschaft nach verbindlichen „Rahmenpositionen zum Umgang mit der deutsch-palästinensischen Szene“ zeigte die Unsicherheit, ob und wie es friedenspolitisch weitergehen könnte. Beherzte Berliner DIG-Mitglieder ließen sich von der trüben Nachrichtenlage allerdings nicht davon abhalten, Rabins unvollendet gebliebenen Weg des Friedens fortzusetzen. Um die Jahreswende 1995/96 entwickelten sie die Idee, im März 1996 gemeinsam mit der Bundes-DIG ein Jitzchak-Rabin-Gedenk- und Benefizkonzert zum 30-jährigen Bestehen der DIG auszurichten. Der voraussichtlich fünfstellige Erlös aus den Einnahmen sollte Projekten „für jüdische und arabische Kinder“ zugeleitet werden: Würde Lea Rabin – nur wenige Monate nach der Ermordung ihres Mannes – der persönlichen Einladung durch die DIG folgen und die Schirmherrschaft übernehmen?



Foto: Pharos, CC BY-SA 3.0

Grab Jitzchak Rabins auf dem Herzlberg in Jerusalem

[1] So hielten auf der 10. Deutsch-Israelischen Konferenz im November 1986 IDG-Präsident Asher Ben-Natan, DIG-Präsident Blumenfeld, der Gründungsdirektor des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, Herbert A. Strauss, der Münchner Hochschullehrer Michael Wolffsohn sowie Staatsminister Lutz G. Stavenhagen (Auswärtiges Amt) Vorträge zu Perspektiven und Problemen der deutsch-israelischen Beziehungen.

[2] Dr. h. c. Hans Koschnick (1929–2016) stammte aus einer Bremer Arbeiterfamilie. Seine Eltern leisteten als Kommunisten und Gewerkschafter aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus und mussten dafür hart büßen. 1950 trat Koschnick der SPD bei. Der gelernte Verwaltungsfachmann wurde 1963 mit 34 Jahren Bremer Innensenator; ab 1967 amtierte er jahrelang als Bürgermeister und hatte weitere Ämter auch in der Bundespolitik inne – unter anderem war er außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag. Zeit seines Lebens engagierte sich Koschnick für die Verständigung mit Polen und Israel; schon in den 1970er-Jahren initiierte er Städtepartnerschaften mit Danzig und Haifa. Seine Eigenschaft als Brückenbauer setzte er in den 1990er-Jahren als EU-Administrator in der zerstörten Stadt Mostar ein, nachdem Jugoslawien auseinandergebrochen war. In der DIG amtierte er nacheinander als Vizepräsident (1987–1991) sowie als Präsident (1991–1994) und schaffte es auch dort, gegensätzliche Menschen und Positionen konstruktiv einzubinden.

[3] Zu Prof. Dres. h. c. Manfred Lahnstein vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 71.

[4] „Im Falle des deutsch-israelischen Jugendaustausches gilt […] die Ausnahmeregelung, dass die deutsche Seite nicht nur die Aufenthaltskosten der israelischen Teilnehmer in Deutschland bezuschusst, sondern auch deren Flugreisen“ (Auszug aus einem Schreiben des Bundesjugendministeriums vom 2. April 1991).

[5] Die 5.000er-Schwelle dauerhaft zu überschreiten sollte der DIG erst nach weiteren 20 Jahren gelingen – ab August 2015.

[6] Zu den 70 Teilnehmenden der Kundgebung zählte unter anderem der Autor dieser Zeilen, der in jener Zeit ebenfalls ein „Doppelmitglied“ war.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

60 JAHRE | 1966 – 2026

Dekade 4

Bewährungsjahre 1996–2005

Bewährungsjahre 1996–2005

01/1996
Beginn des regelmäßigen Abdrucks mehrseitiger Beihefter der „Jerusalem Foundation Deutschland e.V." in Folgeausgaben des DIG-Magazins

31.03.1996
Erstmaliges Jitzchak-Rabin-Gedenk- und Benefizkonzert der Berliner DIG-Arbeitsgemeinschaft anlässlich des 30-jährigen Bestehens der DIG

09/1996
JuFo-Reorganisation und Wahl von Christine Mähler zur JuFo-Vorsitzenden (1996–2001) auf außerordentlicher Mitgliederversammlung in Bremen

Erstmaliger Deutschland-Besuch von Benjamin Netanjahu als Ministerpräsident

11/1996
Beschluss der DIG-Hauptversammlung zur Anhebung des Delegiertenschlüssels auf 1:50 und auf bundesweite Angleichung der Beitragssätze

1997
Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille durch den Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit an den ehemaligen DIG-Präsidenten und EU-Administrator für Mostar in Bosnien-Herzegowina Hans Koschnick (03/1997) und der Ehrendoktorwürde durch die Universität Haifa (05/1997)

09/1997
Delegationsreise des Jugendforums nach Israel mit irritierenden Einblicken in die israelische Friedensbewegung, die Siedlerbewegung sowie eine gewaltfreie palästinensische Organisation

03/1998
Bei erneutem Deutschland-Besuch von Ministerpräsident Netanjahu Ankündigung von Verhandlungen mit Palästinenserpräsident Jassir Arafat über eine endgültige Friedenslösung („Landrückgabe gegen Terror-Bekämpfung")

Der Niedergang des nahöstlichen Friedensprozesses, der Ausbruch der Zweiten Intifada und eine zunehmend israelfeindliche Stimmungslage setzten der DIG zu Beginn ihrer vierten Dekade hart zu. Angesichts antisemitischer Begleitumstände rief das Präsidium die Medien zu einer fairen Berichterstattung auf. Ohne sich in pauschaler Medienschelte und unkritischem Lobbyismus zu verlieren, konfrontierten ehrenamtliche Aktivistinnen und Aktivisten die Öffentlichkeit mit Interventionen und faktenbasierten Informationsveranstaltungen. Ende 1998 verlegte die DIG ihre Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin. 2001 verlieh die Freundschaftsgesellschaft zum ersten Mal den „Friedenspreis der DIG"; 2003 rief die DIG-AG Hannover den „Theodor-Lessing-Preis für aufklärerisches Denken und Handeln" ins Leben.
Das Jugendforum stellte sich 1996 nach einer Führungskrise neu auf und konnte mit neuem Elan Vortragsveranstaltungen, Seminare und Sommerlager realisieren. Die Beziehungen zur IDG traten aus organisatorischen und finanziellen Gründen zurück; die erhoffte Verjüngung und Verbreiterung der bilateralen Beziehungen ließ sich einstweilen nicht einlösen. Der Mitgliederbestand stagnierte Ende 2005 bei 4.800 Mitgliedern in 44 Arbeitsgemeinschaften.
2004 gelang es der Bundes-DIG, ihre Webseite freizuschalten, nachdem das Jugendforum und einzelne AGs bereits eigene Online-Auftritte auf den Weg gebracht hatten. Seit dem Frühsommer 2005 präsentiert sich das DIG-Magazin im Vierfarbdruck.

Friedensprozess ade? Eine Standort-Neubestimmung

Israelsolidarische Kreise standen zu Beginn des Jahres 1996 noch immer unter dem Schock der Ermordung von Ministerpräsident Jitzchak Rabin am 4. November 1995. Ihre vierte Dekade startete die Bundes-DIG zusammen mit der Berliner und anderen Arbeitsgemeinschaften (AGs) am 31. März 1996 mit einem Jitzchak-Rabin-Gedenk- und Benefizkonzert im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt. Da es nicht gelungen war, Lea Rabin zur mitwirkenden Teilnahme zu bewegen, wurden die eingenommenen Erlöse in Höhe von 35.000 DM zwecks Unterstützung von Terroropfern dem israelischen Trauma- und Resilienz-Zentrum NATAL zugeleitet. Die DIG begründete mit diesem Konzert eine Tradition, die den Veranstaltungsrhythmus insbesondere der Berliner AG auf viele Jahre bestimmen sollte.

Angesichts einer maßgeblich von der palästinensisch-islamistischen Hamas organisierten Terrorwelle in Israel, die ab 2000 in eine neue „Zweite Intifada" übergehen sollte, versicherte die DIG in Presseerklärungen und Veranstaltungen ihre Solidarität mit Israel; Kundgebungen der Arbeitsgemeinschaften Bonn und Hamburg fanden bundesweite Beachtung. Zugleich rief Präsident Prof. Manfred Lahnstein (1994–2006) in einem internen Orientierungspapier „Israel und die Palästinenser" die Mitglieder der DIG zur kritischen „Besonnenheit und Zurückhaltung" im Umgang mit offiziellen palästinensischen Vertretern auf; zugleich müsse die DIG in ihrer Arbeit das „sehr breite Spektrum von Meinungen und Auffassungen" in Israel einbeziehen. Vor diesem Hintergrund äußerte sich Lahnstein infolge einer Israel-Reise im Dezember 1996 – nach dem Wahlerfolg von Benjamin Netanjahu im Mai 1996 – pessimistisch über den weiteren Verlauf des Friedensprozesses.

Die Zweite Intifada belastete auch die DIG in mehrfacher Hinsicht: Zum einen wurden israelsolidarische Milieus mit harschen Formen eines israelbezogenen Antisemitismus konfrontiert. Erstmals forderte der Staatsschutz die Geschäftsstelle zu erhöhten Sicherungsmaßnahmen auf.[1] Zum anderen ging der jährliche Spendenfluss von Firmen und anderen Großspendern 2001 und 2002 so stark zurück, dass



Foto: DIG-Magazin, Nr. 4/Dezember 1996, S. 5

DIG-Hauptversammlung, 2.11.1996 in Erfurt, Joschka Fischer u. a. Präsidiumsmitglieder



Foto: Picture Alliance / dpa / Ferdinand Ostrop

Ex-Präsident Hans Koschnick erhält 1997 die Buber-Rosenzweig-Medaille.

das Präsidium eine Beitragserhöhung beschloss. Zudem störten und sprengten rechtsradikale Jugendliche mehrfach Veranstaltungen der AG Magdeburg; in Gesprächen mit der lokalen Polizeipräsidentin sowie dem Bundesamt für Verfassungsschutz wurden Gegenmaßnahmen erörtert.

Die Direktwahl des sozialdemokratischen Politikers Ehud Barak zum israelischen Ministerpräsidenten (1999–2001) weckte kurzzeitig Hoffnungen auf eine Belebung des Friedensprozesses. Doch in der Zweiten Intifada zerbrachen unter einer Welle von Selbstmordanschlägen die bescheidenen Ansätze israelisch-palästinensischer Verständigung; das Israelbild verdunkelte sich selbst in der DIG. Vor diesem Hintergrund wandte sich Präsident Lahnstein am 18. Januar 2002 an Israels Botschafter Shimon Stein: Die Form der militärischen Vergeltung sei den Mitgliedern in Deutschland immer schwerer zu vermitteln, schrieb er mit Blick auf die Politik der Regierung von Ariel Scharon (2001–2006). Während die Debatte auch in der Mitgliedschaft zunahm, rief das Präsidium die Medien unverdrossen zu „Fairness in Berichterstattung, Kommentar und Moderation" auf.

Im Gegenzug forderte Botschafter Stein im April 2002 die Vorstände und Mitglieder der DIG zur Solidarität mit dem vom Intifada-Terror heimgesuchten Israel auf: „Es genügt nicht, eure Fassungslosigkeit und Bestürzung im stillen Kämmerlein auszudrücken. Die schweigende Masse muss ihre Stimme gegen den Terror, gegen die Gewalt und den Hass erheben." Wenige Monate später brach eine Delegation des Präsidiums unter Leitung des Berliner AG-Vorsitzenden Jochen Feilcke[2] und der Hamburger AG-Vorsitzenden Waltraud Rubien zu einer Solidaritätsreise nach Israel auf, um den israelischen Freundinnen und Freunden „in Zeiten der Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit" beizustehen.

Ungeachtet der internen Diskussionen war die DIG vor dem Hintergrund der schwierigen nahostpolitischen Gemengelage weiter um ein ebenso ausgewogenes wie empathisches Israelbild in den Medien bemüht. Präsident Lahnstein brachte



Foto: Peter Kuley CC BY-SA 3.0

Mai 2001: Eröffnung der israelischen Botschaft in ihrer neugebauten Berliner Residenz

14.05.1998
DIG-Symposium „50 Jahre Israel" mit prominenten Expertinnen und Experten im Deutschen Bundestag (Wasserwerk) in Bonn

05/1998
Mehrtägige israelisch-deutsche Konferenz (IDG/DIG) mit Abgeordneten der Knesset im Kibbuz Ramat Rachel

12/1998
Umzug der DIG-Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin

1998–2001
Umzug der Botschaft des Staates Israel von Bonn nach Berlin

08/1999
Erstmaliges deutsch-israelisches Sommerlager von JuFo und Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste in Berlin und Jerusalem

09/1999
Ostdeutsche DIG-Regionalkonferenz in Berlin

07/2000
Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" durch Bundesregierung und 6.000 deutsche Unternehmen

09/2000
Beginn der Zweiten Intifada mit einer Welle palästinensischer Terroranschläge gegen Israel

05/2001
Verleihung des ersten DIG-Friedenspreises im Berliner Reichstag an das Young-Leadership-Programm des Jüdisch-Arabischen Zentrums Beit Hagefen

06/2001
Wahl von DIG-Präsident Manfred Lahnstein zum Vorsitzenden des Board of Governors der Universität Haifa

09/2001
Ablösung von Christine Mähler als JuFo-Vorsitzende durch Almuth Wagner-Davidsmeyer (2001–2005)

Schockstarre angesichts von 3.000 Toten durch Anschläge des islamistischen Terrornetzwerks Al-Qaida am 11. September gegen die USA mit vier entführten Passagiermaschinen, von denen zwei in das World Trade Center und eine ins Pentagon gelenkt werden, während das vierte Flugzeug durch den Widerstand von Passagieren abstürzt

10/2001
Gründung des „Koordinierungszentrums Deutsch-Israelischer Jugendaustausch" (ConAct) unter Leitung von Christine Mähler in der Lutherstadt Wittenberg

06/2002
Israel-Solidaritätsreise einer Delegation des DIG-Präsidiums unter Leitung des Berliner AG-Vorsitzenden Jochen Feilcke und der Hamburger AG-Vorsitzenden Waltraud Rubien

10/2002
Einberufung der „Kommission Öffentlichkeitsarbeit" durch die DIG-Hauptversammlung. Ziel: Forcierung und Professionalisierung der DIG-Medienarbeit

01/2003
Relaunch des DIG-Magazins mit großzügiger weiß-blauer Seitengestaltung

04/2003
Verleihung des zweiten DIG-Friedenspreises im Berliner Reichstag an die Friedensschule in Neve Schalom/Wahat al Salam

10/2003
Renaissance der Dreiländerkonferenzen: Nach langjähriger Pause Treffen von Präsidiumsmitgliedern der israelbezogenen Gesellschaften der Schweiz, Österreichs und Deutschlands in München

11/2003
Herbstseminar des DIG-Jugendforums in Kooperation mit dem American Jewish Committee (AJC) über die amerikanisch-israelischen Beziehungen

01/2004
Freischaltung der DIG-Webseite

im November 2003 den zu leistenden Spagat auf den Punkt: „Die Botschaft hat die klare Aufgabe, die politischen Leitlinien der jeweiligen Regierung zu vertreten. Die DIG hat die Aufgabe, die bilateralen Beziehungen zwischen zwei Nationen zu fördern. Beide Zielsetzungen bieten eine Fülle von Gemeinsamkeiten, gleichwohl gibt es Bereiche, in denen unterschiedliche Vorgehensweisen unvermeidlich sind."

Auf Konsolidierungskurs unter schwierigen Umständen

Mitte Oktober 1996 hatte die DIG die 5.000-Mitglieder-Schallmauer vom März 1995 mit 4.800 persönlichen und korporativen Mitgliedern wieder leicht unterschritten. Dennoch schien sich die Mitgliederentwicklung konsolidiert zu haben. Nur sechs Jahre nach der deutschen Vereinigung beschlossen am 2. November die Mitglieder in Erfurt, die Beitragssätze in den östlichen Bundesländern an die der westlichen anzugleichen. Im Bericht über diese Hauptversammlung „gönnte" sich die DIG zum ersten Mal in der Geschichte ihrer Mitgliederzeitschrift den Abdruck von Farbfotos. Aus Kostengründen blieb dieser „Luxus" einstweilen eine Ausnahme.

Trotz der Neugründung der AGs Pfalz-Speyer und Weimar musste die DIG in ihrer vierten Dekade erfahren, dass einzelne Arbeitsgemeinschaften zeitweise nicht mehr handlungsfähig waren; die AG Rostock beschloss 2003 ihre Auflösung. Eine ostdeutsche Regionalkonferenz machte 1999 deutlich, dass die AGs im Osten unter Überalterung und mangelndem Interesse in der Öffentlichkeit litten und externe Unterstützung brauchten. Die

Nach dem Ende des Friedensprozesses: israelkritische und antisemitische Verhärtungen

Nach den Wahlen in Israel 1996 stellte der rechtskonservative Likud erneut die Regierung. Sowohl die Zweite Intifada (2000–2005), der stetige Machtzuwachs der islamistischen Terrororganisation Hamas in der palästinensischen Gesellschaft als auch die Intensivierung der israelischen Siedlungspolitik zerstörten das Vertrauen auf beiden Seiten. Daran konnte 1999 auch der Wahlsieg des Sozialdemokraten Ehud Barak nichts Substanzielles mehr ändern. Nachdem im Sommer 2000 ein Treffen auf Regierungsebene zwischen Israel und der PLO in den USA (Camp David II) ergebnislos abgebrochen wurde, war der Osloer Friedensprozess endgültig gescheitert.

Unruhen, blutige Terroranschläge und militärische Operationen in der Zweiten Intifada lösten auch in Deutschland harsche Reaktionen aus. Mancherorts sahen sich Politikerinnen und Politiker bemüßigt, ihre angebliche frühere „Zurückhaltung" gegenüber Israel aufzugeben: So fühlte sich der CDU-Politiker Norbert Blüm 2002 angesichts der israelischen Antiterror-Bekämpfung an das NS-Regime erinnert und warf dem Land einen „Vernichtungskrieg" gegen „die Palästinenser" vor. Der FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann zeigte offen Verständnis für die Selbstmordkommandos palästinensischer Terroristen gegen den vermeintlichen „Staatsterrorismus" Israels. In einem Flugblatt setzte er seine Sicht des Nahostkonflikts als Argument im nordrhein-westfälischen Bundestagswahlkampf ein – dabei wurden zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte ein Israeli (Ariel Scharon) und ein deutscher Jude (Michel Friedman) zur gemeinsamen Zielscheibe in einem Wahlkampf.

Das Europäische Parlament drohte im Frühjahr 2004, das Assoziierungsabkommen mit Israel aufzukündigen, wenn das Land mit der gezielten Tötung palästinensischer Terroristen fortfahre. Zudem unterstützten die EU-Staaten noch im selben Jahr eine Resolution der UNO-Vollversammlung mit der Forderung an Israel, die im Bau befindlichen Sperranlagen abzureißen, die teilweise jenseits der Grünen Linie im Westjordanland verlaufen. Allerdings musste Marc Otte, EU-Sonderbeauftragter für den Nahost-Friedensprozess (2003–2011), später einräumen, dass die Sperranlage palästinensische Extremisten davon abhalte, Selbstmordanschläge in Israel zu verüben.

nahostpolitische Lage trug dazu bei, dass die Mitgliederentwicklung nach einem Zuwachs auf 4.971 (1998) mehr als fünfzehn Jahre lang – bis zum Sommer 2015 – stagnierte oder leicht rückläufig war.

Für das Symposium „50 Jahre Israel" im Mai 1998 im Bonner Wasserwerk zog das Präsidium zunächst Shlomo Avineri, Dan Diner, Moshe Zimmermann und Moshe Zuckermann als Referenten in Betracht. In diesem Zusammenhang merkte Vizepräsidentin und JuFo-Vorsitzende Christine Mähler kritisch an, dass unter den Vortragenden bzw. Panel-Teilnehmenden keine einzige Frau vorgesehen sei. Rasch wurden nun die Literaturwissenschaftlerin Anat Feinberg sowie die ZEIT-Korrespondentin Gisela Dachs um ihre Mitwirkung gebeten.

Mitte der 1990er-Jahre zog die Verwaltungszusammenarbeit mit der „Jerusalem Foundation Deutschland e.V." immer größere Aufwände nach sich, da die rechtlichen Auflagen für eine gemeinnützige Stiftungsarbeit zunehmend komplexer geworden waren. Daher gab die Stiftung ab 1996 regelmäßig mehrseitige Beihefter als bezahlte Anzeigen ab, die im DIG-Magazin publiziert wurden – diese legten von vielfältigen Aktivitäten zugunsten der Stadt Jerusalem Zeugnis ab. Um eigene Kapazitäten nicht zu überreizen, vereinbarte die DIG 1998 und 2001 mit der Stiftung angemessene Erhöhungen ihrer jährlichen Vergütungen für die Serviceleistungen der Geschäftsstelle.[3] Zu den geförderten Projekten der Stiftung gehörte unter anderem der Bau eines jüdisch-arabischen Gesundheitszentrums, der arabischen Bibliothek Babel Zahra und des Konrad-Adenauer-Konferenzzentrums.

Ende 1998 zog die Bundesgeschäftsstelle von der Bonner Innenstadt nach Berlin-Zehlendorf um.

Im Juni 2001 wurde Präsident Lahnstein als erster Nichtjude zum Vorsitzenden des Board of Governors der Universität Haifa gewählt.

2003 rief die DIG-AG Hannover den „Theodor-Lessing-Preis für aufklärerisches Denken und Handeln"[4] ins Leben. Die erste Preisträgerin war 2003 die grüne Europa-Abgeordnete Ilka Schröder, die sich in ihrer Amtszeit um die Aufdeckung der Finanzierung von palästinensischem Terror aus EU-Mitteln verdient gemacht hatte.

Der Friedenspreis der DIG in Zeiten nahostpolitischer Polarisierungen

Der Niedergang des nahöstlichen Friedensprozesses beunruhigte auch viele



Foto: Privatarchiv Christine Mähler

JuFo-Austausch, Gruppenbild, Deutschland 1998

2005
Israelischer Rückzug aus dem Gazastreifen und Auflösung sämtlicher dortiger jüdischer Siedlungen

02/2005
Erklärung des DIG-Präsidiums „Für Israel – Gegen Antisemitismus!"

03–05/2005
Fünfte deutsch-jüdisch-arabische Jugend-Austauschwochen der DIG-AG Bonn in Israel und Deutschland

05/2005
Ablösung von Almuth Wagner-Davidsmeyer als JuFo-Vorsitzende durch Hannes Greiling (2005–2007)

31.05.2005
Gartenfest zum 40. Jahrestag der deutsch-israelischen Beziehungen unter Beteiligung der DIG-AG Berlin und des JuFos

06/2005
Beginn der regelmäßigen Herausgabe des DIG-Magazins im Vierfarbdruck (ab Ausgabe Nr. 2, Juni/Juli 2005)

14.11.2005
Mehr als 1.000 Gäste beim Rabin-Gedenkkonzert der DIG Berlin mit der israelischen Sängerin und Weltstar Chava Alberstein – mit Konzerterlös von 5.000 Euro für das deutsch-israelische Sommerlager der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und des DIG-Jugendforums

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.
60 JAHRE | 1966 – 2026

Mitglieder der DIG: So beantragte die AG Bonn auf der Jahreshauptversammlung im November 1998 die Auslobung eines jüdisch-arabischen Friedenspreises. Die Delegierten nahmen den Antrag nach intensiven Diskussionen „mit Sympathie zur Kenntnis“ und beauftragten das Präsidium mit der Umsetzung: Alle zwei Jahre sollte ein Projekt der israelisch-palästinensischen Verständigung ausgezeichnet werden. Initiatorin war die Bonner AG-Vorsitzende und Vizepräsidentin Magdalene Krumpholz.

Der „Friedenspreis der Deutsch-Israelischen Gesellschaft“, so der offizielle Name des Preises, wurde im Mai 2001 erstmals verliehen – in einer Feierstunde im Berliner Reichstag mit 500 Gästen: Das von der Commerzbank gestiftete Preisgeld in Höhe von 10.000 DM ging an das Young Leadership-Programm des Jüdisch-Arabischen Zentrums Beit Hagefen. In den Folgejahren 2003 und 2005 wurden die Friedensschule des jüdisch-arabischen Friedensdorfes Neve Shalom/ Wahat al Salam und die binationale Hand-in-Hand-Schule in Jerusalem ausgezeichnet – finanziert unter anderem mit Erlösen aus den Rabin-Gedenkkonzerten der AG Berlin.



Foto: Privatarchiv Christine Mähler

JuFo-Austausch, Deutschland 1996

Selbst in Deutschland spitzte sich die Lage zu, als sich antiisraelische Proteste auf der Straße entluden: Im April 2002 stellte die DIG Strafanzeige gegen einen Teilnehmer einer „propalästinensischen“ Demonstration in Berlin, der seiner Tochter eine Sprengstoffgürtel-Attrappe umgehängt hatte. Drei Jahre später wurde der palästinensische Vater rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Einem Aufruf des DIAKs gegen zunehmende Gewalt gegen Juden in Deutschland schloss sich die DIG trotz Kritik an einzelnen Formulierungen an, während die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft (DPG) ihre Zustimmung verweigerte. Während der Zweiten Intifada sah sich nur noch die Oldenburg AG in der Lage, mit der DPG punktuell zusammenzuarbeiten. Die AG Bonn hielt zwischen 2001 und 2014 unverdrossen an ihrem Schüleraustausch-Projekt mit deutschen, jüdischen und arabischen Jugendlichen fest; ab 2005 konnten interkulturelle Begegnungen dieser Art auch in Israel wieder stattfinden.

Für Aufregung sorgte 2005 der palästinensische Kinofilm „Paradise Now“, in dessen Mittelpunkt ein mit Empathie gezeichneter Selbstmordattentäter stand, während israelische Akteure holzschnittartig als „Täter“ und „Trinkwasser-Vergifter“ gebrandmarkt wurden. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gab dazu ein pädagogisches Begleitheft heraus, das nicht zuletzt in der DIG auf Empörung stieß. Es problematisierte mit keinem Wort die im Film enthaltenen Antisemitismen, erklärte aus Sicht der Kritiker Israel für alleinverantwortlich für den Nahostkonflikt und weckte Verständnis für Selbstmordattentate. Zahlreiche Protestmails aus der DIG

Die Rolle der Medien

Wirtschaftliche Aufbauleistungen, multikulturelle Herausforderungen sowie künstlerische und andere zivile Potenziale Israels hatten in der vierten Dekade in der Berichterstattung deutscher Medien Seltenheitswert. So blieben sportliche Ereignisse, die enormen Integrationsleistungen bei der Aufnahme großer Einwanderungswellen und selbst die israelische Hightech-Szene weitgehend unbeachtet.

Das mediale Interesse richtete sich zwischen 2000 und 2004 auf terroristische Selbstmordanschläge in israelischen Bussen und Restaurants, die angeblich palästinensischer Verzweiflung geschuldet waren. Als „Täter“ wurden vor allem „die Israelis“ bezichtigt, deren Versuche, den Terror militärisch zu bekämpfen, mitunter auch Unschuldige trafen. Im Fokus der Berichterstattung standen aber nicht nur militärische Einsätze Israels, sondern auch israelische Siedlungsaktivitäten im Westjordanland. Sie waren als Nachrichten „zugkräftiger“ als differenzierte Lageberichte – sie generierten Schlagzeilen und sorgten für hohe Einschaltquoten. So entbrannte in Teilen der Öffentlichkeit eine heftige Diskussion, inwieweit einseitige und überzogene Formen der Israelkritik antisemitische Tendenzen widerspiegelten, verstärkten oder gar auslösten: Manche Journalistinnen und Journalisten vermischten den politischen Konflikt im Nahen Osten, bewusst oder unbewusst, mit antijüdischen Klischees. Sie trugen dazu bei, dass jahrzehntelange Bemühungen der Aufarbeitung judenfeindlicher Stereotype zunichte gemacht wurden. In der Bevölkerung schlummernde antisemitische Ressentiments drohten wieder einmal reaktiviert und auf „die Israelis“ projiziert zu werden.

und ihrem Umfeld veranlassten die bpb in einem Schreiben an Präsident Lahnstein, Fehler einzuräumen, eine „praxisintegrierte Evaluation“ zu versprechen und das Begleitheft nur noch zusammen mit dem Israelheft der bpb zu verschicken.

Krise und Neubeginn im Jugendforum (JuFo)

Vor dem Hintergrund persönlicher Animositäten, aber auch inhaltlicher Spannungen setzte die Augsburger JuFo-Mitgliederversammlung im Frühjahr 1996 die amtierende Vorsitzende Claudia Hermes (1994–1996) in Abwesenheit von ihrem Posten ab. Begründet wurde der harte Schnitt unter anderem mit dem Vorwurf, Hermes sowie weitere Teilnehmende der JuFo-Delegationsreise hätten unter „Nichtbeachtung“ eines einschlägigen Vorstandsbeschlusses dem Orienthaus, der informellen PLO-Vertretung in Ost-Jerusalem, ihre Aufwartung gemacht. Weil die „Neuwahlen“ nicht angekündigt worden waren, war der provisorische Vorstand nicht legitimiert; monatelang überwogen die Austritte.

Erst auf einer neuerlichen Mitgliederversammlung im September 1996 in Bremen[5] fand das Jugendforum unter der neugewählten Vorsitzenden Christine Mähler (1996–2001)[6] zurück zur Arbeitsfähigkeit: Es folgten ambitionierte Seminarprogramme einschließlich bilateraler Jugendbegegnungen und Workcamps. In der Beitrittserklärung wurde künftig eine Spalte für bis 35-Jährige aufgenommen, um den gleichzeitigen Beitritt ins JuFo abzufragen.

In den Folgejahren gab das JuFo erstmals informative Broschüren heraus, organisierte Informationsstände auf Kirchentagen sowie ab 1999 zusammen mit der „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ deutsch-israelische Sommerlager in Berlin und Jerusalem. 2001 riefen in Duisburg engagierte Studierende das Jugendforum Rhein-Ruhr ins Leben.

1997 hatte es noch so ausgesehen, als ob die Bundesregierung den deutsch-israelischen Jugendaustausch nur noch als ein nachgeordnetes Thema betrachten würde: Anlass war, dass das Bundesjugendministerium die DIG-Geschäftsführerin Hildegard Radhauer nicht mehr in den Fachausschuss für den deutsch-israelischen Jugendaustausch berufen hatte. Ein Appell von Präsidiumsmitglied und Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch (FDP) führte zur Revision der Entscheidung.

2001 wurde auf Initiative von Bundespräsident Johannes Rau (SPD) das „Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch“ (ConAct) in der Lutherstadt Wittenberg eingerichtet: Seither fördert und koordiniert die in großen Teilen vom Bundesjugendministerium finanzierte Einrichtung in enger Abstimmung mit der „Israel Youth Exchange Authority“ des israelischen Erziehungsministeriums den bilateralen Jugendaustausch. DIG-Vizepräsidentin Christine Mähler übernahm die Leitung von ConAct und legte wegen der zu erwartenden beruflichen Beanspruchungen den JuFo-Vorsitz nieder. Seither bekommen alljährlich tausende Jugendliche die Chance, an einer qualifizierten Begegnungsreise teilzunehmen, sofern es die Sicherheitslage vor Ort zulässt.

Auch unter den nachfolgenden JuFo-Vorsitzenden Almuth Wagner-Davidsmeyer (2001–2005) und Hannes Greiling (2005–2007) setzte die DIG-Jugend ihre israelbezogenen Aktivitäten fort, indem sie fortan jährlich mehr als ein Dutzend Vortragsveranstaltungen, Seminare und Sommerlager realisierte. Im Herbst 2002 gehörten von den fast 5.000 DIG-Mitgliedern wieder 316 junge Menschen dem JuFo an.

Als die DIG anlässlich des 40. Jahrestages deutsch-israelischer Beziehungen zum Gartenfest des Bundespräsidenten im Mai 2005 eingeladen wurde, erklärte sich das JuFo bereit, sich und die Aktivitäten der DIG zu präsentieren.

Irritationen um Feiertage

Dass Termine nicht auf Weihnachten oder Ostern gelegt werden, gehört in Deutschland zu den selbstverständlichen Gepflogenheiten. In Bezug auf jüdische Feiertage war diese Alltagssensibilität lange alles andere als selbstverständlich – auch in der DIG, aus der es schon in den 1980er-Jahren Beschwerden gegeben hatte.

Zwischen Geschichtsbewusstsein und Unwissenheit

50 Jahre nach Kriegsende und 30 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen reiste Israels Staatspräsident Ezer Weizman im Januar 1996 zum Staatsbesuch nach Deutschland. Höhepunkt war eine Rede im Bundestag, in der Weizman den Bogen der Jahrtausende alten Geschichte Israels bis ins Heute spannte: „Erst 200 Generationen sind vergangen, seit ein Mensch namens Abraham aufstand, sein Land und seine Heimat zu verlassen und in ein Land zu ziehen, das heute mein Land ist. Erst 200 Generationen sind vergangen, seit Abraham die Machpelah-Höhle in der Stadt Hebron kaufte, bis zu den schweren Konflikten, die sich dort in meiner Generation abspielten. Erst 150 Generationen sind seit der Feuersäule des Auszugs aus Ägypten bis zu den Rauchsäulen der Shoah vergangen. Und ich, Nachkomme Abrahams im Lande Abrahams, war überall mit dabei.“

Weizmans geschichtsmetaphysische Rede stand in krassem Gegensatz zu Tendenzen des Vergessens im vereinten Deutschland. Eine Befragung unter 3.000 Hamburger Schülerinnen und Schülern hatte kurz vorher ergeben, dass 59 Prozent Israel für eine „Monarchie“ oder eine „Militärdiktatur“ hielten. Nach einer Umfrage des Emnid-Instituts vermochte 1997 jeder fünfte Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren mit „Auschwitz“ nichts anzufangen.

Bundespräsident Johannes Rau sprach im Februar 2000 als erster deutscher Politiker im israelischen Parlament zu den Abgeordneten in deutscher Sprache – eine Entscheidung der israelischen Seite, die nicht unumstritten war. „Ich bitte um Vergebung für das, was Deutsche getan haben, für mich und meine Generation, um unserer Kinder und Kindeskinder willen, deren Zukunft ich an der Seite der Kinder Israels sehen möchte.“ Parlamentspräsident Avraham Burg bezeichnete Rau als „größten Freund Israels“.

Das Fass zum Überlaufen brachte eine Sitzung des Präsidiums und der AGs am 1. Oktober 1997, dem Vorabend des jüdischen Neujahrsfestes Rosch ha-Schana. Auf die Kritik, die DIG wirke unglaubwürdig, wenn jüdische Mitglieder von vornherein ausgeschlossen seien, räumte das Präsidium den Fehler ein; Vizepräsidentin Christine Mähler verteilte an alle Teilnehmenden eine Übersicht jüdischer Feiertage für die Folgejahre.

DIG/IDG-Jahreskonferenzen und andere Auslandsaktivitäten vor dem Aus?

Die für 1997 in Israel geplante Jahreskonferenz wurde auf das „Jubiläumsjahr" 1998 verschoben, die für 2000 geplante „aus Kostengründen" abgesagt. Auch die 2001 im Raum Berlin geplante Konferenz kam nicht zustande, weil sich DIG und IDG nicht auf das Format einigen konnten.

Die DIG zog die Konsequenz, ihre Kontakte in Israel über die IDG hinaus zu jüngeren deutschland-interessierten Israelis zu erweitern. Ein Krisentreffen mit der IDG in Berlin im Oktober 2001 brachte freundliche Absichtsbekundungen; die bilateralen Kontakte ruhten in den Folgejahren gleichwohl weitgehend.

Im Oktober 2003 trafen sich in München zum ersten Mal seit den 1980er-Jahren Präsidiumsmitglieder der Gesellschaften aus der Schweiz, Österreich und Deutschland; dauerhaft ließen sich internationale Kooperationen mangels Finanz- und Personalkapazitäten einstweilen nicht aufrechterhalten.

„Wir sind drin!" Die DIG geht online – und wird bunt

Auf Drängen einzelner AGs beschloss das Präsidium 1999, das Online-Zeitalter für die DIG einzuläuten. Das JuFo war Vorreiter, verfügte bereits über eine Webpräsenz und bot der Geschäftsstelle Unterstützung an.

Doch erst 2003 nahm das Projekt Fahrt auf; Anfang 2004 ging die DIG-Webseite online. Besonders Präsidiumsmitglied Meggie Jahn[7] setzte sich unermüdlich für ihre weitere Professionalisierung und Aktualisierung ein.
2003 wurde das DIG-Magazin einem Relaunch unterzogen – eingeleitet mit einem spritzigen Editorial des Präsidenten sowie einer großzügigen weiß-blauen Seitengestaltung. Eine Verzahnung von Print- und Online-Angeboten war zunächst nicht vorgesehen. Seit Erscheinen der Jubiläumsausgabe „40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen" im Frühsommer 2005 präsentiert sich das DIG-Magazin durchgehend im Vierfarbdruck – ein visuelles Upgrade, das aufgrund fortgeschrittener Technologien auch preislich vertretbar schien.

Nicht nur das Erscheinungsbild veränderte sich. Mit dem Aufkommen digitaler Kommunikationsmöglichkeiten und einer sich zuspitzenden Lage in Nahost wurde der Ton auch in der DIG gereizter: Debatten über die politische Ausrichtung der Freundschaftsgesellschaft nahmen zu. Ob sich ein Minimalkonsens auf der Basis der bewährten DIG-Leitlinien längerfristig aufrechterhalten ließ, sollte die folgende Dekade zeigen.

[1] Die Zweite Intifada warf ihre Schatten bis nach Bayern: Die Geschäftsstelle der DIG Augsburg musste 2002 auf Betreiben des Hauseigentümers wegen der „Ereignisse in Israel" das am Eingang befestigte Hinweisschild „Deutsch-Israelische Gesellschaft" entfernen.

[2] Zu Jochen Feilcke vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 63.

[3] Eine weitere Kooperation fädelte Präsident Lahnstein mit der Universität Haifa ein: Demnach leistete die DIG-Geschäftsstelle von 2001 bis 2006 administrative Dienstleistungen für den deutschen Förderverein, die jährlich vergütet wurden.

[4] Der Namensgeber des Preises, der Hannoveraner Philosoph und Schriftsteller Theodor Lessing (1872–1933), wurde 1933 nach seiner Flucht aus Deutschland als zionistischer Jude und sozialdemokratischer Regimekritiker im tschechischen Marienbad ermordet. Er gilt als das erste bekannte Opfer des Nationalsozialismus.

[5] Dass das JuFo wieder in konstruktive Bahnen zurückgeführt werden konnte, verdankten die Anwesenden nicht zuletzt der tatkräftigen (moderierenden) Unterstützung und Vermittlung durch den örtlichen DIG-Vorsitzenden Hermann Kuhn. Zu Hermann Kuhn vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 70.

[6] Zu Christine Mähler vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 72.

[7] Zu Meggie Jahn vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 68.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

60 JAHRE | 1966 – 2026

Dekade 5

Polarisierungsjahre 2006–2015

Polarisierungsjahre 2006–2015

01/2006
Kontroverse in der deutschen Politik, ob nach dem Wahlsieg der radikal-islamischen Hamas Finanzhilfen für die Palästinenser noch verantwortbar sind

05/2006
Umstrittener Empfang des der Hamas angehörenden palästinensischen Ministers für Flüchtlingsangelegenheiten zu einem „privaten, inoffiziellen Gedankenaustausch" durch einen SPD- und zwei FDP-Bundestagsabgeordnete, darunter der spätere DIG-Präsident Hellmut Königshaus (2015–2019)

06/2006
Freude in Israel über die Fußball-WM in Deutschland: „Hauptsächlich aber haben wir uns wegen des Fußballs in Deutschland verliebt." (Sport-Korrespondent Zeev Avrahami in der Zeitung Ha'aretz)

07/2006
Nach Angriff der libanesisch-schiitischen Terrororganisation Hisbollah auf Nord-Israel spontane Solidaritätsreise einer sechsköpfigen Delegation aus DIG und Deutsch-Israelischer Parlamentariergruppe

07–08/2006
Solidaritätskundgebungen der DIG für Israel in verschiedenen deutschen Städten

09/2006
Bundestagsbeschluss zur Beteiligung der deutschen Marine an der Überwachung der libanesischen Küste als Teil der UN-Friedensmission zur Stabilisierung des Waffenstillstands zwischen der Hisbollah und Israel

11/2006
Ablösung des langjährigen DIG-Präsidenten Prof. Manfred Lahnstein (SPD) durch den CDU-Politiker Johannes Gerster (2006–2010)

01/2007
Nach Beendigung der Zwangsarbeiter-Entschädigungen durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" Ausbau der Finanzierung von Zukunftsprojekten, darunter deutsch-israelische Vorhaben

Die fünfte Dekade war eine Zeit extremer Disruptionen: Nacheinander von drei Präsidenten gesteuert, erfreute sich die DIG spektakulärer Erfolge, durchlebte aber auch heftige Erschütterungen.
2008, im Jahr des 60. Geburtstags Israels, entfaltete die Freundschaftsgesellschaft zusammen mit ihren Arbeitsgemeinschaften mehr als 500 öffentlichkeitswirksame Jubiläumsaktivitäten. Ab 2009 erfuhren das DIG-Magazin und 2013 auch das Präsidium arbeitsorganisatorische Umstrukturierungen; zudem wurde die Webseite relaunched und mit den Arbeitsgemeinschaften verzahnt.
2013 setzte die DIG mit der deutsch-israelischen Kooperation „White City" ein Leuchtturmprojekt zur Rettung zahlreicher Bauhaus-Objekte in Tel Aviv auf; 2015 folgte die prestigeträchtige Wanderausstellung „Israelis & Deutsche", die in Israel mehr Beachtung finden sollte als in Deutschland. Zudem gelang es der DIG, ihre internationalen Kontakte, insbesondere zur IDG, aufzufrischen.
Durch Raketenangriffe der Hamas ausgelöste kriegerische Auseinandersetzungen mit Israel führten erneut zu antisemitischen Reaktionen in der Öffentlichkeit. Als Initiatorin israelsolidarischer Veranstaltungen blieb die DIG vom zunehmend israelpolitisch vereisten Klima nicht verschont und suchte den Schulterschluss mit potenziellen Bündnispartnern.
Nach einer Krise stellte sich das Jugendforum 2010 als „Junges Forum" neu auf. Mit innovativen Formaten gelang es den Aktivistinnen und Aktivisten, junge Menschen über den DIG-Radius hinaus anzusprechen.
Ein anhaltender israelpolitischer Richtungsstreit überschattete die Arbeit der DIG. Zudem belasteten Auflagen, die mit der institutionellen Förderung durch das Auswärtige Amt seit 2012 einhergingen, das Verhältnis zwischen Bundesverband und Arbeitsgemeinschaften. Am Ende der Dekade überschritt die DIG dauerhaft die Schwelle von 5.000 Mitgliedern und fand ab 2015 über einen strukturellen Umbau aus der Krise.

Quo vadis, DIG?

Der blutige Angriff der libanesisch-schiitischen Terrororganisation Hisbollah auf den Norden Israels, die Entführung von zwei israelischen Soldaten und ein heftiger Raketenhagel im Sommer 2006 rückten auch in der DIG die Sicherheitslage Israels wieder in den Vordergrund. So organisierte die DIG in Zusammenarbeit mit anderen Initiativen und Verbänden mehrere Solidaritätskundgebungen; allein in Frankfurt am Main gingen 500 Menschen auf die Straße. Eine sechsköpfige Delegation der DIG reiste spontan nach Israel, um inmitten der mehrwöchigen kriegerischen Auseinandersetzungen Solidarität mit den Menschen in Israel zu zeigen.

Nachdem der Hamburger SPD-Finanzpolitiker und Bundesminister a. D. Prof. Dres. h. c. Manfred Lahnstein nach einer 17-jährigen Amtszeit, davon die ersten fünf Jahre als Schatzmeister, nicht wieder für das Amt des Präsidenten zur Verfügung gestanden hatte, wählte die DIG-Hauptversammlung im November 2006 den rheinland-pfälzischen CDU-Politiker Johannes Gerster[1] (2006–2010) zum Nachfolger. Gerster, der zuvor das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel geleitet hatte, kündigte eine verstärkte Mitgliederwerbung an, wie sie auch schon Lahnstein und andere DIG-Aktive im Frühjahr 2006 anhand des Erfolgsrezepts der AG Berlin angemahnt hatten.[2]

Zwischen 2007 und 2015 gründete die DIG zahlreiche neue Arbeitsgemeinschaften und war damit in allen Bundesländern vertreten. Im August 2015 überschritt die Mitgliederzahl dauerhaft die Schwelle von 5.000.

In vielen Arbeitsgemeinschaften etablierten sich in diesen Jahren „Israeltage" als wiederkehrendes Format – öffentliche

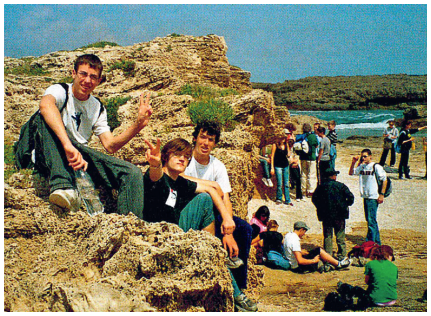


Foto: DIG-Magazin, Nr. 3/September 2007, S. 11

2007: Jugendprojekt der AG Bonn: deutsch-jüdisch-arabische Begegnung in Israel

Aktionstage auf zentralen Plätzen, die bundesweit in Dutzenden Städten stattfanden und vor Ort meist von den AGs getragen wurden. Vielerorts gehören sie bis heute zum festen Jahresprogramm.

Am 14. Mai 2008 beging die DIG in der symbolträchtigen Frankfurter Paulskirche zusammen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit den 60. Geburtstag Israels. Mit Blick auf die Shoah bezeichnete Bundestagspräsident Norbert Lammert das gute Verhältnis zwischen Israel und der Bundesrepublik während der TV-Live-Übertragung vor ca. 800 Teilnehmenden als ein „Wunder": „Die Beziehungen sind nichts Normales, sondern etwas ganz Besonderes." Nicht minder bedeutsam waren über 500 regionale Jubiläumsaktivitäten der AGs: Konzerte, Kunst- und Fotoausstellungen, Filmveranstaltungen, Lesungen, Vorträge bis hin zu Reisen und Kulturwochen rückten die Vielfalt deutsch-israelischer Beziehungen in den Blick.

Die turnusgemäße Verleihung des DIG-Friedenspreises wurde 2007 ausgesetzt: Nicht nur war die Resonanz in den AGs rückläufig und waren kaum Vorschläge zu förderungswürdigen Projekten einge-

Bekenntnis zur Staatsräson: Die deutsch-israelischen Beziehungen im Realitätscheck

Trotz aller historischen und aktuellen Spannungsfelder bilden die Beziehungen zum Staat Israel eine der tragenden Säulen der deutschen Außenpolitik. Diese Maxime stand auch in dieser Dekade auf dem Prüfstand. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstrich 2008 in ihrer Rede vor dem israelischen Parlament in Jerusalem: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben."
Tatsächlich haben Deutsche und Israelis im Laufe der Jahrzehnte ein enges Beziehungsnetz geknüpft. Israel ist Deutschlands größter Handelspartner im Nahen Osten. Hunderte deutscher Städte und Landkreise, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen sowie Schulen und Vereine unterhalten Kooperations- und Austauschprojekte mit israelischen Partnern.
Trotz anhaltender Meinungsunterschiede wegen der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland und der Risikobewertung iranischer Nuklearaktivitäten bekräftigten beide Seiten immer wieder ihre Solidarität und Partnerschaft. Sie unterzeichneten ein Abkommen über Ghetto-Renten, einigten sich auf eine konsularische Vertretung israelischer Bürgerinnen und Bürger in Ländern ohne israelische Repräsentanz, brachten neue Jugendaustauschprogramme und befristete Arbeitsvisa sowie hochtechnische Wasserprojekte auf den Weg. Zum Schutz seiner Gasfelder im Mittelmeer bestellte Israel 2014 drei deutsche Raketenschnellboote. Deutschland erließ den Israelis ein Drittel der Gesamtkosten.
Gleichwohl entstanden im Zuge des immer wieder eskalierenden Nahostkonflikts öffentliche Debatten, in denen sich legitime Kritik an der Politik Israels, etwa an der Besatzungspolitik im Westjordanland, mit antisemitischen Ressentiments vermischte. So wurde das deutsch-israelische Verhältnis zu Beginn des neuen Jahrhunderts auf eine Weise asymmetrisch, wie man es zuvor nicht für möglich gehalten hätte: Während die Mehrzahl der Israelis ein überwiegend positives Deutschlandbild entwickelt hatte, bekannte sich nach dem Ende des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses nur noch ein gutes Drittel der Deutschen zu einem positiven Israelbild. Während sich viele Deutsche von Israel abwandten, war das früher negative Image der Deutschen in der israelischen Öffentlichkeit ausgeprägten Sympathien gewichen. Ob es um Autos, Fußball oder um deutsche Kultur ging – unter Israelis gab es besonders in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts einen regelrechten „Deutschland-Hype".

03/2007
Israel nach einer BBC-Umfrage auf Top-Negativliste auf der Skala der am wenigsten gemochten Staaten der Welt – allein in Deutschland nehmen 77 Prozent aller Befragten Israel als „negativ" wahr.

06/2007
Ablösung des JuFo-Vorsitzenden Hannes Greiling durch Stefan Hensel (2007–2009)

02/2008
Bei Besuch von Premierminister Ehud Olmert in Berlin Lob für Bundeskanzlerin Angela Merkel „für ihre tiefe Verbundenheit mit dem israelischen Volk" und Warnungen vor der Achse Hamas/Iran

Ablösung von Asher Ben-Natan als IDG-Präsident durch Ex-Botschafter Avi Primor (2008–2011)

17.03.2008
Auftakt der ersten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen

18.03.2008
Historische Staatsräson-Rede von Angela Merkel vor der Knesset im Rahmen ihrer dritten Israel-Reise als Bundeskanzlerin

14.05.2008
Festakt der DIG zum 60. Gründungsjubiläum Israels in der Frankfurter Paulskirche – gemeinsam mit dem Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und dem Zentralrat der Juden in Deutschland

05/2008
Wachsende Verantwortungsmüdigkeit der Deutschen (53 Prozent versus 40 Prozent der Befragten) gegenüber Israel laut einer ZDF-Umfrage

08/2008
Neunte Begegnungsreise im deutsch-jüdisch-arabischen Projekt der DIG-AG Bonn

02.11.2008
Appell zur „Schaffung der Stelle eines Bundesbeauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus" im Zehn-Punkte-Forderungskatalog der Potsdamer Erklärung der DIG-Hauptversammlung „Wehret den Anfängen – gegen Antisemitismus!"

11.01.2009
Israel-Solidarität während des Gaza-Krieges 2008/09, der nach einer erneuten Eskalation des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen ausgebrochen war: Autokorso der DIG Frankfurt und Honestly Concerned

27.01.2010
Rede von Israels Präsident Shimon Peres vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages

31.05.2010
Verleihung des DIG-Friedenspreises an eine jüdische und eine arabische Schule in Israel, die Partnerschaften mit Schulen im Bonner Raum pflegen

06/2010
Eklat um Entwicklungshilfeminister und DIG-Vizepräsident Dirk Niebels Einreiseverweigerung in den Gazastreifen

01.07.2010
Einstimmige Bundestagsresolution für eine Aufhebung der als ‚kontraproduktiv' bewerteten Blockade des Gazastreifens durch Israel – auch mit den Stimmen der dem DIG-Präsidium angehörenden Bundestagsabgeordneten

10.10.2010
Ablösung des DIG-Präsidenten Dr. h. c. Johannes Gerster (CDU) durch den SPD-Politiker Reinhold Robbe (2010–2015)

Neuanfang der DIG-Jugendarbeit („Junges Forum") durch Initiative von Lukas Welz (2010–2015) im Rahmen eines Konzeptionsseminars in Weimar

01/2011
Ablösung von Ex-Botschafter Avi Primor als IDG-Präsident durch Grisha Alroi-Arloser, Leiter der Israelisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer

07/2011
Charakterisierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel als „beliebteste EU-Politikerin in Israel" nach Umfrage der Ben-Gurion-Universität Beer Sheva

gangen; auch war die Finanzierung des Vorhabens ungewiss. Einen neuen und letzten Anlauf – mit leicht erweiterten Vergabekriterien – startete die DIG 2010: Die Preisverleihung an eine jüdische und eine arabische Schule in Nordisrael, die seit den 1990er-Jahren eng kooperierten und eine Partnerschaft mit Schulen im Bonner Raum pflegten, ließ sich in Vizepräsident und Entwicklungsminister Dirk Niebels Amtssitz im ehemaligen Bundeskanzleramt ebenso kostengünstig wie feierlich realisieren.

Auf der Hauptversammlung im Oktober 2010 wählten die Delegierten den SPD-Politiker und ehemaligen Wehrbeauftragten Reinhold Robbe[3] (2010–2015) zum Nachfolger von Johannes Gerster, der sich nicht wieder zur Wahl gestellt hatte.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte berief die DIG im April 2012 eine außerordentliche Hauptversammlung ein: Die Mitglieder billigten die Vorschläge der 2010 gebildeten Satzungskommission zur „Verschlankung" des Präsidiums auf maximal 14 Mitglieder bei gleichzeitiger Abschaffung des Geschäftsführenden Präsidiums.

Betroffenheit und Trauer löste 2012 der plötzliche Tod der langjährigen Bonner und Berliner JuFo- und DIG-Aktivistin Meggie Jahn[4] aus. „Israel war ihr Leben, ihre Liebe, ihre Leidenschaft." So beschrieb der Berliner AG-Vorsitzende Jochen Feilcke seine Stellvertreterin. Einmütig unterstützte das Präsidium die Idee für eine Spendenaktion zugunsten eines Meggie-Jahn-Waldes im Carmel-Gebirge im Norden Israels.

Als 2012 eine antisemitisch gefärbte Beschneidungsdebatte den öffentlichen Diskurs überschattete, stellte sich die DIG demonstrativ an die Seite der jüdischen Gemeinschaft: In einem Antrag auf der Hauptversammlung im Oktober 2012 drückten die Delegierten ihr Entsetzen aus und forderten „Respekt" für jüdische Identität und Religionspraxis. Des Weiteren verurteilte die Hauptversammlung antiisraelische Boykott-Aktivitäten wie die BDS-Kampagne[5] sowie Israel delegitimierende Verunglimpfungen als „Apartheidstaat" und forderte die Bundesregierung



Foto: israeltourism

DIG-Engagement für die Rettung von Bauhaus-Objekten in Tel Aviv

auf, sich für eine Nennung der schiitisch-libanesischen Hisbollah auf der Terrorliste der Europäischen Union einzusetzen.

Die 2013 in Anspruch genommene Organisationsanalyse und -beratung einer externen Agentur brachte mehr Klarheit über das Stärken-Schwächen-Profil der DIG. Doch wie der neuformulierte Anspruch, die DIG wolle „Kompetenzzentrum" und „Meinungsführer" für die deutsch-israelischen Beziehungen sein, in konkretes Handeln zu übersetzen sei, blieb umstritten, auch wenn die Bundesgeschäftsstelle 2013 nach fast 15 Jahren aus Berlin-Zehlendorf in die Stadtmitte verlegt wurde. Dennoch gab es aufgrund sichtbarer Mitwirkung der DIG auf den Evangelischen Kirchentagen in Hamburg 2013 und Stuttgart 2015 praktische Lichtblicke. Unterstützerinnen und Unterstützer aus den



Foto: DIG-Magazin, Nr. 1/2014, S. 4, Stefanie Horn

DIG-Präsident Reinhold Robbe im Gespräch mit Israels Präsident Shimon Peres, 2014



Foto: DIG-Magazin, Nr. 2/2014, S. 6, Burghardt Mannhoefer

2014: israelsolidarische Kundgebung in Frankfurt am Main nach Raketenangriffen der Hamas

AGs – allen voran die langjährige Baden-Badener AG-Vorsitzende und Präsidiumsangehörige Barbara Hoffs[6] – sowie aus der Geschäftsstelle standen im Dialog mit Tausenden von Besucherinnen und Besuchern und stellten so jeweils tagelang ihre Israel-Kompetenzen unter Beweis. Weitere öffentliche Auftritte (Infostände) auf Parteitagen und Buchmessen schlossen sich an – so etwa auf der Leipziger Buchmesse im März 2015.

Tödliche Entführungen und Anschläge palästinensischer Terroristen sowie Raketenangriffe der Hamas auf Israel, die 2014 erneut kriegerische Auseinandersetzungen auslösten, befeuerten erneut antisemitische Reaktionen in Medien und öffentlichen Räumen, zumal Israel den „Krieg der Bilder" wieder einmal verloren hatte. Auch die DIG, Initiatorin bzw. Kooperationspartnerin israelsolidarischer Veranstaltungen und Kundgebungen in Frankfurt, Saarbrücken, Hannover, Osnabrück, Kassel, Nürnberg, Leipzig, Freiburg, Düsseldorf und anderswo, blieb vom zunehmend vereisten gesellschaftlichen Klima nicht verschont. Großes Aufsehen erregte die Meldung, dass Präsident Robbe ab Juli 2015 von einem im Auftrag des Iran agierenden Agenten monatelang ausspioniert worden war – unter anderem hatte sich der Täter für Robbes Bewegungsprofil zwischen Privatwohnung und DIG-Geschäftsstelle interessiert. Die Spionagetätigkeit des 2017 rechtskräftig verurteilten Pakistanis zielte nach Angaben des Gerichts darauf, potenzielle Anschlagsziele mit Israel-Bezug auszuforschen.



Foto: Picture Alliance / Franka Bruns

Ehud Olmert mit Angela Merkel in Berlin, 2006

Auf Vorschlag von Präsident Robbe führte die DIG als Teil einer „pro-aktiven Öffentlichkeitsarbeit" die Ernst-Cramer-Medaille ein:[7] Mit ihr wurden fortan im mehrjährigen Rhythmus Persönlichkeiten geehrt, die sich um die Förderung der deutsch-israelischen Beziehungen besonders verdient gemacht hatten. 2013 beschloss ein eigens eingesetztes Kuratorium, die erste Medaille an Israels Staatspräsident Shimon Peres zu verleihen; die Verleihungsfeier fand 2014 an Peres' Amtssitz in Jerusalem statt und brachte der DIG beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit.

04/2012
Beschluss einer außerordentlichen DIG-Hauptversammlung zur „Verschlankung" des Präsidiums auf maximal 14 Mitglieder bei gleichzeitiger Abschaffung des Geschäftsführenden Präsidiums

05/2012
Positives Echo auf Bundespräsident Joachim Gaucks Staatsbesuch in der israelischen Öffentlichkeit trotz Kritik an israelischer Siedlungspolitik und vorsichtiger Distanzierung vom Bekenntnis zur Sicherheit Israels als Teil der deutschen „Staatsräson"

06/2012
Neubegründung der Tel Aviver Asher-Ben-Natan-Konferenz als regelmäßige Austausch- und Diskussionsplattform von IDG und DIG anlässlich des 91. Geburtstages des Namensgebers, Ex-Botschafter Asher Ben-Natan

Relaunch der DIG-Webseite, bei der die AGs im Kontext der Hauptseite eigene Internetseiten betreuen

Freigabe des bis heute gültigen Logos der DIG

12.07.2012
Trauer um die viel zu früh verstorbene Bonner und Berliner JuFo- und DIG-Aktivistin Meggie Jahn

09/2012
Initiative von DIG-Präsident Reinhold Robbe zur Rettung historischer Bauhaus-Objekte in Tel Aviv im Rahmen des deutsch-israelischen Kooperationsprojekts „White City"

10/2012
Solidaritätserklärung der DIG-Hauptversammlung mit der jüdischen Gemeinschaft angesichts einer antisemitisch gefärbten Beschneidungsdebatte im öffentlichen Diskurs

Resolution der Hauptversammlung gegen den Boykott Israels, namentlich der BDS-Kampagne, und gegen die Diffamierung Israels als „Apartheidstaat"

10/2012
Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages zur Erhöhung der jährlichen institutionellen Zuwendung für die DIG als „Fehlbedarfsfinanzierung“

03/2013
Auszeichnung des von der Agentur „Schmitt. Kommunikation“ kreierten DIG-Logos und Corporate Designs mit dem renommierten iF Communication Design Award

04/2013
Proklamation der Rettung historischer Bauhaus-Objekte in Tel Aviv („White City“) als Leuchtturmprojekt der DIG

05/2013
Vielbeachtete DIG-Präsenz auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg

07/2013
Umzug der Bundesgeschäftsstelle von Berlin-Zehlendorf in die Berliner Mitte (Friedrichstraße)

11/2013
Berufung von Lukas Welz (2010/13–2015) zum Vorsitzenden des Jungen Forums der DIG durch Briefwahl nach Neuaufsetzung rechtskräftiger Strukturen

19.02.2014
Erstmalige Verleihung der Ernst-Cramer-Medaille durch die DIG an Israels Staatspräsident Shimon Peres im Jerusalemer Amtssitz

07–08/2014
Antisemitisch gefärbte Proteste gegen Israel, aber auch von der DIG sowie dem JuFo angestoßene bzw. unterstützte israelsolidarische Veranstaltungen und Kundgebungen während des Raketen- und Tunnelkrieges zwischen der Hamas und Israel

11/2014
Aufwertung des Jungen Forums durch Satzungsänderung der DIG, der zufolge künftig alle Mitglieder bis zum 35. Lebensjahr zugleich Mitglieder des Jungen Forums sind

10.05.2015
Gründung der „European Alliance for Israel“ in Berlin

Ebenfalls auf Initiative von Präsident Robbe wurde 2012 die deutsch-israelische Kooperation „White City“ ins Leben gerufen, die 2013 zu einem Leuchtturmprojekt der DIG avancierte. Ziel war die Rettung und Sanierung von bis zu 4.000 Bauhaus-Objekten in Tel Aviv. Auf diese Weise konnten mit deutscher Förderung 900 akut vom Verfall bedrohte bauhistorische Kulturdenkmäler restauriert werden.

Für das Jubiläumsjahr 2015 „50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen“ stellte der Deutsche Bundestag über das Auswärtige Amt der DIG eine „Sonderzuwendung“ in Höhe von 2,175 Mio. Euro zur Verfügung, um „Beiträge zur Vertiefung und Verstetigung der deutsch-israelischen Beziehungen und […] das Jubiläumsjahr 2015 mit bemerkenswerten Projekten aufzuwerten“.



Foto: Picture Alliance / Sebastian Scheiner

2008: Angela Merkels Rede zur deutschen Staatsräson in der Knesset

Zu einem prestigeträchtigen Vorzeigeprojekt entwickelte sich die Wanderaus-

Verhärtungen in Nahost – schiefe Reaktionen in Deutschland

2005 löste Israel alle jüdischen Siedlungen im Gazastreifen sowie vier weitere Ortschaften im Norden des Westjordanlands auf. Doch ein neuer Friedensprozess kam nicht zustande. Bei Parlamentswahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten siegte 2006 die islamistische Hamas; sie schaltete die Fatah im Gazastreifen gewaltsam aus und übernahm dort 2007 die Macht. Fortan beschoss die Terrororganisation Israel regelmäßig mit Raketen, was immer wieder in militärische Auseinandersetzungen mündete. Bemühungen, den Friedensprozess wieder in Gang zu setzen, scheiterten regelmäßig.
Im Frühjahr 2010 organisierte ein Bündnis aus linksradikalen internationalen und türkisch-islamistischen Aktivistinnen und Aktivisten eine aus sechs Schiffen bestehende Flotte, um die Menschen im Gazastreifen mit „Hilfsgütern“ zu beliefern. Die selbsternannten „Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten“, darunter auch prominente Mitglieder der Linkspartei, wollten die Seeblockade brechen, die Israel nach der Machtübernahme der Hamas eingerichtet hatte – auch in der Absicht, Israel durch die symbolische Protestaktion öffentlichkeitswirksam ins Unrecht zu setzen. Erwartungsgemäß enterte die israelische Marine die sechs Schiffe. Doch bei Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Aktivisten und israelischen Soldaten auf dem Schiff Mavi Marmara wurden neun Aktivisten getötet und sieben israelische Soldaten verletzt.
Zeitweise war mehr als die Hälfte aller Deutschen der Auffassung, Israel behandle die Palästinenserinnen und Palästinenser ähnlich grausam wie die Nazis die europäischen Jüdinnen und Juden. Die Hintergründe des ungleichen Krieges zwischen der terroristischen Hamas und Israel – etwa die inmitten ziviler Einrichtungen lancierten Raketenangriffe auf israelische Bevölkerungszentren, die die israelischen Militärs zu „unverhältnismäßig“ anmutenden Gegenschlägen veranlassten – wurden hierzulande vielfach mit Unverständnis aufgenommen. Wann immer die israelische Armee gegen die Infrastruktur palästinensischer Raketenangriffe vorging, vermittelten Schlagzeilen und Kommentare Bilder eines angeblich „biblischen Krieges“: „Auge um Auge“, „Vergeltungsschläge“ und „alttestamentarische Racheaktionen“ – reflexhaft tauchten die alten Klischees des christlichen Antijudaismus wieder auf. Während große Teile der gesellschaftlichen Mitte auf Distanz zu Israel gingen, protestierten islamistische sowie rechts- und linksgerichtete Demonstrantinnen und Demonstranten gegen den vermeintlichen „Aggressor“-Staat Israel und verbreiteten unter anderem antisemitische Parolen.



Foto: Picture Alliance / dpa / Wolfgang Kumm

2010: Staatspräsident Shimon Peres beim Holocaust-Gedenktag im Bundestag

stellung „Israelis & Deutsche“, die 2015/16 an insgesamt 12 Standorten in Deutschland und Israel präsentiert wurde. Innerhalb der DIG war das Vorhaben allerdings umstritten: Die Ausstellung mit Begleitmagazin kostete mehr als eine Million Euro, und die AGs sollten für die örtlichen Präsentationen einen fünfstelligen Betrag an Eigenmitteln aufbringen.

Medienpräsenz und Digitalisierung – eine ständige Herausforderung

Das DIG-Magazin war die zentrale Kommunikationsplattform der DIG. Über seine Gestaltung wurde gelegentlich diskutiert: So mahnte die Hauptversammlung im November 2008 eine ausgewogenere Bildauswahl an – über den Festakt in der Frankfurter Paulskirche waren auf acht Heftseiten sechs Aufnahmen mit dem Präsidenten erschienen.

2009 wurde das DIG-Magazin mit der Juni-Nr. 2 erstmals mit Unterstützung eines DIG-internen Redaktionsteams[8] erstellt, das sich insbesondere um die Entwicklung innovativer Themen-Schwerpunktausgaben kümmerte. Auf der Hauptversammlung im Oktober 2012 beschlossen die Delegierten, dass für das DIG-Magazin künftig nicht mehr die Geschäftsführerin, sondern der Präsident verantwortlich zeichnen müsse.

Die Bewirtschaftung der institutionellen Fördergelder erhöhte ab 2013 die administrativen Anforderungen so stark, dass die Bundesgeschäftsstelle das DIG-Magazin nur noch unregelmäßig herausbringen konnte.

2009 nahm das Präsidium einen Relaunch der DIG-Webseite in den Blick. Seither haben alle Arbeitsgemeinschaften im Verbund der DIG-Hauptseite eigene Internetseiten.

Auf der Suche nach Bündnispartnern

Nachdem die IDG jahrelang organisatorisch nur wenig handlungsfähig gewesen war, kam es im Herbst 2008 zu einer Neubegegnung zwischen den Präsidien von



Foto: Picture Alliance/ dpa / Boris Roessler

2008: Festakt 60 Jahre Israel in der Paulskirche

11.05.2015
Gründung des Deutsch-Israelischen Freiwilligendienstes, mit dessen Hilfe sich jedes Jahr Hunderte junger Menschen aus beiden Ländern in gemeinnützigen Einrichtungen im jeweils anderen Land engagieren und als „Botschafterinnen und Botschafter“ ihrer Heimatgesellschaften fungieren

07/2015
Iranischer Staatsterrorismus: Beginn einschlägiger Spionage-Aktivitäten gegen DIG-Präsident Reinhold Robbe zwecks Anschlagsvorbereitung

08/2015
Überschreiten der 5.000er-Schwelle bei der bundesweiten Mitgliederzahl der DIG

15.10.2015
Feierliche Eröffnung der DIG-Wanderausstellung „Israelis & Deutsche“ im Foyer des Deutschen Bundestages in Berlin – mit anschließenden Präsentationen an acht weiteren Standorten in Deutschland bis Ende 2016

29.10.2015
Eröffnung der hebräischsprachigen Fassung der DIG-Wanderausstellung „Israelis & Deutsche“ im traditionsreichen ehemaligen Bahnhof HaTachana in Tel Aviv – mit Präsentationen an drei weiteren Standorten in Israel bis Ende 2015

15.11.2015
Rücktritt des DIG-Präsidiums auf außerordentlicher Hauptversammlung und Neuwahl eines Präsidiums

Neuanfang der Bundes-DIG mit dem FDP-Politiker und ehemaligen Wehrbeauftragten des Bundestages Hellmut Königshaus als neuem Präsidenten (2015–2019)

Tendenzbeschluss der Hauptversammlung zur organisatorischen „Wahlfreiheit“ der AGs und Bildung einer „Zukunftskommission“ zur Vorbereitung der Neuaufstellung der DIG

Ablösung von Lukas Welz als JuFo-Vorsitzender durch den Frankfurter Judaistik-Studenten Tibor Luckenbach (2015–2018)

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.
60 JAHRE | 1966 – 2026



Foto: Picture Alliance / Westend61 / Petra Stockhausen

Bauhaus-Architektur in der „Weißen Stadt": das ACUM-Haus am Rothschild-Boulevard, Tel Aviv

DIG und IDG in Israel. Neuen Schwung hatte im Februar 2008 die Wahl von Ex-Botschafter Avi Primor (2008–2011) zum neuen IDG-Präsidenten verheißen. Doch erst 2011, mit der Wahl von Grisha Alroi-Arloser[9] zum neuen IDG-Präsidenten, ließ sich die bilaterale Kommunikation nachhaltig erneuern – nicht zuletzt im Rahmen intensiver Begegnungen in den Jahren 2011, 2013 und 2015 auf den von der IDG organisierten Asher-Ben-Natan-Konferenzen in Tel Aviv.

Kontakte zu den deutschsprachigen Partnerorganisationen in Österreich und der Schweiz wurden in den kommenden Jahren im Rahmen kleiner Dreiländerkonferenzen u. a. in Zürich, Wien und Berlin fortgeführt. Dabei wurden Resolutionen zu einer verstärkten Zusammenarbeit gegen Antisemitismus und Antizionismus sowie für eine Wiederaufnahme israelisch-palästinensischer Direktverhandlungen für eine Zweistaatenlösung verabschiedet.

Im Dezember 2013 nahm die DIG an der ersten Konferenz europäischer Freundschaftsgesellschaften in Wien teil. Teilnehmende aus 18 Ländern sprachen sich im Herbst 2014 in Brüssel für die Gründung einer „European Alliance for Israel" aus, die im Mai 2015 in Berlin offiziell vollzogen wurde.

Die begrenzte Kooperation der DIG mit dem „Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten" (DIAK) sollte sich als nicht belastbar erweisen. 2007 gestand der ehemalige DIG-Vizepräsident und DIAK-Gründer Rolf Rendtorff: „Ich bin nach wie vor Ehrenvorsitzender des DIAK, aber ich kann die dort vertretenen Positionen oft nicht nachvollziehen."

Selbstverständlich gesetzt war die Zusammenarbeit mit der israelischen Botschaft; ebenso gehörten Begegnungen und Kooperationen mit den „Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit" (GCJZ) und den jüdischen Gemeinden auf regionaler wie auf Führungsebene seit Jahrzehnten zur gelebten Praxis.

Dass Kooperationen mit rechtsradikalen und islamfeindlichen Kräften für die DIG nicht in Frage kommen, war und ist für israelsolidarische Verantwortungsträgerinnen und -träger unstrittig. Die Stuttgarter DIG-AG erklärte im Sommer 2011 aus aktuellem Anlass: „Niemand in der DIG sollte sich von den Rechtspopulisten täuschen lassen, die sich als seriöse Freunde Israels und der Demokratie ausgeben und sich gerne mit irreführenden Namen schmücken. Wer Israel für seinen Hass auf Muslime und seinen Kampf gegen ‚den' Islam einspannen will, schadet dem jüdischen Staat enorm."

Neubeginn als Junges Forum

Im Juni 2007 wechselte der JuFo-Vorsitz nach einer Kampfabstimmung, deren Legitimität umstritten blieb. 2009 verschärfte sich die Vertrauenskrise, als Mängel in Haushaltsführung und Berichtswesen bekannt wurden; das DIG-Präsidium entzog dem Jugendforum daraufhin die finanziellen Mittelzuweisungen. Im März 2009 trat der JuFo-Vorstand fast geschlossen zurück. Faktisch war das Jugendforum am Ende; einstweilen existierten nur noch in Berlin und Stuttgart halbwegs intakte Jugendgruppen.

2010 startete die DIG einen neuen Anlauf, den maßgeblich das Präsidiumsmitglied Lukas Welz[10] (2010–2015) vorantrieb: Auf einem Konzeptionsseminar in Weimar entstand im Herbst 2010 das Konzept für den Neubeginn als „Junges Forum".

Ab 2012 wurde die neue Vielfalt sichtbar: durch aktive Teilhabe in den Sozialen Medien, die Gründung von DIG-Hochschulgruppen und Formate wie die Zukunftswerkstatt „Grüne Agenden Israels und Deutschlands" (2014), die junge Menschen



Foto: Picture Alliance / Ronen Zvulun

2012: Bundespräsident Joachim Gauck mit Israels Staatspräsident Shimon Peres in Israel



Foto: Picture Alliance / BeckerBredel / ck

Dr. h. c. Johannes Gerster bei einer Kundgebung für Israel

über den klassischen DIG-Radius hinaus ansprachen. Das Junge Forum stabilisierte sich an einem Dutzend Standorten[11] oder gründete sich neu. Auf der DIG-Hauptversammlung im November 2014 erfuhr es im Zuge einer Satzungsänderung eine beachtliche Aufwertung: Künftig waren alle Mitglieder der DIG bis 35 automatisch zugleich Mitglieder des Jungen Forums.[12] Im November 2015 wurde Lukas Welz vom Frankfurter Judaistik-Studenten Tibor Luckenbach[13] (2015–2018) als JuFo-Vorsitzender abgelöst.

Pluralität oder Uniformität? Die DIG im Richtungsstreit

Die in Bezug auf Israel anhaltend obsessive Stimmungslage, aber auch der Siegeszug der Sozialen Medien führten nicht nur in der Gesamtgesellschaft, sondern auch in der DIG zu harten ideologischen Auseinandersetzungen. Wollten die einen – insbesondere auf lokaler Ebene – mehr „klare Kante pro Israel", verwahrten sich die anderen – insbesondere auf Präsidiums- und Parlamentsebene – gegen den Versuch, die DIG „bei aller Eindeutigkeit für Israel" zu einem „Sprachrohr der israelischen Botschaft" umzufunktionieren. Ließ sich ein Minimalkonsens auf der Basis der bewährten DIG-Leitlinien längerfristig aufrechterhalten?

Als ein AG-Vorsitzender wegen eines Treffens mit palästinensischen Christen in Beit Jala intern kritisiert wurde, stellte Präsident Johannes Gerster, darin seinen Vorgängern nicht unähnlich, auf einem Delegiertentreffen im November 2008 klar: „Wir leben gut in der Vielfalt. Wir sind Freunde Israels, aber auch Freunde einer Friedensregelung, die Israel auf Dauer sichert. Wir sind nicht der verlängerte Arm der israelischen Regierung und der Botschaft."

Im August 2009 geriet die DIG auch von außen in die Kritik, nachdem sich Präsident Johannes Gerster in einem Radio-Interview kritisch über Ministerpräsident Benjamin Netanjahus Konzept eines „entmilitarisierten" Palästinenserstaates geäußert hatte: „Wenn das heißt, dass Israel weiterhin eine Art Besatzungsmacht ist, kann man das Konzept vergessen." Zugleich warb er für eine internationale Friedenstruppe mit robustem Mandat und einen Stopp des Siedlungsausbaus. In israelsolidarischen Online-Medien wurde der DIG daraufhin vorgeworfen, sie stelle sich nicht mehr an die Seite Israels.

Als DIG-Vizepräsident Dirk Niebel als Bundesentwicklungsminister im Juni 2010 in den Gazastreifen einreisen wollte, verweigerte ihm die israelische Regierung die Einreise: Sie war nicht bereit, die Abriegelung des Gazastreifens für den prominenten Israelfreund aufzuheben. Sichtlich verärgert erklärte Niebel: „Es ist für Israel fünf Minuten vor Zwölf." Die öffentliche Äußerung stellte die DIG vor die Frage, in welcher Form Freundinnen und Freunde israelische Politik kritisieren dürfen.

Am 9. Juli 2010 verzichtete Gerster auf eine weitere Amtszeit und brachte den Wehrbeauftragten des Bundestages und DIG-Vizepräsidenten Reinhold Robbe (SPD) als Nachfolger ins Spiel. Zugleich lagen der Hauptversammlung Anträge mehrerer Arbeitsgemeinschaften vor, die Struktur der DIG grundlegend zu ändern. Die Anträge fanden keine Mehrheit. Stattdessen setzte der scheidende Präsident auf der Delegiertenhauptversammlung am 10. Oktober 2010 in Erfurt eine Satzungskommission durch, die die Anträge sachbezogen prüfen sollte.

Im Juni 2013 forderten drei Arbeitsgemeinschaften den Ausschluss der Grünen-Politikerin und ehemaligen DIG-Vizepräsidentin Marieluise Beck aus der DIG, da diese eine Anfrage der Grünen an die Bundesregierung zur Kennzeichnung von Importprodukten aus israelischen Siedlungen im Westjordanland unterstützt hatte. Doch der Vorstoß erhielt im Präsidium keine Mehrheit: Bei aller Kritik an den fatalen Signalen, die ein solcher exklusiv an Israel gerichteter Vorstoß auslösen könne – bei stillschweigender Toleranz gegenüber anderen Besatzungsmächten wie der Türkei (Nordzypern), Marokko (Westsahara) und China (Tibet) –, stehe die Grünen-Anfrage in keiner Boykott-Tradition, sondern spiegele europäisches Recht wider, dem zufolge Siedlungsprodukte keine EU-Zollprivilegien genießen dürften. Eine solche Debatte, die in Deutschland ebenso wie in Israel mit unterschiedlichen Argumenten ausgefochten werde, sei auch innerhalb der pluralen DIG legitim. Beck stand damit nicht zum ersten Mal in der Kritik. Schon 2008 hatte sie in der Jubiläumsausgabe des DIG-Magazins „Zweifel an der Klugheit und Gerechtigkeit der Besatzungspolitik" geäußert und heftige Reaktionen ausgelöst. Sie wehrte sich energisch – insbesondere der unterschwellige „Antisemitismusvorwurf" setzte ihr schwer zu. Präsident Gerster, der für „Pluralität" eintrat, konnte die Kritik nur mit Mühe eindämmen.
2014/15 verbanden sich die inhaltlichen Kontroversen mit den Anforderungen des staatlichen Zuwendungsrechts zu einer Belastung, die sich erst zum Ende der Dekade auflösen ließ.

Finanzkrise und eine glückliche Wende?

Liquiditätsprobleme prägten die Geschichte der DIG von Anbeginn an. Mitgliedsbeiträge, Spenden und projektbezogene Förderungen durch staatliche Stellen[14] reichten kaum aus, um dauerhaft handlungsfähig zu bleiben; angesichts stagnierender Mitgliederzahlen blieb einstweilen nur ein strenger Sparkurs.

Erst Präsident Reinhold Robbe erwirkte 2012 erstmalig eine jährliche institutionelle Förderung der DIG durch das Auswärtige Amt. Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss im Oktober 2012, die institutionelle Zuwendung als „Fehlbedarfsfinanzierung"[15] ab 2013 auf 328.000 Euro zu erhöhen.[16] Die institutionelle Unterstützung sicherte die Finanzierung der DIG einschließlich ihres Mitgliedermagazins dauerhaft; den

Arbeitsgemeinschaften stand fortan ein Sonderfonds von zunächst 50.000 Euro pro Jahr für regionale Veranstaltungen und Publikationen zur Verfügung.

Doch die Förderung hatte einen Preis: Die Auflagen der Bundeshaushaltsordnung übertrafen die Regeln des Gemeinnützigkeitsrechts an Rigorosität. Ehrenamtliche Schatzmeisterinnen und Schatzmeister fühlten sich überfordert und mitgliederstarke Arbeitsgemeinschaften fürchteten mit der zentralisierten Buchhaltung um ihre operative Autonomie – zumal Rücklagen nach den zuwendungsrechtlichen Vorgaben als „zuwendungsschädlich" galten und abgebaut werden mussten.

2015: Neuaufstellung nach der Krise

Die Krise um die Folgen der institutionellen Zuwendungen verschärfte sich zusehends: Die langjährige Geschäftsführerin Hildegard Radhauer kündigte zum 30. Juni 2015; das DIG-Magazin erschien in diesem Jahr kein einziges Mal. Im September kündigte Präsident Robbe seinen Rückzug aus allen Ämtern der DIG an.[17]

Auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 15. November 2015 trat das Präsidium einschließlich seines Präsidenten geschlossen zurück, um der DIG einen Neuanfang zu ermöglichen. Zum Präsidenten wählten die Delegierten den FDP-Politiker und ehemaligen Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus[18] (2015–2019). Im Interesse der Kontinuität stellten sich einige der zurückgetretenen Präsidiumsmitglieder mit Erfolg einer Wiederwahl, darunter die Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann (CDU) und Christian Lange (SPD). Zum Nachfolger von Stephan Kramer als Schatzmeister wurde der Bremer AG-Vorsitzende und Grünen-Politiker Dr. Hermann Kuhn[19] (2015–2024, erneut seit 2026) gewählt.

Inhaltlich stand das Ringen um eine neue Satzung im Mittelpunkt. Die Neuaufstellung war unumgänglich geworden, seitdem die DIG institutionell gefördert wurde und sich nicht mehr allein durch Beiträge und Spenden finanzierte. So fassten die Delegierten einen wegweisenden „Tendenzbeschluss": Die 50 Arbeitsgemeinschaften sollten künftig selbst entscheiden, ob sie als rechtlich unselbstständige AGs der Bundes-DIG unterstehen oder sich als selbstständige Vereine mit finanzieller Autonomie unter dem Dach der Bundes-DIG neu gründen. Die Einzelheiten überantworteten sie einer „Zukunftskommission", die sie in Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber rechtssicher ausarbeiten sollte.

---

[1] Zu Johannes Gerster vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 64.

[2] Vgl. Manfred Lahnstein: Wir müssen anpacken! 40 Jahre DIG: ein notwendiger Appell. In: DIG-Magazin, Nr. 1, März 2006, S. 3; Bernhard Krane und Jochen Feilcke: Mehr Mitglieder = mehr Meinungen, mehr Ideen, mehr Aktive, mehr Beiträge. In: Ebd., S. 10 f.

[3] Reinhold Robbe, 1954 im ostfriesischen Bunde geboren und in einer evangelisch-reformierten Arbeiterfamilie aufgewachsen, trat 1970 der SPD bei. 1994 bis 2005 gehörte er dem Bundestag an und war 2005 bis 2010 dessen Wehrbeauftragter. Von 2000 bis 2010 war er Vizepräsident und von 2010 bis 2015 Präsident der DIG.

[4] Zu Meggie Jahn vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 68.

[5] Seit 2005 bedrängt die weltweit agierende Bewegung „Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen" (BDS) Firmen, Institutionen und Regierungen, alle politisch-ökonomischen, kulturellen und akademischen Beziehungen mit Israelis und mit Israel zu beenden. Es geht der BDS-Bewegung nicht um einen historischen Kompromiss zwischen Israel und den Palästinensern, sondern um die zielgerichtete Isolation und Erosion Israels als jüdischer und demokratischer Staat.

[6] Zu Barbara Hoffs vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 67.

[7] Ernst Cramer (1913–2010) war ein deutsch-jüdischer Journalist. 1939 in die USA geflüchtet, kehrte er 1945 als US-Soldat nach Deutschland zurück. Im Kontext leitender Positionen im Axel-Springer-Verlag war Cramer zeitlebens als Brückenbauer zwischen Deutschland, USA und Israel unterwegs.

[8] Dem von Vizepräsident Reinhold Robbe geleiteten Redaktionsteam gehörten der Grafiker und Layouter Dieter Ernst, die Präsidiumsmitglieder Claudia Korenke, Knut Teske sowie Geschäftsführerin Hildegard Radhauer an.

[9] Zu Grisha Alroi-Arloser vgl. seinen „Blick auf Deutschland" in dieser Publikation, S. 74/75.

[10] Zu Lukas Welz vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 73.

[11] Aktive Gruppen fanden sich wieder zusammen in Bamberg, Berlin, Bremen, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Hannover, Nürnberg-Mittelfranken, Stuttgart, Potsdam und Rostock.

[12] Schon vor der Satzungsänderung zählte das JuFo bundesweit wieder 444 Mitglieder (Stand: August 2014).

[13] Zu Tibor Luckenbach vgl. sein Zukunftsstatement in dieser Publikation, S. 78.

[14] In ihren vielfältigen Aktivitäten wurde die DIG in dieser Dekade von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesjugendministerium (via ConAct) sowie von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" finanziell unterstützt.

[15] Die Inanspruchnahme der Zuwendung stand unter dem Vorbehalt, zunächst die eigenen Mittel (Mitgliedsbeiträge und Spenden) aufzubrauchen. Die institutionelle Förderung war und ist ausschließlich dazu gedacht, den Fehlbetrag aus der Differenz zwischen notwendigen Ausgaben und vorhandenen Einnahmen auszugleichen.

[16] Robbe hatte sich als Präsidiumsmitglied fast zehn Jahre lang für eine institutionelle Förderung eingesetzt; in der Amtszeit von FDP-Bundesaußenminister Guido Westerwelle (2009–2013) gelang der Durchbruch.

[17] So Reinhold Robbe in einem Schreiben vom 11. September 2015 an die AG-Vorsitzenden und Präsidiumsmitglieder.

[18] Hellmut Königshaus, 1950 in Ost-Berlin geboren und in der Bundesrepublik aufgewachsen, trat als Jurist 1985 der FDP bei. 2004 bis 2010 gehörte er dem Bundestag an und war von 2010 bis 2015 dessen Wehrbeauftragter. Von 2015 bis 2019 amtierte Königshaus als Präsident der DIG.

[19] Zu Hermann Kuhn vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 70.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

60 JAHRE | 1966 – 2026

Dekade 6

Neuanfänge in stürmischen Zeiten 2016–2025

Neuanfänge in stürmischen Zeiten 2016–2025

04–05/2016
DIG-Infostände auf den Parteitagen der FDP (23./24. April in Berlin) und – erstmals – der Linkspartei (28./29. Mai in Magdeburg)

12.05.2016
Festakt der DIG-AG Berlin und Potsdam zum 50. Gründungsjubiläum der DIG am historischen Ort, der Akademie der Künste

07.06.2016
Workshop und Podiumsdiskussion der DIG zum Israelbild in deutschen Schulbüchern – Auftakt für eine bundesweit angelegte Veranstaltungsreihe

18.09.2016
37. Ordentliche Hauptversammlung der DIG in Düsseldorf mit Verabschiedung einer neuen Satzung, der zufolge die regionalen Arbeitsgemeinschaften selbst über ihre rechtliche Form entscheiden dürfen

09/2016
Aufwind im Jungen Forum mit 623 Mitgliedern in 16 Regional- und/oder Hochschulgruppen

30.10.2016
Zentrale DIG-Festveranstaltung zu ihrem 50. Gründungsjubiläum in Wiesbaden auf Einladung des Landes Hessen – einhergehend mit der Verleihung der Ernst-Cramer-Medaille an Amnon Weinstein und sein Projekt „Geigen der Hoffnung"

12/2016
Umzug der Bundesgeschäftsstelle von der Friedrichstraße in die kostengünstigere Littenstraße

19.06.2017
Beschluss des DIG-Präsidiums zur Zurückweisung von Mitgliedschaftsbewerberinnen und -bewerbern, die BDS unterstützen, antisemitische Stereotype verwenden oder sich rechtsextrem betätigen

10/2017
Erstmalige DIG-Präsenz mit eigenem Stand auf der Frankfurter Buchmesse

Die sechste Dekade begann mit einer Neuaufstellung: Eine neue Satzung stellte den Arbeitsgemeinschaften 2016 frei, ob sie rechtlich selbstständig oder als unselbstständige AG der Bundes-DIG organisiert sein wollten.
Nach außen prägten Jubiläen und Bildungsarbeit das Bild: Zum 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels richtete die DIG 2018 in Berlin eine dreitägige Veranstaltung mit 7.000 Besucherinnen und Besuchern aus, das größte Fest ihrer Geschichte. Studierendenkonferenzen und Delegationsreisen erweiterten ihre Reichweite; die Corona-Pandemie verlagerte diese Arbeit ab 2020 weitgehend ins Digitale.
Politisch war die Dekade konfliktreich: Verschobene Regierungskonsultationen, die Abgrenzung gegen Gruppierungen am rechten Rand, der Streit um die „documenta 15" und die israelischen Proteste gegen die geplante Justizreform forderten die DIG immer wieder zu Stellungnahmen heraus.
Der 7. Oktober 2023 wurde zur Zäsur. Israel ist seither ein anderes Land. Die Welt gerät aus den Fugen und wird an vielen Orten für Israel und für Jüdinnen und Juden zum existenziellen Problem. Auch die DIG war nun eine andere: Während sich das öffentliche Klima gegen Israel wendete, traten ihr Tausende Menschen bei, und die Forderung „Bring Them Home Now!" bestimmte ihre Arbeit bis zur Rückkehr der letzten überlebenden Geiseln im Oktober 2025.
Im Jubiläumsjahr 2026 zählte die DIG erstmals mehr als 10.000 Mitglieder – doppelt so viele wie zu Beginn der Dekade.

2016: Neuaufstellung der DIG

Am 10. Mai trafen sich in Berlin auf Initiative von Christian Lange, SPD-MdB und Vizepräsident der DIG, zahlreiche Organisationen, um ein Instrumentarium gegen die israelfeindliche Bewegung „Boykott, Desinvestition und Sanktionen" (BDS) zu entwickeln. BDS wurde – neben der Befassung mit Israelbildern in Schulbüchern – zu einem politischen Hauptthema des Jahres.

Im Mai feierte die DIG ihr 50-jähriges Bestehen, unter anderem mit einem von der AG Berlin-Potsdam organisierten Festakt am historischen Ort, der Akademie der Künste. 5.000 Mitglieder waren in 50 Arbeitsgemeinschaften und im Jungen Forum organisiert.

Am 18. September verabschiedete die 37. Ordentliche Hauptversammlung in Düsseldorf nach langen Diskussionen die neue Satzung, die seit Januar von einer vom Präsidium berufenen „Zukunftskommission"



Foto: DIG-Magazin, Nr. 3/2016, S. 23

Premiere. Die DIG auf dem Magdeburger Parteitag der Linkspartei, Mai 2016, v. li. n. re.: Barbara Hoffs, Mitglied des Präsidiums und Vorsitzende AG Baden-Baden, DIG-Präsident Hellmut Königshaus, Linken-Politikerin Petra Pau, Vizepräsidentin des Bundestages und Eckard Hoffs, Mitglied des Vorstandes der DIG AG Baden-Baden



Foto: DIG-Magazin, Nr. 1/2017, S. 8, CHL PhotoDesign/Christian Lietzmann

Festakt am 30. Oktober 2016 in Wiesbaden zum 50-jährigen Bestehen der DIG, v. li. n. re.: Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Claire Jebsen, die Tochter Ernst Cramers, Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident, Avshalom Weinstein, Sohn des Preisträgers der Ernst-Cramer-Medaille, Hellmut Königshaus, DIG-Präsident, Maria Böhmer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Yakov Hadas-Handelsman, der israelische Botschafter in Berlin

erarbeitet worden war: Die Arbeitsgemeinschaften konnten fortan zwischen rechtlich unselbstständiger und selbstständiger Form wählen; Rechte und „Markenkern" blieben bei der Bundes-DIG. Vier Arbeitsgemeinschaften (Augsburg, Berlin, Bremen und Stuttgart) wählten den Status rechtlich selbstständiger Vereine. Alle anderen AGs verblieben in der administrativen Obhut der Bundes-DIG.

Am 30. Oktober wurde in Wiesbaden die Ernst-Cramer-Medaille verliehen. Der Festakt war zugleich die zentrale DIG-Jubiläumsveranstaltung. Als Gastgeber fungierte der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier, war doch das Bundesland Hessen eines der institutionellen Gründungsmitglieder der DIG gewesen. Die Medaille wurde an Amnon Weinstein und sein Projekt „Geigen der Hoffnung" verliehen. Weinstein sammelte und restaurierte Geigen, die von jüdischen Musikern während der Shoah zurückgelassen werden mussten. Sie erklingen nun wieder in den Konzertsälen der Welt.

Im Dezember zog die Bundesgeschäftsstelle der DIG um. Von den Räumlichkeiten am Checkpoint Charlie ging es in die Littenstraße 105, neben der historischen Berliner Stadtmauer im Bezirk Mitte gelegen.

2017: Konsolidierung trotz irritierendem Auftakt

Das Jahr begann mit Misstönen und Irritationen: Im Februar verschob die Bundesregierung die turnusgemäßen Regierungskonsultationen Deutschlands und Israels auf unbestimmte Zeit. Hintergrund waren unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Ausbaus jüdischer Siedlungen im Westjordanland. Unabhängig davon hielt Außenminister Sigmar Gabriel im April bei seinem Israelbesuch an Treffen mit den linksgerichteten, regierungskritischen Organisationen B'Tselem und „Breaking the Silence" fest, die sich wesentlich aus ausländischen Quellen finanzierten. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte daraufhin sein Treffen mit dem deutschen Minister ab. Nachgeholt wurden die Konsultationen im Oktober 2018 in Israel.

Gruppierungen am rechten Rand veranlassten die DIG im Juni zu einem Beschluss des Präsidiums: Anträge auf Mitgliedschaft unterlagen nunmehr einer zweiwöchigen Einspruchsfrist, Personen, die als BDS-Unterstützerinnen und -Unterstützer galten oder antisemitische Stereotype verwendeten, wurden nicht aufgenommen. Dies traf auch auf die zu diesem Zeitpunkt aktive NPD zu; bei der

11/2017
Jahreshauptversammlung am 11./12. November in Baden-Baden mit Schwerpunkten zur inneren Verfasstheit und Zukunftsfähigkeit der DIG

05/2018
Anlässlich des 70. Jahrestages der israelischen Staatsgründung unter anderem dreitägige Jubiläumsveranstaltung der DIG vom 25. bis 27. Mai in Berlin

05/2018
Israelpedia als Bildungsformat: viertägiges historisch-politisches Mammut-Seminar des Jungen Forums am Pfingstwochenende in München im Zeichen des 70. Jahrestages der israelischen Unabhängigkeit

06/2019
Ausrichtung der ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz durch das JuFo vom 14. bis 16. Juni an der Universität Frankfurt am Main – kulminierend in einer BDS-kritischen Resolution, der sich zahlreiche Hochschulgruppen anschließen

07–08/2019
Neubelebung des deutsch-israelischen ASF/JuFo-Sommerlagers – mit dem Schwerpunktthema „Musik"

09/2019
Ablösung von Tibor Luckenbach als JuFo-Vorsitzender durch Aras-Nathan Keul (2019–2022)

09/2019
Nach längerer Pause JuFo-Delegationsreise nach Israel vom 16. bis 26. September – inklusive Empfang durch den israelischen Präsidenten Reuven Rivlin

10/2019
DIG-Mitgliederanstieg auf ca. 6.000 Mitglieder in 53 regionalen AGs

JuFo-Wachstum auf 920 Mitglieder in 29 Regional- und Hochschulgruppen

10/2019
39. DIG-Hauptversammlung in Magdeburg, bei der sich der hessische CDU-Politiker Uwe Becker (2019–2022) gegen Michaela Engelmeier (SPD) als neuer Präsident durchsetzen kann

10/2019
„Magdeburger Erklärung" der DIG mit profilierten israelsolidarischen Orientierungsmarken: unter anderem für israelisch-palästinensische Friedensperspektiven, gegen das iranische Mullah-Regime und seine regionalen Proxys sowie gegen jede Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften wie der AfD

Verleihung der Ernst-Cramer-Medaille im Rahmen der DIG-Hauptversammlung an die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V.

01.04.2020
Berufung von Vizepräsidentin Michaela Engelmeier zur Generalsekretärin der DIG (2020–2022) durch das Präsidium

05/2020
Zahlreiche DIG-Aktivitäten rund um den 55. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen – coronabedingt vor allem in digitalen Formaten

12.05.2020
Deutsch-israelische Flaggenhissung vor deutschen Rathäusern und Kreisverwaltungen am 55. Jahrestag des Beginns diplomatischer Beziehungen zu Israel – eine Initiative von DIG-Präsident Uwe Becker

29.07.2020
Solidaritätserklärungen, darunter von der DIG, für den Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung Felix Klein und den israelischen Regierungsdirektor Arye Sharuz Shalicar nach Einschüchterungsversuchen durch „postkoloniale" Israelfeinde aus dem Kultursektor

15.09.2020
Unterzeichnung der Abraham-Abkommen: Normalisierung der Beziehungen Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain

2021
Vielfältige Mitwirkung der DIG an bundesweiten Feierlichkeiten „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland"

Herausgabe eines Sonderheftes zum 55. Gründungsjubiläum der DIG: Würdigung von Männern und Frauen der ersten Stunde

AfD hieß die Maxime damals noch: sorgfältige Prüfung. Der Beschluss artikulierte außerdem: „Wir lehnen jegliche Form von Islamfeindschaft ab."

Erstmals nahm die DIG im Oktober mit einem eigenen Stand an der Frankfurter Buchmesse teil – in den folgenden Jahren auch beim Bürgerfest des Bundespräsidenten sowie auf Partei- und Kirchentagen. Federführend leistete Barbara Hoffs[1] von der AG Baden-Baden diese Arbeit – gemeinsam mit ihrem Mann.

Im November 2017 fand in Baden-Baden die Jahreshauptversammlung der DIG statt: Die Delegierten befassten sich vor allem mit Fragen der inneren Verfasstheit und Zukunftsfähigkeit der DIG.

2018: Ein Fest, das drei Tage währt

Am 14. Mai beging Israel den 70. Jahrestag seiner Staatsgründung. Auch die DIG feierte das Jubiläum des immer noch jungen Staates – mit zahlreichen Israelfesten überall in Deutschland und einer dreitägigen Jubiläumsveranstaltung in Berlin unter Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble. Vom 25. bis 27. Mai erwartete die 7.000 Besucherinnen und Besucher in der „Station Berlin" auf drei Bühnen ein Programm mit Podiumsdiskussionen, Lesungen, Musik und Theater. Organisatorisch war das Festival eine Kraftanstrengung; federführend war unter anderem Maya Zehden aus Berlin.

Auch das viertägige Jahresseminar des Jungen Forums am Pfingstwochenende in München stand ganz im Zeichen des 70. Jubiläums der israelischen Unabhängigkeit. Neben den Ereignissen von 1948 wurden Gegenwart und Geschichte des jüdischen Staates aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet.

2019: Israelsolidarische Kontinuität

Vom 14. bis 16. Juni organisierte das JuFo an der Goethe-Universität Frankfurt am Main die erste Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz. Zum Abschluss erarbeiteten und beschlossen zahlreiche Hochschulgruppen eine gemeinsame Resolution, in der sie sich unter anderem gegen BDS aussprachen.

Bei JuFo-Vorstandswahlen im September löste Aras-Nathan Keul (2019–2022) Tibor Luckenbach (2015–2019) als Bundesvorsitzenden ab. Kurz darauf, vom 16. bis 26. September, fand nach längerer Pause wieder eine JuFo-Delegationsreise nach Israel



Foto: DIG-Magazin, Nr. 2/2018, S. 7, Jessica Brauner, Berlin

70 Jahre Israel im Mai 2018. Das Jubiläumsfestival der DIG setzt neue Maßstäbe, Gäste bei der Eröffnung v. li. n. re.: Yoram-Illy Ehrlich (DIG-Präsidiumsmitglied), Yehuda Teichtal (Rabbiner der Jüdischen Gemeinde zu Berlin), S. E. Jeremy Issacharoff (israelischer Botschafter), Michelle Müntefering (Staatssekretärin im Auswärtigen Amt), Hellmut Königshaus (DIG-Präsident), Claudia Roth (Bundestagsvizepräsidentin) und Jochen Feilcke (Vorsitzender der DIG Berlin-Brandenburg)

statt; die Gruppe wurde vom israelischen Präsidenten Reuven Rivlin empfangen.

Stand Oktober war die DIG auf ca. 6.000 Mitglieder in 53 regionalen AGs und das JuFo auf 920 Mitglieder in 29 Regional- und Hochschulgruppen angewachsen.

Am 26./27. Oktober wählte die 39. DIG-Hauptversammlung in Magdeburg Uwe Becker (CDU) zum Präsidenten, nachdem Hellmut Königshaus (FDP) nicht mehr zur Wahl angetreten war. Erstmals hatte mit Michaela Engelmeier (SPD) eine Frau für das höchste Amt kandidiert, unterlag jedoch bei den Wahlen.

In ihrer „Magdeburger Erklärung" stellte sich die DIG „unverbrüchlich" an die Seite Israels, forderte ein härteres Vorgehen gegen das iranische Mullah-Regime und seine regionalen Proxys, sprach sich für Perspektiven aus, in denen Israelis und Palästinenser eine Zukunft in friedlicher Koexistenz haben – und lehnte jegliche Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften wie der AfD ab.

Im Rahmen der Hauptversammlung wurde auch die Ernst-Cramer-Medaille verliehen: Preisträger war die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V., die 2018 eine Niederlassung in Tel Aviv gegründet hatte, um deutsch-israelische Forschungskooperationen zu stärken.

2020: Jubiläumsfeierlichkeiten im Zeichen der Corona-Pandemie

Im April trat Michaela Engelmeier, bislang Vizepräsidentin, das neu geschaffene Amt der Generalsekretärin an; bis zu ihrem Ausscheiden im September 2022 engagierte sie sich vor allem in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Corona hatte ab März alle Beteiligten vollständig im Griff; die Aktivitäten der AGs fanden nun fast ausschließlich als Videoveranstaltungen statt.

Israel und Deutschland begingen im Mai zum 55. Mal die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die DIG beteiligte sich mit zahlreichen Veranstaltungen, die coronabedingt einstweilen vor allem digital stattfanden und vom Auswärtigen Amt gefördert wurden.

2021: Positive Entwicklungen trotz Raketenkrieg

Im Ost-Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrah betrieb die rechtszionistische Organisation ‚Nahalat Shimon' gerichtlich die Räumung palästinensischer Familien von Grundstücken, die vor der Eroberung des Ostteils der Stadt durch Jordanien 1948 jüdischen Eigentümern gehört hatten. Zwar vertagte der Oberste Gerichtshof die Entscheidung; doch nach Zusammenstößen auf dem Tempelberg begann am 10. Mai der Raketenbeschuss aus Gaza – in elf Tagen mehr als 4.360 Raketen von Hamas und Islamischem Dschihad. Israel antwortete mit der Operation „Guardian of the Walls". In Deutschland kam es zu antiisraelischen Ausschreitungen und einer Welle an antisemitischen Vorfällen. Zahlreiche Prominente und Organisationen, darunter auch die DIG und ihre Arbeitsgemeinschaften, hielten dagegen.

Deutschland beging ein besonderes Jubiläum und die DIG wirkte intensiv mit: 1700 Jahre jüdisches Leben galt es zu zelebrieren. Da kam es gelegen, dass einer der Verantwortlichen des Events, Helge Gilbert aus Köln, gleichzeitig Mitglied im DIG-Präsidium war.

Als weniger bedeutend wurde zunächst eingeschätzt, dass Israel im März zum vierten Mal innerhalb von zwei Jahren wählte. Aufhorchen ließ allerdings die Regierungsbildung im Juni: Das neue Kabinett von Naftali Bennett und Yair Lapid repräsentierte eine politisch breit gefächerte Koalition, der erstmals auch eine arabisch geprägte Partei angehörte.

Am 21. August starb Johannes Gerster[2], Politiker, aber vor allem: charismatische Figur der deutsch-israelischen Beziehungen. Als Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung lebte er viele Jahre in Jerusalem und wurde nach seiner Rückkehr Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (2006–2010).

„Historisch" war der gemeinsame Überflug der deutschen und der israelischen Luftwaffe über das KZ Dachau und später über

2021
„Wiedereröffnung" des Jungen Forums der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG) in Tel Aviv

05/2021
Vielbeachtete israelsolidarische Kundgebungen der DIG nach massiven Raketenangriffen der Hamas gegen Israel, israelischen Luftschlägen auf Hamas-Stützpunkte und antiisraelischen Ausschreitungen in Deutschland

06/2021
JuFo-Mitgliederanstieg: erstmalige Überschreitung der 1.000er-Marke in fast 40 Regional- und Hochschulgruppen

17.10.2021
Symbolträchtiger gemeinsamer Flug der deutschen und der israelischen Luftwaffe über die Knesset – im Beisein von DIG-Präsident Uwe Becker

23.05.2022
Verleihung der Ernst-Cramer-Medaille der DIG an die Luftwaffengeneräle Aluf Amikam Norkin und Ingo Gerhartz nach symbolträchtigen Flügen über Dachau und die Knesset

09.06.2022
Ablösung von Aras-Nathan Keul als JuFo-Vorsitzender durch Constantin Ganß (2022–2024) bei der JuFo-Hauptversammlung in Köln

06/2022
Ablösung des Christdemokraten Uwe Becker (2019–2022) als DIG-Präsident durch den Grünen-Politiker Volker Beck auf der DIG-Hauptversammlung in Köln

Heftige Proteste der DIG und anderer zivilgesellschaftlicher Stimmen gegen die Zurschaustellung antisemitischer „Kunstwerke" auf der „documenta 15" in Kassel

08/2022
„Israelpedia"-Seminar des Jungen Forums in Weimar – zum „Historikerstreit 2.0" im Kontext israel-delegitimierender Tendenzen in der postkolonialen Szene

10/2022
Zweite vom JuFo organisierte Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz mit 250 Teilnehmenden am 29./30. Oktober an der Frankfurter Universität – in Kooperation mit der Jüdischen Studierendenunion und der National Union of Israeli Students (NUIS)

30.10.2022
Abschied von Walter Sylten, dem letzten bis dahin noch lebenden Mitgründer der DIG

12/2022
Besorgnis auch in weiten Teilen der DIG nach Bildung einer israelischen Koalitionsregierung unter Benjamin Netanjahu, der auch Minister vom äußersten rechten Rand angehören

16.03.2023
Forderungspapier der Jugendorganisationen demokratischer Parteien unter JuFo-Federführung – mit scharfer Kritik an zögerlicher deutscher/europäischer Iran-Politik

14.05.2023
DIG-Festakt in Berlin anlässlich des 75. Jahrestages der israelischen Unabhängigkeit

Ab 10/2023
Entsetzen über den genozidalen Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober

Zahlreiche Solidaritätskundgebungen mit Israel in deutschen Städten, von der DIG begleitet und organisiert; in Berlin die größte Manifestation dieser Art, die Deutschland je erlebte

Zweite Schockwelle durch Täter-Opfer-Umkehr in Medien und öffentlichen Räumen: antisemitische Eruptionen im Zeichen der Dämonisierung israelischer Verteidigungsanstrengungen im Sieben-Fronten-Krieg und faktenwidriger „Genozid"-Vorwürfe gegen Israel

Ab 2024
„Bring Them Home Now!": zentraler Appell im öffentlichen Leben Israels, aber auch in der deutschen Israel-Solidarität

DIG-Aktivitäten in öffentlichen Kontexten gegen eine zunehmende Israelfeindschaft

die Knesset. Bei der multinationalen Flugübung „Blue Flag 2021" saßen nicht nur der israelische und der deutsche Luftwaffenchef in einer Maschine; auch DIG-Präsident Uwe Becker wurde dazu eingeladen.

Zum 55. Jubiläum der DIG erschien ein Sonderheft, das die Männer und Frauen der ersten Stunde bilateraler Beziehungen würdigte.

2022: Ein Präsidentenwechsel inmitten pulsierender Dynamiken

Die diesjährige Verleihung der Ernst-Cramer-Medaille entsprang einem Herzenswunsch des scheidenden Präsidenten Uwe Becker: Am 23. Mai wurden die beiden Luftwaffengeneräle Aluf Amikam Norkin und Ingo Gerhartz, die gemeinsam über Dachau und die Knesset geflogen waren, mit der höchsten Ehrung der DIG ausgezeichnet.

Nachdem das Junge Forum schon im Vorjahr die Schwelle von 1.000 Mitgliedern überschritten hatte, die sich in fast 40 Regional- und Hochschulgruppen organisierten, hielt das JuFo am 9. Juni in Köln seine Hauptversammlung ab. Dort wurde Aras-Nathan Keul (2019–2022) von Constantin Ganß als neuem Bundessprecher (2022–2024) abgelöst.

Köln wurde nur einen Tag später, am 10./11. Juni, auch Schauplatz der Hauptversammlung der DIG und eines erneuten Wechsels an der Spitze des Vereins. Der Grünen-Politiker Volker Beck löste den Christdemokraten Uwe Becker (2019–2022) als Präsident an der Spitze der Organisation ab.

Das Thema „Schulbücher" rückte im Jahresverlauf erneut in den Fokus. Diesmal kreiste die Debatte um palästinensische Schulbücher und die Frage, ob sie Terror schüren.

Weitere Debatten beschäftigten die DIG: „Amnesty International" bezichtigte Israel unter anderem der „Apartheid gegenüber den Palästinensern"; in den Reihen der DIG entzündete sich an der überzogenen Wortwahl von Amnesty scharfe Kritik. Auch die Städtepartnerschaft zwischen Freiburg im Breisgau und der iranischen Stadt Isfahan geriet – wiederholt – ins Kreuzfeuer der Kritik israelsolidarischer Kreise.

Dass die „documenta 15" zum antisemitischen und antiisraelischen Fanal wurde, fügte sich in die wachsenden Aggressionen gegenüber dem jüdischen Staat. DIG-Mitglieder, das Präsidium und andere israelsolidarische Stimmen protestierten vehement; Präsident Volker Beck nannte es in einer Erklärung vom 7. August „präzedenzlos", dass trotz entsprechender veröffentlichter Hinweise antisemitische und menschenverachtende Werke weiterhin unkommentiert und unwidersprochen gezeigt würden.

Der „Historikerstreit 2.0" stand im Mittelpunkt des zweiten „Israelpedia"-Seminars, das das Junge Forum im August veranstaltete – dieses Mal in Weimar. Damit spürte das JuFo jener lauter werdenden Debatte nach, in deren Verlauf die Gründung und die Existenz des Staates Israel mit postkolonialen Versatzstücken zu delegitimieren versucht wurde.

Am 29./30. Oktober organisierte das JuFo an der Frankfurter Universität die zweite Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz – mit Workshops und Vorträgen zum Ausbau und zur Förderung von akademischem Austausch und Kooperation als Säule der deutsch-israelischen Beziehungen. Mitveranstalter waren unter anderen die Jüdische Studierendenunion und die National Union of Israeli Students (NUIS). Unter den ca. 250 Teilnehmenden befanden sich auch 50 israelische Studierende.

Ende Oktober verabschiedete sich die DIG von ihrem letzten Gründungsmitglied: Walter Sylten. Mit Trauer nahm die DIG Abschied von einem Mann, der ihr über Jahrzehnte in unterschiedlichen Funktionen gedient hatte.

2023: Zeitenwende(n) in Nahost: Was nun?

Das Jahr begann mit einem sporthistorischen Ereignis: Anfang Januar fanden im oberbayerischen Ruhpolding zum ersten Mal seit 1936 wieder die MAKKABI Deutschland Wintersportkämpfe statt, an denen mehr als 400 jüdische Sportlerinnen und Sportler aus 20 Ländern teilnahmen. Die Rede war von einem „sporthistorischen Meilenstein", der Enthusiasmus



Foto: Picture Alliance / dpa / Carsten Koall

Gideon Joffe (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin), Kai Wegner (Regierender Bürgermeister von Berlin) und Jochen Feilcke (Vorsitzender der DIG Berlin und Brandenburg) auf dem Israel-Tag 2023

in deutschen, jüdischen und israelischen Lebenswelten war groß.

Auch darüber hinaus stand die erste Jahreshälfte im Zeichen des Feierns. Vor 75 Jahren war der jüdische und demokratische Staat Israel gegründet worden. Die Außenminister und die Botschafter beider Länder würdigten das Jubiläum mit Grußworten im DIG-Magazin. In Berlin richtete die DIG am 14. Mai einen Festakt zum Unabhängigkeitstag aus.

Gleichzeitig sorgten die innenpolitischen Entwicklungen in Israel für wachsende Besorgnis in der DIG. Der Ende Dezember 2022 gebildeten Koalitionsregierung unter Benjamin Netanjahu gehörten auch Minister der äußersten Rechten an. Seit Wochen gingen Zehntausende Israelis gegen die geplante Justizreform auf die Straßen. Im März beriet auch die DIG bei einem Treffen in Frankfurt am Main darüber – zwischen dem Drängen, Position zu beziehen, und der Sorge, sich einzumischen. In einem zuvor veröffentlichten Thesenpapier nannte Präsident Volker Beck den Kurs der Koalition „brandgefährlich" und sprach von einer „Politisierung staatlicher Institutionen".

Dem JuFo gelang es am 16. März, die Jugendorganisationen der demokratischen Parteien zu einem gemeinsamen Forderungspapier zu bewegen: Die Erklärung kritisierte die zögerliche deutsche und die europäische Iranpolitik und forderte eine härtere Gangart gegenüber dem Mullah-Regime.

Dann kam der 7. Oktober. Im Morgengrauen des jüdischen Feiertags Simchat Tora ging ein Raketenhagel auf Israel nieder; zugleich durchbrachen Tausende Terroristen vor allem der Hamas den Grenzzaun zum Gazastreifen. Sie überfielen die Kibbuzim und Ortschaften des Umlands sowie das Nova-Festival, ermordeten mehr als 1.200 Menschen, vergewaltigten und folterten ihre Opfer und verschleppten rund 250 Frauen, Männer und Kinder als Geiseln nach Gaza.

Auch die DIG brauchte Zeit, um das ganze Ausmaß des größten Verbrechens an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust zu verstehen, einzuordnen, zu bewerten. Narrative wankten: Alles war plötzlich zweitrangig; allenthalben herrschte Entsetzen.

In deutschen Städten gingen Menschen auf die Straße – die DIG organisierte Kundgebungen und begleitete die Trauernden, die Empörten, die Hilflosen, überall dort, wo sie Arbeitsgemeinschaften hatte. Ein Sonderheft des DIG-Magazins erschien zum 7. Oktober: Es vermochte nur Ausschnitte der spontanen Solidarität wiederzugeben, die sich in den Städten formiert hatte. Allein in Berlin nahmen 25.000 Menschen an einer von der DIG initiierten Kundgebung vor dem Brandenburger Tor teil, getragen von einem Bündnis aus Parteien, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Von der Bühne sagte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Jeder einzelne

26.02.2024
DIG-AG Bonn (wiederholt) Zielscheibe antiisraelischer Proteste – hier wegen Fachgespräch zwischen Aras-Nathan Keul und dem israelischen Armeesprecher Arye Sharuz Shalicar

04/2024
Ablösung von Constantin Ganß als JuFo-Vorsitzender durch Lasse Schauder (2024–2026) bei der JuFo-Hauptversammlung

JuFo-Wachstum auf 1.500 Mitglieder in 30 Regional- und Hochschulgruppen

06/2024
DIG-Hauptversammlung in Bremen am 8./9. Juni: Neuwahl des Präsidiums und Wiederwahl von Volker Beck

„Bremer Erklärung" der DIG: israelpolitische Selbstvergewisserung in dunklen Zeiten

07/2024
Gründung des israelsolidarischen Lehrernetzwerks ISLN zur Förderung bildungsbasierter Solidarität mit Israel

01/2025
DIG-Mitgliederbilanz nach dem 7. Oktober 2023: Infolge von gut 3.000 Neueintritten Wachstum auf mehr als 9.200 Mitglieder, organisiert in bald 60 regionalen Arbeitsgemeinschaften bzw. selbstständigen Vereinen

05/2025
Zahlreiche Fest- und Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen

21.05.2025
Tödlicher Anschlag auf den deutsch-israelischen Diplomaten und Neubegründer des Jungen Forums der IDG, Yaron Lischinsky, sowie seine Partnerin Sarah Milgrim in Washington, D.C.

06/2025
Zwölftägiger Krieg zwischen Israel und Iran mit Angriffen auf das iranische Atomprogramm

06.06.2025
„Positionsbestimmung in Zeiten des Krieges“: wegweisende Erklärung des DIG-Präsidiums zur Lage in Israel, zum Nahostkonflikt und zur Diskussion in Deutschland

07/2025
Geheimdienstliche Aufdeckung iranischer Anschlagsvorbereitungen gegen DIG-Präsident Volker Beck und den Präsidenten des Zentralrats der Juden Josef Schuster

09/2025
„Shaping Tomorrow“: deutsch-israelischer Jugendaustausch vom 14. bis 18. September in Berlin unter maßgeblicher Beteiligung des Jungen Forums

13.10.2025
„Habaita!“ Bittersüße Rückkehr der letzten 20 überlebenden Hamas-Geiseln nach Israel

11/2025
Bilateraler Jugendaustausch als Lebensader: Netzwerkkonferenz von 300 Abgesandten deutscher und israelischer Austauschorganisationen in Berlin: Anteilnahme und Suche nach Orientierung in schwierigen Zeiten

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.
60 JAHRE | 1966 – 2026

Angriff auf Jüdinnen und Juden, auf jüdische Einrichtungen ist eine Schande für Deutschland! Jeder einzelne Angriff erfüllt mich mit Scham und Zorn.“ Es war die größte israelsolidarische Manifestation, die es in Deutschland je gegeben hat.

Der 7. Oktober wurde zur Zäsur. Das Grauen von Nir Oz, von Kfar Aza, vom Nova-Festival bei Re’im war bittere Gegenwart und führte zu einer nie gekannten Welle der Solidarität, auch in und mit der DIG. Bundesweit traten in den Folgejahren tausende Menschen der DIG bei, um Teil einer Bewegung zu sein, die sich mit den ermordeten, vergewaltigten und entführten Frauen, Männern und Kindern solidarisch zeigte.

Aber der 7. Oktober wurde auch zur Bruchstelle: Die Welle der Solidarität ebbte ab, noch ehe die ersten Geiseln freikamen. Wenige Wochen nachdem die israelische Armee in Gaza eingerückt war, um die Geiseln zu befreien und ein weiteres Massaker zu verhindern, kehrte sich das Bild um: Nun bestimmten die Zerstörungen dort die Nachrichten, der Überfall selbst rückte in den Hintergrund – wurde erklärt, eingeordnet, aufgerechnet. In deutschen Städten demonstrierten Zehntausende gegen Israel, Studierende besetzten Hörsäle, Intellektuelle und Feuilletons machten die Härte der israelischen Reaktion zum eigentlichen Thema.

2024: Im Mittelpunkt die verschleppten Geiseln

„Bring Them Home Now!“ – diese Forderung bestimmte das öffentliche Leben in Israel ebenso wie die deutsch-israelischen Beziehungen in diesem und im kommenden Jahr. Die DIG stemmte sich öffentlich gegen die zunehmende Schuldumkehr: Südafrika etwa klagte gegen Israel wegen eines angeblichen „Völkermords an den Palästinensern im Gazastreifen“, der Schlachtruf „From the River to the Sea“ ertönte immer unverhohlener auf deutschen und westlichen Straßen.

Die Arbeitsgemeinschaften versuchten an allen Standorten, ihrer Solidarität mit Israel und seiner traumatisierten Bevölkerung sowie mit den vielfach ebenfalls traumatisierten Jüdinnen und Juden in Deutschland Ausdruck zu geben, veranstalteten Mahnwachen und luden Angehörige von Geiseln ein, öffentlich Zeugnis abzulegen.

Bei der JuFo-Hauptversammlung am 7. April in Hannover stellte sich Constantin Ganß nicht mehr zur Wahl: Lasse Schauder[3] wurde als neuer JuFo-Vorsitzender (2024–2026) gewählt.

Im Juni fand die Hauptversammlung der DIG in Bremen statt. Ein neues Präsidium wurde gewählt, Präsident Volker Beck im Amt bestätigt. Die „Bremer Erklärung“ vom 8./9. Juni 2024 war die programmatische Antwort der DIG auf den 7. Oktober: das Bekenntnis, an Israels Seite zu stehen, wenn es sich verteidigt – „ohne Wenn und Aber“ –, verbunden mit einem Katalog von Forderungen an die deutsche Politik, von der Unterstützung Israels in den Vereinten Nationen über eine Wende in der Iranpolitik und das Ende der UNRWA-Finanzierung bis zum entschiedenen Vorgehen gegen Antisemitismus an Hochschulen und im Kulturbetrieb.

2025: Zwischen Trauer, Sorge und Hoffnung

Zu Beginn des Jahres zählte die DIG mehr als 9.200 Mitglieder, die sich in fast 60 regionalen Arbeitsgemeinschaften bzw. selbstständigen Vereinen organisierten. Im September gelang in Dortmund die Neugründung einer AG.



Bundesweite Plakatkampagne für die deutschen Geiseln in Hamas-Gefangenschaft

Das letzte Jahr der sechsten DIG-Dekade ging im Mai mit einem bedeutsamen Jubiläum einher: 60 Jahre zuvor, am 12. Mai 1965, waren die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel aufgenommen worden. Das Jubiläum wurde an vielen Standorten der DIG festlich begangen – doch ein verhaltener Unterton schwang mit: Noch waren nicht alle Geiseln zu Hause.

Im Juni 2025 beschloss und veröffentlichte das DIG-Präsidium eine ausführliche „Positionsbestimmung in Zeiten des Krieges". In zehn Punkten äußerte sich die DIG zur Lage in Israel, zum Nahostkonflikt und zur Diskussion in Deutschland. Die Erklärung hielt fest, dass die Hamas den Krieg begonnen habe und ihn jederzeit beenden könne – durch die Freilassung der Geiseln und das Niederlegen der Waffen –, und bekräftigte zugleich ihre „Empathie für alle Opfer von Terror und Krieg". Die Präambel setzte den Rahmen: „Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist die größte und traditionsreichste Organisation für die Freundschaft zwischen der deutschen und der israelischen Gesellschaft. Als prozionistische Organisation unterstützt und verteidigt sie die Existenz des jüdischen und demokratischen Staates, unabhängig von dessen jeweils aktuell gewählter Regierung. Unser Partner ist die israelische Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite, von links bis rechts, von religiös bis säkular, unabhängig von der jeweiligen Religion, Denomination oder Ethnie."

Im Fokus stand eine Woche später der zwölftägige Krieg Israels gegen das iranische Mullah-Regime, das mit seinen regionalen Proxys in über 40 Jahren zu einer massiven Bedrohung für Israels Existenz geworden war – auch der blutgetränkte Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 wäre ohne die jahrzehntelange Aufrüstung und Finanzierung der Hamas durch das islamistische Terrorregime sowie ohne die gigantischen Geldtransfers aus Katar kaum denkbar gewesen. Massive Luftschläge, zeitweise unterstützt von den USA, galten Irans Atomprogramm: Die atomare Infrastruktur wurde beschädigt, aber nicht nachhaltig zerstört.

Erneut – wie schon 2015 – geriet die DIG ins Fadenkreuz des iranischen Regimes: Ein dänischer Staatsangehöriger soll 2025 in Berlin im Auftrag des Geheimdienstes der iranischen Revolutionsgarden Ziele für mögliche Anschläge ausgespäht haben – darunter die Bundesgeschäftsstelle der DIG. Zudem sammelte er nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft Informationen über DIG-Präsident Volker Beck und Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Auch Beck war Ziel eines Mordplans: Ein Komplize soll eine Waffe für einen Attentäter beschaffen und diesen zu dem Anschlag veranlassen. Ende Juni 2025 wurde der Däne in Dänemark festgenommen. Beck forderte von der Bundesregierung ein Betätigungsverbot für die „Revolutionsgarden". Im Februar 2026 stufte die EU sie als Terrororganisation ein. Der Prozess gegen den Dänen und seinen mutmaßlichen Komplizen begann im Juni 2026 in Hamburg.

Im September fand in Berlin unter maßgeblicher Beteiligung des Jungen Forums der deutsch-israelische Jugendaustausch „Shaping Tomorrow" mit Dutzenden Teilnehmenden aus beiden Ländern statt.

Zum zweiten Jahrestag des 7. Oktober erinnerten die DIG und ihr Junges Forum mit einer Plakat- und Social-Media-Kampagne in sieben Städten an sieben deutsche Staatsangehörige, die von der Hamas verschleppt worden waren – zwei von ihnen waren bereits ermordet worden. Zugleich forderten sie die Freilassung der noch lebenden Geiseln.

Zwei traurige Meldungen berührten Menschen innerhalb und außerhalb der DIG besonders: Vor dem Jüdischen Museum in Washington, D.C., wurde Yaron Lischinsky von einem Attentäter erschossen – ebenso seine Freundin Sarah Milgrim. Lischinsky hatte wesentlichen Anteil an der Reaktivierung des Jungen Forums der Israelisch-Deutschen Gesellschaft. In Berlin starb Margot Friedländer, Holocaust-Überlebende und Zeitzeugin, im Alter von 103 Jahren. Bei einem Besuch zweier DIG-Vorstandsmitglieder bei Friedländer zu-



DIG-Präsident Volker Beck bei einer Solidaritätskundgebung in Berlin nach dem 7. Oktober 2023

hause entstand zuvor ein ikonisches Foto und es fiel der Satz: „Sei ein Mensch".

„Habaita!" Nach 738 Tagen in der Gewalt der Hamas kehrten am 13. Oktober die letzten 20 überlebenden Geiseln nach Israel zurück. Das Leiden bleibt, der Weg zum Frieden ist ungewiss.

Die sechste Dekade endete mit dem 60. Gründungsjubiläum: Am 21. März 1966 in Bonn gegründet, beging die DIG das Jahr 2026 mit Veranstaltungen in zahlreichen Arbeitsgemeinschaften – im Mai etwa mit Vorträgen zur Vereinsgeschichte in Köln und Bonn, für die der Berliner Politikwissenschaftler Martin Kloke zuvor monatelang im DIG-Archiv recherchiert hatte. Ein zentraler Festakt soll im Oktober 2026 stattfinden. In dieses Jubiläumsjahr fiel ein zweites: Yoram-Illy Ehrlich gehört dem DIG-Präsidium seit 1996 ununterbrochen an und ist damit das am längsten amtierende Präsidiumsmitglied in der Geschichte der DIG. Mazal Tov! Im Februar 2026 bezog die Bundesgeschäftsstelle neue Räume in der Reinhardtstraße in Berlin-Mitte, unweit des Bundestages. Im Sommer 2026 zählte die DIG erstmals mehr als 10.000 Mitglieder – der höchste Stand in ihrer Geschichte.

[1] Zu Barbara Hoffs vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 67.
[2] Zu Johannes Gerster vgl. das Kurzporträt in dieser Publikation, S. 64.
[3] Zu Lasse Schauder vgl. sein Zukunftsstatement in dieser Publikation, S. 78.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

60 JAHRE | 1966 – 2026

Engagement über Generationen – Porträts aus der DIG

Die Geschichte der DIG ist auch die Geschichte der Menschen,
die sie gegründet, geführt und mit Leben erfüllt haben.
Die folgenden elf Porträts führen zu Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Generationen, politischen Milieus und Tätigkeitsfeldern.
Sie erzählen von persönlichen Wegen zur deutsch-israelischen Freundschaft, von Kontroversen und gemeinsamem Engagement – im Präsidium,
in der Geschäftsstelle und in den Arbeitsgemeinschaften vor Ort.

Jochen Feilcke

Ohne Wenn und Aber für Israel

Das Bild der DIG ist geprägt von Menschen, die sich engagieren – viele von ihnen sind Abgeordnete in Parlamenten und kommunalen Vertretungen. Einer davon ist Jochen Feilcke, 1942 als Sohn eines evangelischen Pastors in Hannover geboren. Der an der Freien Universität ausgebildete Politologe und Volkswirt war in jungen Jahren in verschiedenen Funktionen für Berliner Arbeitgeberverbände tätig und vertrat zwischen 1983 und 1998 als CDU-Bundestagsabgeordneter den Wahlkreis Schöneberg. Er engagierte sich unter anderem für die Einführung des Mehrweg-Pfandsystems – das hörte ich, lange bevor ich ihn kennenlernte. Sein öffentliches Engagement begann in der West-Berliner Stadtpolitik – er ist Berliner durch und durch, obschon (wie die meisten Berliner) andernorts geboren und aufgewachsen.

Feilcke ist nicht nur Berliner, er war zwischen 1999 und Juni 2026 der wichtigste Repräsentant der Berliner DIG. Dem Präsidium der DIG gehörte er zwischen 1993 und 2010 an; zwischen 2000 und 2010 war er einer ihrer Vizepräsidenten. Bis Juni 2026, als Feilcke in einer Mitgliederversammlung bekanntgab, künftig nicht mehr kandidieren zu wollen, war er als Vorsitzender der Berliner DIG-Arbeitsgemeinschaft unablässig wiedergewählt worden – diese sollte sich nach ihrer Verselbstständigung als unabhängiger Verein Ende 2016 als „DIG Berlin und Brandenburg e.V." zur mit Abstand größten regionalen Vereinigung der DIG entwickeln. Auch dank des Hauptstadt-Bonus entwickelte der Verein attraktive Veranstaltungsformate mit teils namhaften Kooperationspartnern. 2024 wurde der umtriebige, manchmal auch polarisierende Israel-Aktivist Feilcke zum 13. Mal wiedergewählt – wer will zählen, wenn ein Vorsitzender so viele Mitglieder überzeugt.

Eine kühne Wachstumsprognose, die Jochen Feilcke bei seiner Wahl vor vier Jahren artikulierte, ist auf denkbar traurige Weise eingetreten: Zu Beginn des Jahres 2026 zählte die Berliner DIG 1.650 Mitglieder.



Dass so viele Neuzugänge zu verzeichnen waren und sind, ist nicht zuletzt dem Engagement des Vorsitzenden und seines Vorstandes zu verdanken: Feilcke und die DIG Berlin-Brandenburg erreichten viele Menschen, die nach dem Schock vom 7. Oktober 2023 ein klares Bekenntnis zu Israel ablegen wollten.

Claudia Korenke



Foto: Werner Kolhoff

Johannes Gerster

Charismatischer Israel-Freund von robustem Charakter

Er war nicht jedermanns Freund. Er war mir ein Freund; das war wichtig für die gemeinsame Arbeit – und er war ein Charakter. Dr. h. c. Johannes Gerster wurde 1941 in Mainz in einem katholisch geprägten Elternhaus geboren, das im Zweiten Weltkrieg Juden versteckt und ihnen zur Flucht verholfen hatte. Er war so vieles: Vollblutpolitiker, CDU-Bundestagsabgeordneter (1972–1994), Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem (1997–2006), „Kumpel" von Teddy Kollek, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (2006–2010), Ehrendoktor der Universität Beer Sheva (1995), Träger des Titels „Freund der Stadt Jerusalem" (2006), Versöhner: Lange könnte die Aufzählung weitergehen. Sie beschreibt einen Mann von robustem Charakter, einen Mann, der mit zarten, sensiblen Gefühlen überraschte, wenn es um Israel ging, um seine Familie, seine Verankerung in der katholischen Kirche und seine Stadt Mainz, in die er gerne zurückkehrte nach neun Jahren Jerusalem.

Johannes Gerster hatte mich angerufen, damals aus Jerusalem: Sobald er Präsident der DIG sein würde, sollte ich seine Stellvertreterin werden. Alles geschah, wie von ihm geplant. Johannes, der Präsident, der eben nicht in Berlin residierte, unterzog sich fast wöchentlich den Reisen in die Hauptstadt zu Treffen im politischen und vorpolitischen Raum, zu Präsidiumssitzungen – und er war Präsident der gesamten DIG. Er bereiste die AGs, begleitete Gruppen nach Israel, kümmerte sich um Neugründungen.

Der Anekdoten sind unzählige; eine meiner liebsten, die zur Mainzer Fastnacht gehört: Präsentierte sich ihm ein Mitmensch mit militärischen Würden, pflegte er zu antworten: „Ich bin Generalfeldmarschall der Ranzengarde". Deren Uniform trug er mit Stolz auf den Prunksitzungen im Mainzer Karneval.

Oft war ich mit ihm unterwegs. Er kannte Israel wie kein anderer Präsident vor oder nach ihm. Er konnte überzeugen. Er konnte gut reden. Er konnte gut trinken. Einmal, das war in Schwerin, wo wir heute eine gut funktionierende AG haben, fiel ich letzterer Eigenschaft zum Opfer. Am nächsten Morgen die Rückfahrt nach Mainz. Ob seiner Geschichten aus dem alten Bundestag vergaß ich meinen mächtigen Kater – Johannes konnte auch unterhalten.

Johannes starb 2021, knapp acht Monate nach seinem 80. Geburtstag. Schon zu krank, um Gäste zu empfangen, hatte uns sein Sohn Thomas, auch Politiker, gebeten, ein Video für ihn aufzunehmen. Das haben wir „gedreht", an unserem Wohnzimmertisch.

Es war mir eine Ehre, die DIG bei der Trauerfeier im Mainzer Dom zu vertreten. Nie habe ich einen würdigeren Abschied von



einem Menschen erlebt. Wenige Wochen vor der Entstehung dieses Beitrages ist Johannes Gerster seine Frau Regina gefolgt: Regina, die mit leiser Entschlossenheit ihren Mann lenkte; Regina, die neun Jahre mit ihm in Jerusalem verbracht und – im Gegensatz zu Johannes – Hebräisch gelernt hatte.

Während ich schreibe, kommt das Vermissen zurück. Johannes fehlt: als Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im Bundestag, als Mitglied und Präsident der DIG, als Drahtzieher in der Konrad-Adenauer-Stiftung, die in seinen Jahren das Thema „Israel" intensiv pflegte; ja, und er fehlt auch als Vermittler zwischen Israelis und Palästinensern, als Ratgeber, als Freund.

Claudia Korenke



Foto: Picture Alliance / BeckerBredel / ck

Walter Hesselbach (1915–1993)

Gründungsmitglied, Vizepräsident (1966–1983) und Ehrenvorsitzender der DIG

Walter Hesselbach, geboren 1915 in Frankfurt am Main, trat 1932 als politisch interessierter Jugendlicher der SPD bei. Nach dem Abitur absolvierte er eine Banklehre im Bankhaus J. Dreyfus & Co. – schon seine Eltern hatten dort ihre Berufsjahre verbracht. Nach Abschluss der Lehre arbeitete er bis 1937 bei der Deutschen Überseeischen Bank. Da er nicht in die NS-gesteuerte Scheingewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront" eintreten wollte, musste er kündigen. 1938 wurde er Sekretär von Georg von Opel und studierte Betriebswirtschaft an der Frankfurter Universität. Im Zweiten Weltkrieg wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und kehrte 1947 aus französischer Kriegsgefangenschaft zurück.

„Bankier zwischen Marx und Rothschild" (Hesselbach über Hesselbach)

Nach der Rückkehr nach Frankfurt am Main engagierte sich Hesselbach wieder in der SPD und bei den Gewerkschaften. Arbeit fand er mit zunehmender Berufserfahrung in Führungspositionen des Bankensektors. 1961 wurde er Vorstandsvorsitzender der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG); 1977 wechselte er in den Aufsichtsrat, dem er bis 1985 angehörte. Unermüdlich setzte sich der „rote Bankier" für die Entwicklung prosperierender Geschäftsbeziehungen mit israelischen Banken und Unternehmen ein. Nach seinem Rückzug aus dem aktiven Berufsleben war er mehrfach als Schlichter in Tarifkonflikten tätig.

Kein Freund vieler Worte, sondern ein Mensch der Tat

Zwischen 1952 und 1977 betätigte sich Hesselbach als ehrenamtlicher Stadtrat und war Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main. Außerdem engagierte er sich aus tiefster Überzeugung früh für eine Verständigung mit Israel und gehörte zum Führungszirkel der DIG-Gründerzeit.



Walter Hesselbach hat mehr für den Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen in den vergangenen Jahren geleistet als die meisten Organisationen und Landes- wie Bundesregierungen zusammengezählt. Er tat es stets in aller Stille, mit überlegten Aktionen, konsequenter Bereitschaft und dem Mut, der Hindernisse überwindet, beispielhaft wirkt, ohne darüber zu reden.

DIG-Präsident Erik Blumenfeld (CDU) zum 70. Geburtstag von Walter Hesselbach.
In: DIG-Informationen, Nr. 1, Januar 1985, S. 2

Als Vizepräsident (1966–1983) unterstützte der Finanzprofi die DIG instinktsicher und einfallsreich in ihren wiederkehrenden Finanzkrisen der Anfangsjahre. 1967 gründete er den Deutsch-Israelischen Wirtschaftsverein, den er als Vorsitzender bis 1984 leitete. Ebenfalls 1967 rief er eine nach Fritz Naphtali[1] benannte Stiftung zur Förderung des israelischen Hochschulwesens ins Leben.

Kontakte zu Juden waren [...] für den jungen Walter Hesselbach eine Selbstverständlichkeit. Im Gymnasium, in das er seiner Begabung wegen geschickt wurde, teilte er neun Jahre lang die Schulbank mit einem jüdischen Freund, der heute in Israel lebt und mit dem er weiter enge Beziehungen unterhält.

DIG-Schatzmeister Moshe G. Hess über seinen engen Vertrauten Walter Hesselbach anlässlich dessen 70. Geburtstages.
In: DIG-Informationen, Nr. 1, Januar 1985, S. 3

In seinen letzten 20 Lebensjahren empfing Walter Hesselbach zahlreiche Ehrungen – hier eine Auswahl: Die Universitäten von Jerusalem und Tel Aviv verliehen ihm 1970 und 1974 Ehrendoktorwürden; ein Jerusalemer Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften trägt seit 1979 seinen Namen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde ihm 1985 vom Bundespräsidenten das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen.

Walter Hesselbach war 40 Jahre lang mit Hedwig Hesselbach, geb. Huth, verheiratet und hinterließ drei Töchter.

Martin Kloke

Foto: Picture Alliance / dpa / DB

[1] Fritz Naphtali (1888–1961), aus einer reformjüdischen Familie stammender Berliner Kaufmann, Wirtschaftsjournalist und Sozialdemokrat, begründete in der Weimarer Republik das gewerkschaftliche Konzept einer Wirtschaftsdemokratie. 1933 gelang ihm unter wundersamen Umständen die Flucht aus der Haft der Geheimen Staatspolizei nach Palästina. Im Jischuv, der vorstaatlichen jüdischen Gemeinschaft, und im späteren Israel betätigte er sich als Peretz Naphtali aktiv am Aufbau des zionistischen Gemeinwesens. Jahrelang leitete Naphtali die Gewerkschaftsbank HaPoalim (Bank der Arbeiter), war Hochschullehrer, zeitweise auch Schatzmeister der „Jewish Agency for Israel" und bekleidete in den 1950er-Jahren als Mitglied der sozialdemokratischen Mapai-Partei mehrere Ministerämter.

Burkhard Hirsch (1930–2020)

Liberaler Bürgerrechtler, Vizepräsident und Rechtsberater der DIG (1989–2000)

Burkhard Hirsch wurde 1930 in Magdeburg als Sohn des Landgerichtsdirektors Alfred Hirsch geboren. Nach dem Abitur in Halle (Saale) und einer ersten Tätigkeit als Chemie-Hilfsarbeiter in Leuna floh er 1949 in den Westen, studierte Rechtswissenschaft in Marburg und wurde mit einer Untersuchung zur Staatsrechtslehre promoviert. Nach beruflichen Stationen unter anderem in der rheinischen Stahlindustrie engagierte er sich zunehmend in der FDP, der er schon 1949 beigetreten war. 1975 wurde er Innenminister in NRW, 1976 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und 1979 FDP-Landesvorsitzender. Zwischen 1972 und 1998 war er, mit kurzer Unterbrechung, Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1994 bis 1998 dessen Vizepräsident. Daneben gehörte er unter anderem der Humanistischen Union an, einer nichtstaatlichen Vereinigung zum Schutz und zur Durchsetzung von Bürgerrechten.

Liberaler israelsolidarischer Wertekompass

Burkhard Hirschs Werdegang war von einer Kindheit im Nationalsozialismus überschattet. Immer wieder erzählte er von seinem Beinahe-Zusammenprall an einer Straßenecke im Jahr 1941 – ein Schlüsselerlebnis: Eine ältere Frau, die einen grauen Mantel mit einem großen gelben Stern trug, wich ängstlich vor ihm, dem damals Elfjährigen, zurück. Kein erwachsener Mensch wollte ihm erklären, was er erlebt, was ihn irritiert hatte. Erst im Jurastudium begriff Hirsch „die ganze Wahrheit“ – bei der Lektüre der Protokolle der Nürnberger Prozesse. Die Beschäftigung mit dem NS-Terror-Regime und seiner antisemitischen Monstrosität machte ihn fassungslos – und beschämte ihn. Aus dieser Erfahrung leitete er sein entschiedenes Eintreten für Freiheit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit ab. Sympathien mit dem jüdischen und demokratischen Israel waren für ihn selbstverständlich und seit den 1970er-Jahren gelebte Praxis; dabei war er kein Jongleur wohlfeiler Bekenntnisse, sondern stand für fundierte Überlegungen ein.

Faszination Israel

Ich war fasziniert von dem Land, von seiner Geschichte und seiner Entwicklung, von der zivilisatorischen Kraft seiner Bewohner, die es urbar machten und bewaldeten wie seit Jahrhunderten nicht mehr, von der wachsenden emotionalen Ablösung von der europäischen Herkunft seiner ersten zionistischen Zuwanderer und ihrem wachsenden politischen Selbstbewusstsein in einer ihnen durchweg feindlichen Nachbarschaft.

Burkhard Hirsch. Zitiert aus dem Nachruf der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, 15.03.2020, https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/dig-news/die-deutsch-israelische-gesellschaft-trauert-um-burkhard-hirsch/ (Aufruf: 06.01.2026)

Liberaler Vermittler und Rechtsberater der DIG

1973 trat Burkhard Hirsch der DIG bei und war über seine Düsseldorfer Arbeitsgemeinschaft hinaus ein aktives Mitglied. In der DIG sah er die zentrale zivilgesellschaftliche Stimme, um die 1965 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel in der Breite der Gesellschaft zu verankern. Bis zuletzt engagierte sich Hirsch mit feinsinniger Leidenschaft und beeindruckender Expertise für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Im DIG-Präsidium holte er im Dickicht von Politik und Verwaltung manche Kuh vom Eis – in einer juristischen Brillanz, die Freunde und Freundinnen sowie Kritiker und Kritikerinnen gleichermaßen faszinierte. Weggefährten und Weggefährtinnen erinnern sich an seine klugen Ratschläge, seinen feinen Humor sowie an seine Liebenswürdigkeit auch in schwierigen Situationen.



Israel helfen, aber nicht drohen

Es fällt leicht, von ferne Ratschläge zu geben, die nichts kosten und für deren Folgen man nicht haftet – oder wollen wir etwa haften? […]

Israelis und Palästinenser, beide Seiten müssen Vertrauen fassen. Das braucht Geduld und Hilfe – und nicht den Druck politischer Fernethiker. Wenn ausgerechnet deutsche Politiker mit wirtschaftlichen Sanktionen drohen wollen, dann mag das alles Mögliche bewirken. Vertrauen schafft es nicht. […] Wenn die Europäer, ungebeten, helfen wollen, dann müssen wir Israel und seine arabischen Nachbarn, insbesondere Jordanien und Ägypten, ermutigen, engere politische und wirtschaftliche Kontakte aufzubauen. […] Helfen ja, aber drohen? Haben wir in diesem Jahrhundert eigentlich genug.

Burkhard Hirsch in einem Focus-Gastbeitrag, 12.05.1997, https://www.focus.de/politik/deutschland/wir-sollten-israel-helfen-aber-nicht-drohen-standpunkt_id_1880714.html (Aufruf: 06.01.2026)

Burkhard Hirsch wurde mit zahlreichen Ehrungen bedacht. Unter anderem empfing er den Theodor-Heuss-Preis der Theodor-Heuss-Stiftung (1976), die Josef-Neuberger-Medaille der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf (1998) und den Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union (2006). 2025 benannte die FDP NRW ihre Parteizentrale in Düsseldorf in Burkhard-Hirsch-Haus um.

Burkhard Hirsch war seit 1969 mit Margaretha Schmitz verheiratet und hatte zwei Kinder.

Martin Kloke

Foto: DBT / Foto- und Bildstelle

Barbara Hoffs

Fröhliches und zugewandtes Gesicht der DIG

Barbara Hoffs, geboren 1947 in Traben-Trarbach an der Mosel, war seit der von ihr 1991 initiierten Gründung der AG Baden-Baden viele Jahre hindurch die Vorsitzende des Vereins und Mitglied des Präsidiums (1998–2017). Vor allem aber war und ist sie: das fröhliche und zugewandte Gesicht der DIG auf Messen und Parteitagen, im Garten des Bundespräsidenten oder bei Kirchentagen.

Barbara über Barbara:
„Mein Israel begann 1989 mit zehn Tennis-Kids aus Bat Yam, die eine Woche lang auf den Plätzen unseres traditionsreichen TC-Rot-Weiß für ein Turnier in NRW trainierten. Ich habe heute noch ihr fröhliches Treiben im Ohr. Für uns hatte es eine erste Reise nach Israel zur Folge, die eine Begeisterung für dieses kleine Land mit großer Vielfältigkeit und seinen so offenherzigen Bewohnerinnen und Bewohnern auslöste. Es folgten weitere 30 Reisen.

Mein Israel ist geprägt von engen Freundschaften: An erster Stelle mit Marianne Karmon sel. A., die mich unter ihre Fittiche nahm. An zweiter Stelle zu Anka Goldfinger sel. A. aus Hadera, die mir eine Schwester war. An dritter Stelle zu Fanny Ben-Ami, geborene Eyal (1930) aus Baden-Baden. Mich beeindruckten ihre Lebensgeschichten und ihre Willensstärke – ihre Bereitschaft, trotz ihrer schweren Erlebnisse Brücken nach Deutschland zu bauen und zu erhalten. Die Freundschaften zu der Familie Ariyeh Loker (Schulaustausch mit Tichon Hadera) und zu Familie Dr. Rami Kassif (Ärzteaustausch) bereichern bis heute mein Leben. Nicht zu vergessen: Ilana Barnea sel. A., die mich zu vielen interessanten Israelis mitnahm.

Mein Israel – das sind die Gerüche auf einem Schuk, die Hitze in der Wüste, die blühenden Wiesen im Frühling, Schnee in Jerusalem, die laute Fröhlichkeit am Gordon-Strand, die strenge Religiosität in Mea Schearim, die riesengroß gefeierten Hochzeiten, aber auch das Ghetto-Museum und Yad Vashem. Es sind Freude und Begeisterung, Trauer und Angst und Zuversicht – immer alles zugleich!

Was mir die DIG bedeutet? Hochinteressante Begegnungen, die Erweiterung meines Horizonts, die Bereicherung meines Lebens.



Warum ich mich betätige? Um die immerwährende Aufgabe gegen den anwachsenden Antisemitismus verschiedener Couleurs anzugehen; um die dringend notwendige Aufgabe, detaillierte Geschichtskenntnisse zu vermitteln; um die Möglichkeit, zwischenmenschliche Begegnungen zu organisieren; um Kenntnislücken in der Landeskunde und den Strukturen der israelischen Bevölkerung zu füllen.“

Claudia Korenke



Foto: Klaus Schultes

Mechthild (Meggie) Jahn (1959–2012)

Ein Leben für die deutsch-israelische Verständigung

Aktivistin und „Seele“ der DIG

Schon im Laufe ihrer Studentinnenzeit engagierte sich Meggie Jahn in der DIG-Arbeitsgemeinschaft Bonn. Sie wurde 1985 Mitglied und gründete alsbald das Jugendforum mit. Nach ihrem Studium an der Bonner Universität arbeitete sie jahrzehntelang als wissenschaftliche Mitarbeiterin von SPD-Bundestagsabgeordneten – der Partei war sie schon 1980 beigetreten. Nach ihrem beruflich bedingten Umzug nach Berlin setzte sie ihr Engagement in der dortigen DIG fort. Mit Begeisterung organisierte und betreute sie unter anderem den Internet-Auftritt – ein Aufgabenfeld, von dem auch die Bundes-DIG profitieren sollte. In den Jahren 1989 bis 1994 und 2002 bis 2010 gehörte sie dem Präsidium der DIG an, entfaltete auch dort allerlei Aktivitäten und wurde bundesweit bekannt. Zahlreiche Israel-Reisen, oft als Leiterin von Reisegruppen, legten Zeugnis ab von ihrer Zuneigung zu dem Land und seinen Menschen, denen sie sich tief verbunden fühlte. Dabei war ihr Engagement weder naiv noch unkritisch, sondern basierte auf differenzierten Einblicken in den „Maschinenraum“ Israels.

„Israel ist meine große Liebe“

Der aus dem nordhessischen Hofgeismar stammenden Mechthild (Meggie) Jahn war ihre Affinität zu Israel nicht in die Wiege gelegt. Doch eine ökumenische Studienreise, bei der sie eine christliche Tante begleiten durfte, änderte alles.



Foto: privat

Der plötzliche Tod von Meggie Jahn im Juli 2012 löste große Betroffenheit und Trauer aus. „Israel war ihr Leben, ihre Liebe, ihre Leidenschaft. Sie riss alle mit. Man konnte sich mit ihr ‚kabbeln‘, ja, auch streiten – ihrer Liebe zur gemeinsamen Arbeit in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft tat das nie Abbruch.“ So beschrieb der Berliner AG-Vorsitzende Jochen Feilcke seine Stellvertreterin. Einmütig unterstützte das DIG-Präsidium die Idee für eine Spendenaktion zugunsten eines Meggie-Jahn-Waldes im Norden Israels (Carmel-Gebirge).

Familienangehörige übereigneten Jahns Nachlass, der einen umfangreichen Buchbestand zu historischen, jüdischen und israelbezogenen Themen enthielt, dem Stadtmuseum ihrer Geburtsstadt Hofgeismar. Schon im September 2012 vermeldete die Museumsleitung, dass die Bücher in Form einer Präsenzbibliothek aufgestellt worden seien. Ein separater Raum im Stadtmuseum von Hofgeismar firmiert bis heute als „Mechthild-Jahn-Bibliothek“.

Im Oktober 2012, während der DIG-Jahreshauptversammlung, verlieh Präsident Reinhold Robbe der unvergesslichen Meggie posthum die erste Ehrennadel der DIG.

Martin Kloke

„Israel ist meine große Liebe“, sagte sie zu ihm. „Und ich?“, fragte er zurück. Natürlich wusste er, wie sie es meinte. Ihre Liebe zu Israel hatte mit ihm ja nichts zu tun. Beide Lieben konnten sehr gut nebeneinander existieren. Dieses Jahr wollten sie heiraten, Meggie und Fritz. Mit ihm war sie von Bonn nach Berlin gekommen, bei ihm fühlte sie sich geborgen. Er liebte ihre Klugheit und ihre feuerrote Lockenmähne. Sie hatte ein einnehmendes Lächeln mit einer kleinen Lücke zwischen den Schneidezähnen.

„Nie wieder Nationalsozialismus, nie wieder Krieg, nie wieder Völkermord!“ Wenn sie das sagte, klang das nicht nach Lippenbekenntnis. Als Büroleiterin von mehreren SPD-Bundestagsabgeordneten in Bonn und Berlin konnte sie sehr gut zwischen Ernst und Rhetorik unterscheiden. Sie meinte es ernst. Und sie brachte unzählige Menschen zueinander, die sich auf andere Weise nie begegnet wären.

Ein Lehrer hatte sie für die deutsche Geschichte und die deutsche Schuld sensibilisiert. Als sie dann mit ihrer sehr religiösen Patentante eine Reise nach Jerusalem und Bethlehem unternahm, um auf den Spuren von Jesus Christus zu wandeln, lernte sie jemanden kennen, der den Holocaust überlebt hatte. Eine Begegnung, die sie prägte.

Sie studierte Politik, Anglistik und Pädagogik und schloss mit einer Arbeit über den deutschen Zionismus zur Zeit der Weimarer Republik ab. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro eines Bonner Bundestagsabgeordneten spezialisierte sie sich auf NS-Gedenkstätten, Entschädigungsfragen und Deutsch-Israelische Beziehungen. Und sie lernte weitere Überlebende kennen, denen sie sich vorsichtig und respektvoll, aber auch unvoreingenommen näherte. Immer wieder bat sie darum, die Lebensgeschichten zu hören. Manch einer sprach nach Jahrzehnten zum ersten Mal wieder Deutsch, so etwas ging ihr tief unter die Haut. […]

Meggie organisierte in jedem Jahr Gruppenreisen nach Israel, voller Begegnungen, Veranstaltungen, Rundgängen und […] Baumpflanzaktionen. Sie initiierte Treffen mit Aktivisten, Intellektuellen, Schriftstellern über alle Religionen, Ideologien und Grenzmauern hinweg. Ihr Netzwerk war gewaltig. Der Frieden zwischen Israelis und Palästinensern: Sie suchte und fand Hinweise auf ein Gelingen. Als sie im November 1995 […] erfuhr, dass Jitzchak Rabin von einem jüdischen Fundamentalisten ermordet worden war, fiel sie in Schockstarre. […]

Sie war noch nicht lange von ihrer letzten Israelreise zurück. Wie jeden Morgen machte Fritz das Frühstück. Sie nahm ihr Insulin, Diabetes 1 seit dem 17. Lebensjahr. Sie war gut eingestellt, die Krankheit spürte sie kaum. Ins Büro fuhr sie mit dem Fahrrad. Normalerweise rief sie an, wenn ihr abends noch etwas dazwischenkam. Dieses Mal nicht. Sie war auf dem Weg nach Hause, da blieb ihr Herz einfach stehen. Zwei amerikanische Medizinstudenten eilten herbei und versuchten, sie am Straßenrand zu reanimieren. Vergeblich.

Auszüge aus dem Nachruf von Stephan Reisner: Es ging ihr um die Leute, nicht um die Politik, in: Der Tagesspiegel, 28.09.2012, https://www.tagesspiegel.de/berlin/meggie-jahn-geb-1959-6986722.html (Aufruf: 05.01.2026)

Claudia Korenke

Israel wohnt ein Zauber inne

Der Zauber, der meinem Anfang mit Israel innewohnte, damals vor 50 Jahren, war die Sonne über dem Meer, waren die Blicke mediterraner Männer, die schönen Hotels, in denen zu wohnen ich mir nur leisten konnte, weil sie fast alle Frankfurter Juden gehörten. Meine Liebesbeziehung zu Israel ist 50 Jahre alt, entwickelte sich von romantisch zu politisch, öffnete mir Wege in das kleine Land am Mittelmeer, in die Welt und zurück.

Von Politik verstand ich nichts, damals. Aber auch das ist das Einzigartige an Israel: Es zieht dich hinein in lokale Politik und ins Weltgeschehen. Auch von der Bibel wusste ich wenig und die Geschichtskenntnisse der jungen Frau, die damals reiste, waren überschaubar. Aber so ist Israel: Du lernst – ich lernte – über Jesus von Nazareth ebenso wie über die Widerstandskämpfer in Lochamej haGeta'ot („Kämpfer der Ghettos").

Das kleine Land am Mittelmeer bestimmte mein Leben. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft, die European Alliance for Israel, die Tel Aviv Foundation, die Hebräisch-Stunden und die Begegnungen mit Diplomaten, Konferenzen in Jerusalem, Warschau, Oslo und Mailand schufen Blickachsen auf jüdisches Leben in der Welt und die Heimstatt jüdischen Lebens in Israel. Die Jeckes ließen mich Deutschland besser verstehen; die AIPAC-Konferenz in Washington oder die „Holy Land Experience" in Orlando demonstrierten mir bedingungslose, ja: fanatische Liebe zu Israel. Das Bundesverdienstkreuz – Grund: Israel – erhielt ich 2010 an jenem Tag, als der isländische Vulkan Eyjafjallajökull ausbrach und wegen des Flugverbotes niemand aus Israel kommen konnte. Ungezählte Gruppenreisen nach Israel befassten sich mit ebenso zahllosen Themen. „Meine" Reisenden schauten über die Schultern der Soldatinnen, die in Rosh haNikra die Bildschirme überwachten, sahen in Majdal Shams die Drehorte von Eran Riklis „Die syrische Braut" und erlebten Eran Riklis live in Frankfurt; sie hockten im Zelt mit meiner Freundin Sabha, Vorsitzende der Organisation beduinischer Frauen im Negev. Auch „Wasserreisen" veranstalteten wir: Ich wusste alles über die „Red-Dead"-Meerwasser-Entsalzung und den Abwasserkanal nach Süden. Wir trafen Renana, die Tochter von Ephraim Kishon, besuchten Gefängnisse, begegneten Rafi Eitan, der an der Ergreifung Adolf Eichmanns beteiligt war – und oft waren wir auch in Jenin, Ramallah sowie in Gaza (vor dem vollständigen israelischen Rückzug 2005).

In Deutschland tourte ich die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit dem israelischen Botschafter am Vatikan, besuchte AGs mit einem früheren Agenten des Mossad, organisierte Verkostungen israelischer Weine und besuchte jüdische Friedhöfe. „Israel Sehen" war ein langjähriges Programm mit Filmen von Israelis oder über Israel. Auf einem Schiff auf dem Main beschäftigten wir uns mit dem Schicksal jüdischer Kinder in Zypern; später besuchten wir die vor den „Toren"



Israels gelegene Mittelmeerinsel, wo viele säkulare Israelis heiraten.

Ja, Israel wohnt ein Zauber inne. Auch heute – in einer Zeit, in der das Land tiefe Wunden erleidet. Diese Wunden schmerzen auch in mir; sie schmerzen in einigen meiner israelischen Freundinnen und Freunde, die das Land verlassen haben.

Es bleibt die Zuversicht. Sie werden zurückkehren. Immer kehrt man nach Israel zurück.

Ich heiße Claudia Korenke, bin 73 Jahre alt. 50 Jahre lang bestimmte Israel mein Leben. Von 1999 an leitete ich viele Jahre die traditionsreiche Frankfurter DIG-AG; von 2006 bis 2010 und von 2014 bis 2022 war ich Vizepräsidentin der Bundes-DIG. Auch ich möchte nach Israel zurückkehren. Ich hoffe, es wird nicht zu spät sein …

Claudia Korenke (Selbstporträt)



Foto: Stadt Frankfurt, Michael Braunschädel

Hermann Kuhn

Mit klarem Kompass selbstbewusst-bescheiden an der Seite Israels

Kürzlich, als Not am Mann war, sprang er wieder ein: Geräuschlos und wie selbstverständlich schlüpfte er erneut in die äußerst wichtige Rolle des Bundesschatzmeisters. Dr. Hermann Kuhn, geb. 1945 im sächsischen Taucha, hat viele Präsidenten und Stürme in der DIG erlebt. Der gelernte Korrektor und Schriftsetzer ist als geläuterter Ex-Kommunist und späterer Bremer Grünen-Landespolitiker mit einer klaren politischen Grundhaltung ausgestattet: Nie mehr doktrinär sein wollend, gehört er zum verlässlichen inneren Kern der Gesellschaft. Als langjähriger Vorsitzender der DIG Bremen/Unterweser (seit 1995!) war er zwischendurch auch Präsidiumsmitglied (1998–2006) sowie Schatzmeister (2015–2024 und wieder seit 2026) der Organisation im Bund.

Kuhns Bewertung israelischer Politik steht für eine Pluralität der Meinungen auch innerhalb der DIG. Er, der sich den Demonstrationen zur Justizreform in Israel anschloss, scheut sich nicht, in Fragen wie der Zweistaatenlösung oder der Politik von Ministerpräsident Netanjahu andere Meinungen zu vertreten als viele andere in der DIG.

Kuhns Bekenntnis zu Israel jedoch ist unverbrüchlich und hat ihn zu vielen unterschiedlichen Aufgaben in unserer Gesellschaft prädestiniert: Kuhn kann mit dem Wort umgehen, half professionell bei Redigat oder als Autor im Magazin; er kann mit Zahlen umgehen – und mit Menschen, hier: mit Mitgliedern. In turbulenten Zeiten, in denen die Förderung des Auswärtigen Amtes unsere Struktur veränderte, im mancherorts erbitterten Ringen um die Unabhängigkeit der Arbeitsgemeinschaften, war und ist er präsent, hilf- und kenntnisreich. Auch, dass in jenen Tagen vier AGs – nicht zuletzt „sein“ Bremen/Unterweser – in die Selbstständigkeit gingen, hat er so begleitet, dass keine Brüche und Nachwehen entstanden sind. Dass die Materie – Zahlen, mit denen die AGs hadern, Förderanträge von Mitgliedern, die nicht immer erfüllt werden können und nicht zuletzt diverse Varianten unserer Satzung – nicht immer einfach oder mit Freude verbunden sind, hat Kuhn zu keinem Zeitpunkt abgeschreckt.

Stattdessen: selbstbewusste Bescheidenheit: Als Hermann Kuhn 2024 mit dem



Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet wurde, bedankte er sich mit einem ebenso subtilen wie für ihn typischen Satz: „Ich bin dankbar, dass unsere demokratische Gesellschaft mir den Raum und die Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement gegeben hat“.

Manch einem, innerhalb und außerhalb der DIG, sei empfohlen, sich Hermann Kuhn zum Vorbild zu nehmen.

Claudia Korenke



Foto: Picture Alliance / dpa / Focke Strangmann

Manfred Lahnstein

Sozialliberaler Finanzexperte, Schatzmeister (1989–1994) und Präsident der DIG (1994–2006)

Prof. Dres. h. c. Manfred Lahnstein kam 1937 im rheinischen Erkrath als ältester Sohn einer sechsköpfigen Landarzt-Familie zur Welt. Sein Vater starb früh, sodass er schon als Achtjähriger Verantwortung übernehmen musste. Nach dem Abitur 1957 studierte er Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Köln und trat 1959 der SPD bei. Erste berufliche Stationen im Deutschen Gewerkschaftsbund in Düsseldorf sowie bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel ebneten dem jungen Diplom-Kaufmann den späteren Weg in die Bundesregierung. 1973 berief ihn Willy Brandt zum Leiter seiner wirtschaftspolitischen Abteilung ins Bonner Bundeskanzleramt. 1974 wechselte Lahnstein ins Bundesfinanzministerium, wo er 1977 Staatssekretär wurde. 1980 machte ihn Helmut Schmidt zum Chef des Kanzleramtes. Als „konservativer Fiskalist" etikettiert, amtierte Lahnstein 1982 fünf Monate lang als Bundesfinanzminister – bis zum Ende der sozialliberalen Koalition.

Lahnsteins zweite Karriere führte ihn 1983, nach kurzem Zwischenspiel als Bundestagsabgeordneter, in den Bertelsmann-Konzern, wo er als Vorstandsmitglied den Unternehmensbereich „Elektronische Medien" leitete und nach seinem Ausscheiden 1994 politik- und unternehmensberatende Funktionen innehatte – unter anderem als Kuratoriumsvorsitzender der ZEIT-Stiftung (1996–2019). Der Finanz- und Wirtschaftsexperte entfaltete neben beruflichen Kernaufgaben zahlreiche gesellschaftliche und akademische Aktivitäten; unter anderem lehrte der Professor für Wirtschaftswissenschaften bis 2015 Kultur- und Medienmanagement an einer Hamburger Hochschule.

„Israel: Schwerpunkt meines Lebens"

Manfred Lahnstein betätigte sich „als Vermittler zwischen Politik und Wirtschaft, Kultur und Wirtschaft und zwischen Nationen" (FAZ, 19.12.2002). Dass er schon 1967 der DIG beitrat und der Freundschaftsgesellschaft als Bundesschatzmeister (1989–1994) und Präsident (1994–2006) diente, war kein Zufall, sondern späte Frucht einer lange im Stillen gepflegten tiefen Verbundenheit: „Israel ist schon immer ein Schwerpunkt meines Lebens gewesen", bekannte Lahnstein 2016 im Wirtschaftsmagazin „Bilanz". 2001 wurde er Vorsitzender des Board of Governors der Universität Haifa – als erster Deutscher und Nicht-Jude. Auch als Autor machte sich Lahnstein einen Namen, unter anderem mit einem Buch über seine jüdischen Schwiegereltern, die die Shoah überlebt hatten.

Ich bin 1966 zum ersten Mal nach Israel gereist und von da an war ich jedes Jahr und jedes Mal aus ganz unterschiedlichen Gründen wieder dort. Ich bin jedenfalls seitdem mindestens einmal im Jahr in Israel gewesen, in den letzten Jahren war ich sogar mehrmals im Jahr in Israel.

Manfred Lahnstein am 20.12.2004 im TV-Interview mit dem Bayerischen Rundfunk, https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/manfred-lahnstein-gespraech100~attachment.pdf (Aufruf: 26.12.2025)

Förderer deutsch-israelischer Beziehungen: pragmatisch – unprätentiös – diskret

Als die DIG 2001 zum ersten Mal ihren „Friedenspreis" verlieh, blieb die notorisch finanzschwache Freundschaftsgesellschaft auf einem Defizit von gut 13.000 DM sitzen. Die öffentlichkeitswirksame Vorbereitung und Durchführung des Events mit



500 Gästen im Berliner Reichstag hatte ihren Preis gefordert. Unbürokratisch und unter Ausschluss der Öffentlichkeit glich Präsident Lahnstein die Hälfte des Fehlbetrags durch eine persönliche Spende aus – eine Haltung, die nur wenige Nachahmer finden sollte.

Prof. Dres. h. c. Manfred Lahnstein erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter die Moses Mendelssohn-Medaille für sein Lebenswerk (2006), das Große Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (2007) sowie Ehrendoktorwürden durch die Universitäten Haifa (2007) und Hamburg (2008).

Manfred Lahnstein ist mit Sonja Lahnstein-Kandel verheiratet und hat zwei Kinder.

Martin Kloke

„Dürfen wir Israel kritisieren?"

Erstens einmal sollten wir ertragen, selbst kritisiert zu werden, das ist schon mal das Erste. Zwischen offenen und demokratischen Gesellschaften muss ein offenes Wort und muss gegenseitige Kritik möglich sein. […] Vielleicht sollten Sie diese Frage auch mal andersherum stellen: Dürfen wir sie denn auch mal loben? Ja, wir dürfen sie auch mal loben! […] Israelische Politik ist jedenfalls […] komplizierter und vielschichtiger, als das in den deutschen Medien wahrgenommen wird. Aber natürlich sollten wir auch kritisieren, dort, wo wir das für notwendig halten. Das muss allerdings sachlich begründet sein und es muss offen sein, weil das sonst auch nicht freundschaftlich sein kann. Und es muss im Ton vernünftig bleiben.

Manfred Lahnstein am 20.12.2004 im TV-Interview mit dem Bayerischen Rundfunk, https://www.br.de/fernsehen/ard-alpha/sendungen/alpha-forum/manfred-lahnstein-gespraech100~attachment.pdf (Aufruf: 26.12.2025)

Foto: Darchinger / Bertelsmann Stiftung / CC-BY-SA 3.0 (DE)

Christine Mähler

In deutsch-israelischen Lebenswelten zu Hause

Christine Mähler, geboren 1967 in Düsseldorf, engagiert sich seit 40 Jahren für die deutsch-israelischen Beziehungen und den bilateralen Jugendaustausch. Seit einem Freiwilligendienst in Israel und ihrer Studienzeit in Münster sowie Haifa in den späten 1980er-Jahren begann sie, in der DIG und im Jugendforum seit dessen Gründung mitzuwirken. In der Doppelrolle als Vorsitzende des Jugendforums (1996–2001) und als Vizepräsidentin der DIG (1996–2002) hatte die Psychologin und Mediatorin einen prägenden Einfluss.

Beruflich war Mähler zunächst bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für das Freiwilligenprogramm in Israel und Deutschland zuständig und setzte sich als Projektkoordinatorin für die Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte in der Gedenkstätte Sachsenhausen bei Berlin ein. Seit 2001 leitet sie das in der Lutherstadt Wittenberg ansässige, bundesweit arbeitende Koordinierungszentrum für den Deutsch-Israelischen Jugendaustausch „ConAct – Gemeinsam Handeln“. Dieses ist die Facheinrichtung des Bundesjugendministeriums für den Jugendaustausch zwischen Deutschland und Israel. www.ConAct-org.de

Christine Mähler lebt heute mit ihrer Familie in Berlin.

Martin Kloke



Foto: Privatarchiv Christine Mähler

„Möchtet ihr zuerst die gute oder die schlechte Nachricht hören?“

Mit dieser Frage wurden wir morgens auf Begegnungsprogrammen des Deutsch-Israelischen Jugendforums in Israel empfangen. Sogleich erfuhren wir den Wetterbericht ebenso wie die neuesten, oftmals beunruhigenden Entwicklungen vor Ort. Michel Weinberg war es, der uns als langjähriger Vorsitzender des Israelisch-Deutschen Jungen Forums in den 1990er-Jahren Land und Leute über viele Geschichten mit einer tiefgründigen Leichtigkeit nahebrachte, die für mich prägend war.

Christine Mähler. Originalbeitrag, Februar 2026

Über Unterschiede hinweg: verbunden mit Israel

Das Jugendforum der DIG war für mich rund 15 Jahre gedankliche Heimat und wichtigster Bezugspunkt meines Engagements. Nirgendwo sonst gab es Menschen, die sich ohne Wenn und Aber in enger Verbundenheit mit Israel und seinen Menschen sahen. Wir hatten unterschiedlichste politische Einstellungen von links nach rechts, zwischen Ost und West; unsere Bezüge zu Israel und unsere Visionen für Israel waren höchst unterschiedlich. Ja, oftmals haben wir uns die Köpfe heiß diskutiert – aber zum Schluss hatte jede Auffassung ihre Berechtigung. In der einen Sache – unserer persönlichen und emotionalen Verbundenheit mit Israel – waren wir uns einig.

Christine Mähler. Originalbeitrag, Februar 2026

Für ein generationenübergreifendes Miteinander

Manches Mal enttäuscht war ich vom Umgang mit den jungen Menschen in der DIG der „Erwachsenen“. Obwohl der Wunsch, mehr junge Menschen für die DIG gewinnen zu wollen, zu allen Zeiten Programm war – die Gründung des Jugendforums 1985 erfolgte genau aus diesem Grund – war die Offenheit für die Gedanken und Interessen junger Menschen begrenzt. „Nu jebt dem Mädsche doch mal en Stuhl.“ Diese Bemerkung hieß mich als Vorsitzende des Jugendforums im Alter von 30 Jahren willkommen im geschäftsführenden Präsidium, in dem Ende der 1990er-Jahre vor allem namhafte Männer vertreten waren. Ich hoffe sehr, dass solche Momente heute einladender für junge Menschen gestaltet sind. Es sind die Energien der jungen Menschen, die die uns so wichtigen deutsch-israelischen Beziehungen in die Zukunft tragen werden.

Christine Mähler. Originalbeitrag, Februar 2026

Lukas Welz

Fundierte Solidarität im deutsch-israelischen Beziehungsgeflecht

Prägendes Engagement für Überlebende

Lukas Welz, 1986 in Berlin geboren und aufgewachsen, leistete seinen Zivildienst bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Jerusalem. Dort setzte er sich intensiv mit den Lebensschicksalen von Überlebenden der Shoah auseinander, deren Leiden nach ihrer äußeren Befreiung noch lange nicht vorbei war. Es folgte das Studium der Geschichte, Politik- und Verwaltungswissenschaften und Security Sector Management in Potsdam, Heidelberg sowie an der britischen Defence Academy. Schon in jungen Jahren entdeckte und entwickelte Welz sein Interesse für „Transitional Justice“[1] und die Aufarbeitung von NS-Verbrechen.
Welz arbeitete unter anderem als Referent im Deutschen Bundestag sowie bei der Jewish Claims Conference, kuratierte Ausstellungen zum Holocaust-Trauma und jüdischem Leben in Deutschland und engagierte sich für die Selbstorganisation von Sinti und Roma. Seit 2012 engagiert er sich ehrenamtlich als Vorsitzender des Vorstands von AMCHA[2] Deutschland. Seit 2021 ist Welz Geschäftsführender Leiter des Bundesverbandes der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer (BAfF).

Stratege und Ausputzer der DIG

Von 2008 bis 2015 gehörte Lukas Welz dem Präsidium der DIG an. Als das Jugendforum 2009 aufgrund interner Missstände ins Abseits geriet, war es Welz, der zusammen mit einer kleinen Gruppe von Aktivistinnen und Aktivisten die Jugendarbeit der DIG 2010 wieder neu ins Rollen brachte. Die Gruppe benannte sich zeitgemäß in „Junges Forum“ um und entpuppte sich als eine höchst kreative Ideenschmiede, in der Welz die Führung übernahm. Mit innovativen Formaten gelang es ihm, junge



Menschen über den DIG-Radius hinaus anzusprechen. Die aktive Teilhabe in Sozialen Medien, die Gründung von DIG-Hochschulgruppen, aber auch die Durchführung von deutsch-israelischen Zukunftswerkstätten, darunter „Grüne Agenden Israels und Deutschlands“ (2014) und „Globale Transformationen – Kollektive Identitäten“ (2015), bescherten dem Jungen Forum eine neue Blütezeit. Sogenannte Israelpedia-Seminare zur vertieften Auseinandersetzung mit israelbezogenen Themen wurden zu einem Markenzeichen des wiederauferstandenen JuFos, dessen Aktivitäten vielfach von Welz initiiert und organisiert wurden. Inmitten einer mehrjährigen Krise der Mutterorganisation führte Welz das Junge Forum bis 2015 als Bundesvorsitzender an und gehörte auch dem Präsidium der DIG an.

Am 1. September 2021 erhielt Lukas Welz im fast „zarten“ Alter von 35 Jahren das Bundesverdienstkreuz. In der Begründung für die Verleihung des Verdienstordens heißt es: „Lukas Welz setzt sich mit erheblichem persönlichem Einsatz und unter Zurückstellung eigener Interessen gerade für die Überlebenden des Holocaust ein und hat AMCHA Deutschland e.V. zu dem Verein gemacht, der er heute ist. Lukas Welz leistet einen überaus wichtigen Beitrag, um die Überlebenden des Holocaust und ihre Nachkommen bei der Bewältigung ihrer oft schweren Traumata zu unterstützen.“

Martin Kloke

Sich für Israel engagieren – aber wie und warum? (2011)

Die DIG ist […] eine in Inhalt, Zielen und Motivation einzelner Mitglieder breit aufgestellte und darauf ausgelegte Gesellschaft. […] Mein erster Zugang zu Israel war […] die Auseinandersetzung mit der deutsch-israelischen, deutsch-jüdischen Vergangenheit [während] meine[s] Zivildienst[es] bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unter anderem in Yad Vashem. Dies war mein Zugang und ist weiterhin mein Anknüpfungspunkt zu Israel – und dennoch weiß ich, dass es andere Motive gibt, sich für Israel zu begeistern und in einer Gesellschaft wie der DIG zu engagieren. Und diese Motive sind natürlich ebenso relevant. […] Das sich gerade erst neu konstituierende Junge Forum ist offen für alle, die sich ernsthaft – mit welcher Motivation auch immer – engagieren und einbringen möchten. Dabei kannst du dich entscheidend mit einbringen – nach deinen Vorstellungen und Wünschen.

Auszüge aus einer E-Mail von Lukas Welz an ein DIG-Mitglied, 19.01.2011

Inklusive Israel-Solidarität (2014)

Der andauernde Raketenbeschuss auf das gesamte Staatsgebiet Israels erschüttert uns zutiefst. Unser Mitgefühl gilt unseren Freundinnen und Freunden in Israel, die unabhängig von politischem, religiösem und ethnischem Hintergrund durch die Raketen und Mörsergranaten aus dem Gazastreifen betroffen sind. Unser Mitgefühl gilt auch Palästinenserinnen und Palästinensern, die im Gazastreifen seit Jahren unter dem Hamas-Terrorregime und dessen gewaltsamen Konsequenzen leiden. […] Während Israel auf einen von Ägypten vorgelegten Waffenstillstandsplan einging, attackierte die Hamas die israelische Zivilbevölkerung weiter. Die Hamas muss ihren Raketenterror stoppen, damit ein Waffenstillstand in Kraft treten und die Zivilbevölkerung in Israel und in Gaza geschützt werden kann. […] Wir rufen alle demokratischen Parteien und Verbände, Kirchen und Initiativen zur öffentlichen Unterstützung für Israels Recht auf Selbstverteidigung und den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung vor dem Terror der Hamas auf.

Lukas Welz (Bundesvorsitzender Junges Forum und DIG-Präsidiumsmitglied) und Fabian Weißbarth (American Jewish Committee Berlin), Initiatoren einer „persönlichen Erklärung junger Menschen in Deutschland“, 17.07.2014

[1] Gemeint ist die juristische und politisch-therapeutische Aufarbeitung massiver Menschenrechtsverletzungen nach gewaltsamen Konflikten. Dazu gehören Strafverfolgung, Wahrheitskommissionen, Entschädigung für Opfer, Reformen der Institutionen und Erinnerungsarbeit – mit dem Ziel, Versöhnung zu ermöglichen und eine Wiederholung ähnlicher Verbrechen zu verhindern.

[2] AMCHA (hebräisch „Dein Volk“) ist eine 1987 in Israel gegründete Organisation zur psychosozialen, nicht-materiellen und präventiv ausgerichteten Hilfe für Überlebende des Holocaust und ihre Nachkommen.

Foto: BAfF e.V.

Ich glaube, dass es nur wenige Jahre in den deutsch-israelischen Beziehungen gab, in denen beide Seiten gleichermaßen der Überzeugung waren, einen geglückten Neuanfang geschafft zu haben. Es war die Zeit zwischen der Vorphase des Sechstagekrieges 1967 (in der auch die DIG gegründet wurde) und dem Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges 1973. Die Jahre davor waren geprägt vom israelischen Misstrauen den Deutschen gegenüber, die Jahre danach von der wachsenden deutschen Enttäuschung, dass Israel der Rolle des David und der eigenen Idealvorstellung des Judenstaates nicht mehr entsprechen wollte.

Dabei schien ein Bild Israels als Vorlage zu dienen, welches Israel selbst propagiert hatte und das von deutscher Seite mit Enthusiasmus verinnerlicht worden war: Wie Phönix aus der Asche war der Staat aus der Katastrophe erwachsen, hatte eine solidarische und gerechte Gesellschaft geschaffen, Wüste urbar gemacht, sich heldenhaft gegen eine arabische Übermacht zur Wehr gesetzt und letztendlich ein ordentliches Stück Europa im Nahen Osten etabliert. Und zur großen Freude sprachen viele der Protagonisten makelloses, wenn auch angestaubtes Deutsch.

Da diese mit berechtigtem Stolz gern gerade Gästen aus Deutschland ihre altneue Heimat und die Errungenschaften ihrer Menschen näherbringen wollten, ergab sich eine merkwürdig anmutende Kumpanei: Wir zeigen euch, was ihr sehen wollt und ihr sagt uns, was wir hören wollen. Heute nehme ich eine Verkehrung wahr: Ihr seht nur, was wir eigentlich nicht zeigen wollten, wir hören nur, was ihr eigentlich nicht sagen wolltet.

Damals traf sich deutsches und israelisches Interesse: Beide wollten in jener Phase nur wenig von der jüngsten Vergangenheit wissen: Weit wichtiger war es, das Bild des neuen Deutschen bei uns, des neuen Juden bei euch, des anderen Deutschland hier, der Errungenschaften des Judenstaates dort zu vermitteln. Beide Seiten wollten um alles in der Welt wieder geliebt oder zumindest geachtet werden. Für die einen war der Liebes- oder Achtungsentzug Ergebnis des Täterseins, für die anderen des 2.000-jährigen Opferseins. Insofern handelte es sich in den ersten Jahren – und teilweise noch bis heute – weniger um einen wirklichen Dialog, sondern mehr um zwei kanonisierende Monologe. Die nationale Scham der einen vervollständigte den nationalen Stolz der anderen und umgekehrt.
Heute begegnen Israelis Deutschen offener als umgekehrt, weil sie ihnen im Normalfall „nur“ Vergangenes entgegenhalten, sich aber dessen bewusst sind, dass es keine persönliche Verantwortung der Nachgeborenen gibt. Deutsche hingegen sind auch einzelnen Israelis gegenüber zunehmend distanzierter, weil sie ihnen kollektive Verantwortung für Gegenwärtiges aufbürden. Das ist deshalb fatal, weil durch das israelische Zugehen bei gleichzeitigem deutschen Zurückweichen die Distanz gleich bleibt oder sogar größer wird.

Siedlungspolitik, Siedlergewalt, Gazakrieg und Rechtspopulismus dort; BDS, nicht nachvollziehbare Abstimmungen in der UNO, antiisraelische Hasstiraden auf deutschen Straßen und antisemitische Vorfälle hier – immer wieder gab und gibt es Belastungen der Beziehungen. Gemeinsam ist allen Fällen, dass beide Seiten dem Idealbild, das sie von sich verbreitet hatten, immer seltener entsprechen können. Die fortschreitende Entzauberung auf deutscher, die Bestätigung alter Ängste auf israelischer Seite hatten mittelfristig auch einen positiven Effekt: Die Ernüchterung, dass Israel nicht mehr nur eine hora-tanzende, khaki-tragende F1-Generation mit sozialistischem Touch bei 30 Grad im Schatten ist, sondern eine komplexe, multikulturelle Gesellschaft mit sozioökonomischen Klüften, kulturellen Problemen, Fehlern und Zukunftsängsten, hat das, was an Freundschaft und Empathie Bestand behielt, verlässlicher und krisenfester gemacht.

Und die ehrliche innerdeutsche Auseinandersetzung mit Fragen der Integration und dem Umgang mit Minderheiten, mit Gendergerechtigkeit und immer wieder mit der Shoah hat den Israelis gezeigt, dass eine offene, mutig geführte Diskussion oft wichtiger ist als die trügerische Sicherheit, ohnehin alle richtigen Antworten zu haben.

Es scheint, als ständen beide Seiten ununterbrochen auf dem Prüfstand des anderen: Deutschland muss den Israelis beweisen, dass es unumstößlich zum Judenstaat steht, nach allem was war. Tut es das vermeintlich auch nur ansatzweise nicht, dann hat man es ja immer gewusst. Und Israel muss sich dem deutschen Schuldbekenntnis würdig erweisen. Tut es das nicht, kann die eigene Schuld so groß nicht gewesen sein. Beide Pathologien machen deutlich, dass auch 80 Jahre nach Kriegsende und 60 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen die deutsch-jüdische Katastrophe die Sicht aufeinander und damit das Verhältnis zueinander maßgeblich mitbestimmt. Unserem Auseinanderdriften kann nur entgegengewirkt werden, wenn beide Seiten sich immer wieder vor Augen führen, dass unser So-Anders-Sein Ergebnis der gleichen Katastrophe in unser beider Historie ist, beide Schlussfolgerungen nachvollziehbar, legitim und in sich schlüssig sind. So drängt sich die Frage auf, ob die Vergangenheit eine Zukunft hat.

Ich bin davon überzeugt, dass die Shoah das formative Ereignis und die maßgebliche Koordinate eigenen Selbstverständnisses im Verhältnis von Deutschen und Israelis zueinander ist und bleibt.
Ich bin davon überzeugt, dass die partikularistisch-jüdischen wie die universalistischen Lehren aus der Shoah eine bedeutende Triebkraft zur Gestaltung der Zukunft beider Gesellschaften und ihres Miteinanders sind.

Man sagt, Frauen treten in der Hoffnung vor den Altar, dass ihre Männer sich mit der Zeit ändern, während Männer sich beim Jawort heimlich wünschen, ihre Frauen mögen für immer so bleiben wie an diesem Tag. Vor 60 Jahren war es zwischen Deutschland und Israel wohl ähnlich: Deutsche hofften, dass Israel sich nie ändern würde, und Israelis hegten den innigen Wunsch, dass Deutschland es täte. Es scheint, dass beide Wünsche nicht wirklich in Erfüllung gehen konnten, wie im richtigen Leben. Ist das ein Scheidungsgrund? Hoffentlich nicht, aber Hauptsache, es wird was aus den Kindern.

Grisha Alroi-Arloser
Ex-Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer
und Vorsitzender der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG)



Grisha Alroi-Arloser

Mein israelischer Blick auf Deutschland

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.



60 JAHRE | 1966 – 2026

Seit 60 Jahren sind wir diese Stimme.

Unser Auftrag ist Israels Sicherheit.
Wir treten Antisemitismus entschlossen entgegen.
Wir stärken jüdisches Leben in Deutschland.

Haltung zeigt sich im Handeln.

Werden Sie Mitglied der DIG.

digev.de

Blicke nach vorn – Stimmen zur Zukunft der DIG

Nach sechs Jahrzehnten richtet sich der Blick auf die kommenden Aufgaben.
Fünf Mitglieder einer jüngeren Generation, die in der DIG Verantwortung übernommen haben, beschreiben ihre Erwartungen an die nächsten zehn Jahre.

Welche Rolle soll die DIG künftig spielen?
Wen muss sie erreichen, welche Debatten muss sie führen,
und was wird für die deutsch-israelische Freundschaft besonders wichtig sein?

Die Antworten setzen unterschiedliche Akzente und zeigen,
wie die nächste Generation die Zukunft der Gesellschaft denkt.

Anika Schmütz

Ein Zeichen setzen



Anika Schmütz

Als ich vor neun Jahren in die DIG eintrat, fragten manche: Was willst du bei diesem „konservativen Altherrenverein“? Ich wollte ein Zeichen setzen – gegen Antisemitismus, gegen Israelhass. Was ich in der DIG und ganz besonders im JuFo erlebe, überrascht mich positiv: Menschen aus völlig verschiedenen politischen Lagern, die trotzdem gemeinsam handeln.
Ob die DIG das in zehn Jahren noch ist und diese Rolle stärken kann – das ist für mich die zentrale Frage. Antisemitismus kommt heute von rechts, von links, aus islamistischen Milieus. Er lässt sich nicht aus einem einzigen politischen Lager heraus bekämpfen – weil er dort jeweils nur zum Teil sichtbar ist. Eine Organisation, die Menschen aus allen Lagern vereint, kann das. Sie kann ansprechen, was andere ausblenden, Bündnisse schmieden, die anderswo undenkbar sind. Das ist unsere Verantwortung – hier in Deutschland und für die Freundschaft zu Israel, um die es am Ende geht.

Anika Schmütz ist Mitglied bei den Grünen und arbeitet im Hessischen Landtag. Am letzten Maiwochenende 2026 wurde sie zur neuen Bundesvorsitzenden des Jungen Forums gewählt, dem derzeit 1.700 Mitglieder zwischen 14 und 35 Jahren angehören.

Foto: privat



Lasse Schauder

Lasse Schauder

Wo sehe ich die DIG in zehn Jahren?

In zehn Jahren sehe ich eine Organisation, die in der öffentlichen Wahrnehmung noch sichtbarer, noch selbstbewusster und noch breiter verankert stattfindet. Eine DIG, die weniger auf gesellschaftliche Debatten reagiert, sondern sie aktiv prägt und dabei voranschreitet. Ich sehe eine DIG, die junge Menschen nicht nur selbstverständlich einbindet, sondern von diesen getragen und gestaltet wird, neue Perspektiven zulässt und intellektuell streitbar bleibt. Zugleich muss ich aber auch betonen, was die DIG auch in zehn Jahren bleiben muss: eine Stimme, die dort laut ist, wo es richtig unbequem und teils sogar ekelerregend wird; die klare Haltung zeigt, wo Antisemitismus und Israelfeindlichkeit zutage treten und lokale wie bundesweite Öffentlichkeiten prägt.
Wenn es uns gelingt, Neues zu wagen und Altbewährtes zu bewahren, wird die DIG auch künftig das sein, was sie heute ist: unverzichtbar.

Lasse Schauder studierte Geschichte und Philosophie und ist seit 2024 Mitglied des DIG-Präsidiums. Von 2024 bis Mai 2026 war er Bundesvorsitzender des Jungen Forums. Er lebt und arbeitet heute in Berlin.

Foto: privat



Tibor Luckenbach

Tibor Luckenbach

Irritierende Umbruchphase

Das 60. Jubiläum der DIG fällt in eine bewegte Gegenwart, die weder für nostalgische Rückblicke noch für wohlbegründete Zukunftserwartungen geeignet scheint. Im Schatten des längsten Krieges in der Geschichte Israels, dessen langfristige Ergebnisse und Folgen noch nicht abzusehen sind, stehen wir in Deutschland einer erdrückenden Welle von (israelbezogenem) Antisemitismus und damit einhergehender Gefährdung jüdischen Lebens gegenüber.
Antizionismus als lagerübergreifende Jugendkultur, „Staatsräson“ als Schimpfwort sowie der radikale Angriff auf das Gedenken an den Holocaust insbesondere in akademischen und kulturellen Milieus stellen die Grundlagen unserer Gesellschaft in Frage. Stand die Gründung der DIG 1966 im Kontext der damals beginnenden Bereitschaft in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, sich mit dem deutschen Zivilisationsbruch der Vernichtung der europäischen Juden auseinanderzusetzen und die daraus resultierende Verantwortung für den Staat der Shoah-Überlebenden und ihrer Nachfahren zumindest zu akzeptieren, so scheinen wir heute am Anfang einer gegenteiligen Bewegung zu stehen.
In dieser irritierenden Umbruchphase möchte ich mich an die positiven Zeichen halten, die Beobachter im Nahen und Mittleren Osten selbst ausmachen.
An erster Stelle gehört zu diesen der Freiheitswille des iranischen Volkes und der sich abzeichnende Niedergang der Mullah-Diktatur. Der Regimewechsel im Iran leitet die Beseitigung der existenziellen Bedrohungslage Israels ein und ist Voraussetzung für eine prosperierende Entwicklung der Region.
So schließe ich mit der Erwartung, dass wir in zehn Jahren gemeinsam mit unseren Partnern der dann etablierten Iranisch-Israelischen Gesellschaft in Teheran den Jahrestag des Regimesturzes feiern werden.

Tibor Luckenbach war von 2015 bis 2019 Bundesvorsitzender des Jungen Forums der DIG und ist heute Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Frankfurt sowie Referent für den „Bildungsbaustein Israel“ des Mideast Freedom Forum Berlin (MFFB).

Foto: privat

Anna Staroselski

Die DIG als Rückhalt



Anna Staroselski

Gerade dann, wenn sich der Hass auf Israel laut Bahn bricht, wenn ein gewaltsamer Antizionismus gesellschaftlich normalisiert wird und wenn Jüdinnen und Juden auf deutschen Straßen angefeindet und bedrängt werden, zeigt sich, wie wichtig die Arbeit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist.
Es war mir eine große Ehre, von 2022 bis 2024 im Präsidium der DIG engagiert gewesen zu sein. Besonders beeindruckt hat mich das Engagement der Menschen in den regionalen Arbeitsgemeinschaften. Denn die Mitglieder der DIG stehen verlässlich, sichtbar und ohne zu zögern an der Seite Israels und der Jüdinnen und Juden.
Für mich war und ist die DIG ein Rückhalt, der stärkt und den Rücken freihält, wenn es darauf ankommt. Ich wünsche mir, dass in zehn Jahren die DIG zu einer deutschlandweiten Bewegung gegen Judenhass wird.

Anna Staroselski ist PR-Managerin, Kommunikationsberaterin und Aktivistin für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Deutschland. Zwischen 2021 und 2023 war sie Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland und von 2022 bis 2024 Vizepräsidentin der DIG.

Foto: privat

Stefan Hensel

Die DIG als starke Lobby entwickeln



Stefan Hensel

Ab 1999 leistete ich als junger Mann einen Freiwilligendienst in Israel. Es war eine prägende Zeit, aber auch die Zeit der Zweiten Intifada. Terror erlebte ich nicht aus der Distanz, sondern unmittelbar. Menschen, die ich kannte, wurden ermordet. In Jerusalem habe ich den Tod direkt vor mir erlebt. Bei Reisen in den Gazastreifen, der damals noch von der Fatah kontrolliert wurde, sah ich, wie Korruption, politische Instrumentalisierung und Gewalt systematisch auf Kosten der eigenen Bevölkerung wirken. Diese Realität wird bis heute von vielen in Europa ausgeblendet, weil sie nicht in das gewohnte Erklärungsmuster passt.
Nach dem Terrorangriff auf die USA am 11. September trennten sich meine politischen Wege von vielen früheren Weggefährten. Während andere begannen, Terror zu relativieren oder umzudeuten, suchte ich politische Klarheit. So fand ich meinen Platz in der DIG, auch wenn ich lange mit ihr gehadert habe.
Nach dem 7. Oktober 2023 hat sich gezeigt, wie schnell offene oder verklausulierte Feindseligkeit gegenüber Israel gesellschaftsfähig geworden ist. Antiisraelische Stimmungsmache prägt die Debatten, während jüdisches Leben erneut unter Rechtfertigungsdruck gerät. Gerade in dieser Zeit bin ich den Mitgliedern der DIG dankbar. Viele von ihnen haben nach dem 7. Oktober wichtige und sichtbare Zeichen an die jüdische Gemeinschaft gesendet und damit gezeigt, was wirkliche Freundschaft bedeutet.
Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die DIG in zehn Jahren dem Zeitgeist zum Opfer fällt und nur noch wenig mit Solidarität mit Israel oder mit Zionismus zu tun hat. Ebenso möglich ist jedoch, dass sie zu einer starken und professionellen Gemeinschaft wird, die eine echte Lobby für den Staat Israel und für Jüdinnen und Juden in Deutschland bildet.
Ich werde unserer Organisation verbunden bleiben und meinen Beitrag leisten, damit wir eine starke Lobby werden. Bitte seien Sie dabei.

Stefan Hensel ist Manager im Bildungswesen und war von 2021 bis 2025 Antisemitismusbeauftragter der Freien und Hansestadt Hamburg. Zwischen 2014 und 2021 amtierte er als Vorsitzender der DIG-AG Hamburg.

Foto: Armin Levi

Die DIG vor Ort



Augsburg-Schwaben e. V.
vorstand@dig-augsburg.de

Bamberg
bamberg@digev.de

Bayreuth-Oberfranken
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e. V.
schalom@digberlin.de

Bielefeld
bielefeld@digev.de

Bodensee-Region
bodensee-region@digev.de

Bonn
bonn@digev.de

Braunschweig
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e. V.
schalom@dig-bremen.de

Buxtehude
buxtehude@digev.de

Chemnitz
chemnitz@digev.de

Cottbus
cottbus@digev.de

Darmstadt
darmstadt@digev.de

Dortmund
dortmund@digev.de

Dresden
dresden@digev.de

Duisburg-Mülheim-Oberhausen
duisburg@digev.de

Düsseldorf
duesseldorf@digev.de

Erfurt
erfurt@digev.de

Frankfurt am Main
frankfurt@digev.de

Freiburg
freiburg@digev.de

Gießen
giessen@digev.de

Gifhorn
gifhorn@digev.de

Göttingen
goettingen@digev.de

Halle-Umland
halle@digev.de

Hamburg
hamburg@digev.de

Hannover
hannover@digev.de

Heidenheim
heidenheim@digev.de

Heilbronn
heilbronn@digev.de

Kaiserslautern
kaiserslautern@digev.de

Kassel
kassel@digev.de

Köln
koeln@digev.de

Leipzig
leipzig@digev.de

Lüneburg
lueneburg@digev.de

Magdeburg
magdeburg@digev.de

Mainz
mainz@digev.de

Memmingen/Kempten-Allgäu
memmingen@digev.de

Mittelbaden
mittelbaden@digev.de

München
muenchen@digev.de

Münster
muenster@digev.de

Nordhausen
nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken
nuernberg@digev.de

Oldenburg
oldenburg@digev.de

Osnabrück
osnabrueck@digev.de

Ostfriesland
ostfriesland@digev.de

Passau
passau@digev.de

Potsdam
potsdam@digev.de

Regensburg-Oberpfalz
regensburg-oberpfalz@digev.de

Rhein-Neckar/Mannheim
rhein-neckar@digev.de

Saar
saar@digev.de

Schleswig-Holstein
schleswig-holstein@digev.de

Schwerin
schwerin@digev.de

Speyer-Pfalz
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e. V.
info@dig-stuttgart.net

Trier
trier@digev.de

Ulm/Neu-Ulm
ulm@digev.de

Weimar
weimar@digev.de

Westmünsterland
westmuensterland@digev.de

Wiesbaden
wiesbaden@digev.de

Witten
witten@digev.de

Würzburg
wuerzburg@digev.de

Junges Forum
jufo@digev.de

Social-Media-Kanäle

DIG

@DIG – Deutsch-Israelische Gesellschaft
@DIGeV_de
@digev_de
Deutsch-Israelische Gesellschaft e. V.

Junges Forum

@JuFoDIGeV
@JuFoDIG
@JuFoDIG

DIG-Bundesgeschäftsstelle

Simone Hartmann
Geschäftsführerin der DIG e. V.

Reinhardtstraße 12–16 | 10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
Fax +49 (0)30 80 90 70-31
info@digev.de | www.digev.de

Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.

2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.

3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.

5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus, Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.

6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.

7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.

8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.

9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.

10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.

11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlicher Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 12–16 | 10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
info@digev.de | www.digev.de


DEUTSCH-ISRAELISCHE
GESELLSCHAFT E.V.
digev.de